Nr. 54. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 24. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Fünfzehn Milliarden Kriegskredite bewilligt.

Der Reichstag für Elsaß-Lothringen.

Erkundungsgefechte im Westen — Stoßtruppenerfolg bei Zwyzyn und Brzczany — Russenangriff bei Corbul am Sereth.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 23. Februar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Nebel und Regen verlief der Tag in den meisten Abschnitten ruhig; an einzelnen Stellen der Artois- und Somme-Front, auch zwischen Maas und Mosel, kam es zu räumlich begrenzten Gefechten von Erkundungsabteilungen. Mehrere Gefangene sind eingebracht worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Smorgon, westlich von Luck, sowie zwischen Zlota Lipa und Narojowka war das Artillerie- und Minenwerferfeuer lebhafter als sonst.

Bei Zwyzyn, östlich von Zlorzow, drangen unsere Stoßtrupps in die russische Stellung und kehrten nach Sprengung von 4 Minenstollen mit 250 Gefangenen, dabei 3 Offizieren, und 2 Maschinengewehren zurück.

Südöstlich von Brzczany war gleichfalls ein Erkundungsvorstoß erfolgreich.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Nichts Besonderes.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Unsere Sicherungsposten wiesen in der Sereth-Niederung bei Corbul den Angriff mehrerer russischer Kompagnien ab.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 23. Februar. Abends.

Vom Westen und Osten sind besondere Ereignisse nicht gemeldet worden.

* * *

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. Februar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Westlich der Buzau-Mündung scheiterten Annäherungsversuche russischer Kompagnien.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Bei andauerndem Frost geringe Gefechtstätigkeit.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An mehreren Frontabschnitten erhöhter Geschütz- und Minenwerferkampf. Die Tätigkeit unserer Jagdkommandos war auch gestern erfolgreich. Größere Unternehmungen dieser Art wurden bei Brzczany und nordwestlich von Zalozce ausgeführt. An beiden Punkten verrichteten die Stoßtrupps gründliche Zerstörungsarbeit. Bei Zalozce wurden überdies 6 Offiziere, 250 Mann und 2 Maschinengewehre aus den feindlichen Gräben geholt.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die neuen Kriegskredite bewilligt

Der Reichstag für Elsaß-Lothringen

Was ist in der gegenwärtigen Lage des Deutschen Reiches wichtiger? Ein — sei es noch so berechtigtes — Mißtrauen gegen die Regierung in der schärfsten Form zu bekunden oder die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes gegen feindliche Eroberungsabsichten in Erscheinung treten zu lassen? Das ist die Frage, die die sozialdemokratische Fraktion von der Arbeitsgemeinschaft scheidet und die beiden auch gestern wieder in getrennten Gruppen aufmarschieren ließ.

Neues dazu konnte weder von der einen Seite noch von der anderen gesagt werden. Aber der Standpunkt beider Parteien kam noch deutlicher zum Ausdruck als früher. Die sozialdemokratische Fraktion nimmt die Kriegskredite nicht aus den Gründen an, aus denen die Arbeitsgemeinschaft sie ablehnt. Die Arbeitsgemeinschaft lehnt sie nicht ab aus den Gründen, aus denen die Fraktion sie annimmt. Die Arbeitsgemeinschaft lehnt die Kredite ab, weil sie mit der Regierung unzufrieden ist — die Fraktion ist aber weit davon entfernt, mit der Regierung zufrieden zu sein. Die Fraktion nimmt die Kredite an, weil sie die Pflicht der Landesverteidigung als noch bestehend anerkennt — aber die Arbeitsgemeinschaft behauptet nicht, daß diese Pflicht nicht bestehe. So konnten Ebert und Ledebour nichts anderes tun, als aneinander vorbeireden, wie dann die beiden Fraktionen aneinander vorbeistimmten.

Ledebour sagt in schier unbegreiflicher Verblendung: „Daß der Zehnerverband sich zu ausschweifenden Eroberungszielen bekannt hat, kann unser Urteil nicht beeinflußen." Das Urteil der sozialdemokratischen Fraktion wird aber sehr stark durch diese Tatsache beeinflußt. Hat das Volk das Recht und die Pflicht, sich gegen die Absicht zu wehren, ihm mit blutiger Gewalt Teile seines Gebiets zu entreißen und ihm Kriegskontributionen aufzuerlegen? Diese Frage verneinen, hieße nach der Auffassung der Fraktion den sozialdemokratischen Grundsätzen ins Gesicht schlagen. Darum hat sie die Kriegskredite auch diesmal bewilligt.

Aber noch nach einer anderen Seite hin hatte die sozialdemokratische Fraktion den Sinn ihrer Abstimmung zu verteidigen. So entschlossen sie zur Sache des Volkes steht, so entschlossen steht sie auch zur Sache des Friedens. Sie wendet sich entschieden gegen die Auffassung, die Spahn für das Zentrum, Graf Westarp für die Konservativen vertrat, daß das deutsche Friedensangebot durch seine Ablehnung hinfällig geworden sei, daß — um es deutlicher auszusprechen — damit der Verteidigungskrieg für Deutschland zu Ende sein und der Eroberungskrieg anfangen dürfe. Das sind weiter nichts als Redensarten, mit denen man die Stimmung bestimmter Kreise aufputschen will, die aber auf andere Kreise desto verstimmender wirken und die vor allem geeignet sind, die durch das deutsche Friedensangebot ausgestreute Saat zu schädigen. Was die Sozialdemokratie will, ist nicht die Abkehr von der Politik des 12. Dezember, sondern ihre entschiedene und verbesserte Fortsetzung bis zu dem Tag, an dem ihr der Erfolg beschieden sein wird.

Daß die Kreditfrage durch die Aufwerfung der Vertrauensfrage auf ein falsches Gleis geschoben wurde, das hätte jedem ruhigen Beurteiler schon aus den vorangegangenen Debatten derselben Sitzung klar werden müssen. Denn wieder regnete es Klagen über die Handhabung des Belagerungszustandes. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß die sozialdemokratische Fraktion diese Klagen als vollkommen berechtigt anerkannte.

Auf die Anfrage Stadthagen wegen Behinderung der Wahlarbeit im Reichstagswahlkreise Spandau-Potsdam-Osthavelland antwortete Herr Lewald, daß dem Reichskanzler schon von anderer Seite Mitteilungen über das Verbot von Wählerversammlungen zugegangen seien. Diese andere Seite ist, wie hier verraten werden kann, die sozialdemokratische Partei, die bei ihrer Werbearbeit auf die gleichen Schwierigkeiten stieß wie die Spartakus-Partei und die mit ihr vereinigte Partei der Arbeitsgemeinschaft. Der sozialdemokratischen Partei waren in Potsdam und in Velten Wählerversammlungen verboten worden, in denen David und Noske reden sollten. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei Freiheit nicht nur für sich selber verlangt sondern für alle und daß sie wünscht, Sonne und Wind mögen im Wahlkampfe völlig gleich verteilt sein. Darin stimmt also die Sozialdemokratie mit den Spaltungsgruppen vollständig überein.

Eine noch viel weiter gehende Uebereinstimmung ergab sich aber der Beurteilung der Vorgänge in Elsaß-Lothringen, die Genosse Landsberg bei der Be-

Widerstand der Neutralen.

Der englische Seeabsolutismus läßt die neutralen Schiffe, die sich seinen Häfen anvertrauten, nicht aus den Fängen. Jetzt müssen sie sich sogar Kautionen gefallen lassen, die ein Wiederkommen herauspressen sollen. „Dagbladet" zufolge muß jedes neutrale Schiff, um aus einem englischen Hafen mit Kohlenladung ausklariert zu werden, 90000 Kronen hinterlegen als Bürgschaft dafür, daß es mit Fracht zurückkehrt und die vorgeschriebenen Pflichtreisen ausführt.

Dieser Zwangsgewalt entspricht natürlich die Stimmung in den Ländern der Nordsee-Neutralen. Der Hohn gegen England hält sich nicht mehr zurück, er bricht offen hervor. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" ergeht sich in geißelnden Vergleichen. Das Blatt weist auf die englische Forderung hin, daß die Holländer ihre landwirtschaftlichen Produkte und Margarine, also Konterbande, auf niederländischen Schiffen nach England bringen sollen. „Wie muß man, fragt der „Courant", die Handlungsweise Englands nennen, das ohne einen Schein des Rechts ein anderes Land zu zwingen trachtet, sich zum Schlachtopfer des mitleidlosen Tauchbootkrieges zu machen!" Und weiter sagt der „Courant":

„In englischen Häfen werden jetzt zwanzig niederländische Schiffe zum Verbleiben gezwungen. Um diese Schiffe zurückzuerhalten, muß Holland ein Lösegeld zahlen, das in materieller — und Lebensgefahr besteht. Unwillkürlich gehen unsere Gedanken zu den Praktiken der früheren Mohren zurück, die Schiffe auf See aufbrachten und dann ein Lösegeld verlangten. Dazu enthält gerade die heute eintreffende „Times" einen Aufsatz „Neues Piratentum", womit allerdings die englische Zeitung den deutschen Tauchbootkrieg meint."

Die Deutlichkeit ist unverhüllt. Aber noch an ein anderes englisches Ansinnen knüpft das Blatt an, ein Ansinnen, aus dem sich erkennen läßt, mit welchem Grauen das Sterlingsland auf die Notwendigkeit schaut, die Zufuhr von Lebensmitteln zu steigern. Die Einfuhr von Gütern, die die Mägen stillen, ist über alles erwünscht, aber die Ausfuhr von eigenem Gelde jät Entsetzen. So sollen denn nun die Neutralen auch diesen Sorgensack Albions auf den Nacken nehmen. Der Schaden, der dem englischen Sterling droht, soll auf den holländischen Gulden abgewälzt werden. Das Rotterdamer Blatt schreibt:

„England will uns zwingen, unsere Landbauprodukte im Betrage von vielen Millionen Gulden ihnen gegen Bezahlung in englischen Schatzanweisungen zur Verfügung zu stellen. Da aber dieses englische Wertpapier hier in Holland nicht unterzubringen ist und man hier auch keine Neigung verspürt, den an England gewährten Kredit noch weiter auflaufen zu lassen, wird holländischerseits für die Zukunft Bezahlung in bar verlangt, die England nicht geben will."

Die Anstrengungen, die jetzt in England gemacht werden, die Einfuhrziffer niederzuhalten und herabzudrücken, hängen mit dieser Scheu, selber in bar zu zahlen, zusammen. Wie die „Times" berichtet, soll die Einfuhr von Obst, Wein, Holz, Papier, Seidenwaren, Bekleidungsstücken, Erzen gemindert werden. In einigen Fällen soll die Minderung 25 Prozent der bisherigen Einfuhr betragen, und Lloyd George selber muß die Demagogenkünste seines Redeworts mobilisieren, um diese Rettung des heiligsten Gutes der Nation populär zu machen. Der Krieg treibt seiner ärgsten Cancanstunde zu.

Einfuhrbeschränkungen.

London, 23. Februar. Reutermeldung. Unterhaus. Lord George sagte in seiner Erklärung, daß die Einfuhr von Kaffee und Kakao vorläufig eingestellt werden würde.

Das Tonnageproblem der Entente.

Lloyd George kündigt gewaltsame Lösung an.

London, 22. Februar. Reutermeldung. Unterhaus. Lloyd George betonte in seiner Erklärung die große Wichtigkeit der Schiffsraumfrage und sagt, daß eine Million Tonnen britischen Schiffsraums Frankreich zugewiesen sei und außerdem ein beträchtlicher Teil der britischen Tonnage Rußland und Italien. Gegen die U-Boots-Gefahr könne man mit drastischen Maßregeln vorgehen, aber es seien auch sofortige und rücksichtslose Maßregeln notwendig, um das Problem der Tonnage zu lösen, das dem Lande große Opfer auferlegen würde.

Die Schwierigkeiten der norwegischen Politik

Kristiania, 23. Februar. („Frkf. Ztg.") Die Thronrede-Debatte ist resultatlos abgeschlossen worden. Der Ministerpräsident hat keine Kabinettsfrage gestellt. „Dagbladet", das der Regierung nahesteht, meint, es gelte nun den Krieg zu verlüten oder jedenfalls, wenn dies unmöglich sei, den festesten Kurs einzuschlagen. Es sei bis zu einem gewissen Grade Temperamentssache, zu beurteilen, wann der Ernst der Lage so groß sei, daß der Augenblick für die Einsetzung einer Sammlungsregierung gekommen sei. Es sei gefährlich, sich von einem allzu optimistischen Temperament leiten zu lassen. „Aftonposten" bezweifelt, daß Knudson noch die Mehrheit hinter sich habe.

raitung des Gesetzentwurfs über die Berufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht zur Sprache brachte. Da sah sich die gesetzgebende Versammlung vor die verblüffende Tatsache gestellt, daß ein von ihr für das ganze Reich beschlossenes Gesetz, das Schutzhaftgesetz, in einem bestimmten Teile des Reiches, nämlich in Elsaß-Lothringen, nicht zur Ausführung gebracht worden ist. Die militärischen Befehlshaber des Landes waren in dem merkwürdigen Irrtum befangen, daß das Gesetz für den Bereich ihrer Kommandogewalt keine Geltung habe, und sie ließen sich bisher auch durch die Belehrung des Oberbefehlshabers von dieser Ansicht nicht abbringen!

In der Beurteilung dieses Falles stimmten — mit Ausnahme der äußersten Rechten — alle Parteien überein. Der Vertreter des Kriegsministeriums, Oberst Wriesberg, geriet in eine wenig angenehme Lage, und Herr Helfferich als Vertreter des Reichskanzlers sagte in bestimmter Weise Abhilfe zu. Die richtige Ordnung der Dinge soll also wieder hergestellt werden. Der Oberbefehlshaber über die Unterbefehlshaber und das Gesetz über alle!

Was an dieser sonst sehr unerfreulichen Debatte erfreulich war, das war das Solidaritätsgefühl, das der Reichstag den Elsaß-Lothringern gegenüber bekundete und das auch aus der Rede des Zentrumsführers Gröber mit besonders großer Wärme hervorklang. Wie Elsaß-Lothringen als Teil des Deutschen Reiches unter dem Schutz des Heeres steht, so steht es auch als Teil der Volksgemeinschaft unter dem Schutz des deutschen Reichstags. Je kräftiger sich dieser Schutz betätigt, je entschiedener er gegen jedermann eintritt und je erfolgreicher er ist, desto empfindlicher wird die chauvinistische Agitation von jenseits gestört, die die elsässischen „Boches" als französische Brüder „von der Herrschaft des Militarismus befreien" will. Es ist die Pflicht des Reichstags, dieser Agitation jeden Schein von Berechtigung zu nehmen, die rechtliche Lage Elsaß-Lothringens in der Gegenwart sicherzustellen und das schwer heimgesuchte Land über seine freie Zukunft im Verbande des Deutschen Reiches zu beruhigen.

Darum war die Schärfe, mit der die Redner aller Parteien die Vorgänge in Elsaß-Lothringen beurteilten, politisch durchaus notwendig. Aber die Stimmung, die in diesem Vorspiel zum Ausdruck kam, läßt wirklich nicht darauf schließen, daß der Reichstag bereit sei, alles unbesehen zu billigen, was „von oben" kommt. Der Schatzsekretär, Graf Roedern, hatte bei seiner folgenden Einleitungsrede noch schwer mit ihr zu kämpfen, und da der einmal geweckte Widerspruchsgeist an ihr kein Objekt fand, verlor sie sich in allgemeiner Unaufmerksamkeit.

Hätte der Reichstag aus einer Stimmung der augenblicklichen Verärgerung gehandelt, und hätte er die These Ledebours anerkannt, daß die Kreditbewilligung die Zustimmung zu allem bedeute, was da rundum im Deutschen Reiche geschieht, dann hätte der Reichstag die Kriegskredite gewiß abgelehnt. Aber man muß sich diese Konsequenz nur einmal ausmalen, um sich der ganzen Unmöglichkeit ihrer Voraussetzungen bewußt zu werden. Können wir, uns in innern Streit verbeißend, vergessen, daß der Feind vor unseren Fronten steht, und daß er aus tausend und aber tausend Kanonenschlünden an die Tore des Reiches hämmert? Vergäßen wir das auch nur einen Augenblick, wir würden alsbald schmerzlich daran erinnert werden.

Auch in der sozialdemokratischen Partei hat es früher einmal geheißen — und sehr zu unrechter Zeit ist es vergessen worden: „Trotz allen Streits im Innern geschlossene Front nach außen!" Was aber für eine Partei in ihren Kämpfen galt und immer gelten sollte, das gilt auch für ein Volk, das von einer fünffachen Uebermacht in seiner Existenz bedroht ist. Darum hat zum Schlusse fast der ganze Reichstag trotzalledem die Kredite bewilligt, und der kleine Rest, der sich von dieser Einigkeit ausschloß, hat damit unrecht getan!

Der verschärfte Unterseebootkrieg und die Friedensfrage.

Genosse Gustav Hoch schreibt uns:

Bei Beginn der bevorstehenden Tagung des Reichstages haben die Parteien endlich die Gelegenheit, in voller Oeffentlichkeit wieder einmal Stellung zu den Kriegsereignissen zu nehmen und auf die Friedensfrage einzugehen. Seit der letzten Auseinandersetzung über diese Angelegenheit in der Vollversammlung des Reichstages ist die Reichsleitung in den verschärften Unterseebootskrieg eingetreten. Die Hoffnungen, von denen dabei die Reichsleitung ausgegangen ist, und die Bedenken, die dagegen namentlich von den Sozialdemokraten geltend gemacht wurden, sind wiederholt im Hauptausschuß des Reichstages besprochen worden. Jetzt, nachdem der verschärfte Unterseebootkrieg bereits begonnen hat, würde es vorläufig zwecklos sein, noch einmal auf diesen Streit der Meinungen zurückzukommen. Jetzt sind nicht mehr die Gründe für oder gegen, sondern die tatsächlichen Erfolge des verschärften Unterseebootkrieges entscheidend; sie werden zeigen, ob an den Hoffnungen auf der einen Seite und an den Bedenken bei den andern berechtigt gewesen ist.

Dagegen darf die Sozialdemokratie nicht stillschweigend über den Zusammenhang des verschärften Unterseebootkrieges mit der Friedensfrage hinweggehen. Denn der verschärfte Unterseebootkrieg hat in manchen bürgerlichen Kreisen die Hoffnung gestärkt oder, wo sie bereits ganz geschwunden war, wieder aufleben lassen, daß wir schließlich doch den unbedingten Sieg über die feindlichen Staaten erlangen und alles das durchsetzen könnten, was unsere Eroberungsschwärmer erstreben. Demgemäß fordern diese Kreise, daß die Reichsleitung den Krieg solange fortsetze, bis die Gegner unsern vollen Sieg anerkennen und unsere Friedensbedingungen nach den Wünschen unserer Eroberungsschwärmer annehmen.

Dieser Gedankengang beherrscht die bürgerlichen Kreise deshalb so sehr, weil sie sich meistens den „naturgemäßen" endgültigen Ausgang des Krieges nicht anders vorstellen können, als daß die eine Völkergruppe die andere besiegt und ihr die Friedensbedingungen aufzwingt.

Die Sozialdemokratie dagegen hat seit jeher nicht den Krieg als ein Mittel anerkannt, durch das auf der gegenwärtigen Höhe der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung die Beziehungen der Staaten zueinander segensreich für die Menschheit geregelt werden könnten. Sie hat vielmehr die Vergewaltigung der besiegten Völker durch siegreiche Staaten als ein Unglück für alle Völker erkannt, das immer größere Kriegsrüstungen zur Folge haben müßte und nur zu bald weitere, um so unfruchtbarere Kriege veranlassen würde. Daher fordert die Sozialdemokratie die friedliche Verständigung der Völker auf der Grundlage, daß jedes Volk in seinem eigenen Lande frei von jeder gewaltsamen Einmischung anderer Staaten und im Weltverkehr gleichberechtigt mit den anderen Völkern sei.

Diese Auffassung ermöglichte es der Sozialdemokratie, vorurteilslos die Darlegungen derjenigen Sachverständigen zu würdigen, die nachzuweisen suchten, daß in unserer Zeit ein Weltkrieg nur alle beteiligten Völker in unübersehbaren Schaden an Gut und Blut stürzen werde. Dadurch ist der Sozialdemokratie der Blick geschärft worden für die Umstände, die für den Ausgang des Krieges entscheidend sind. Die Sozialdemokraten haben im Reichstage immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß sich die Völker endlich über einen Frieden ohne Vergewaltigung eines Volkes verständigen. Daß die Sozialdemokratie im Reichstage diese Forderung wiederum vertrete, ist gerade jetzt für sie eine zwingende Pflicht.

Denn damit ist zu rechnen, daß der verschärfte Unterseebootkrieg den feindlichen Staaten einen größeren Schaden zufügen werde, als es vordem der Fall gewesen ist. Einen um so stärkeren Widerhall werden daher zunächst die Siegeshoffnungen unserer Eroberungsschwärmer finden. Daher muß die Sozialdemokratie Klarheit zu schaffen suchen und davor warnen, daß irgend etwas unterlassen werde, was uns dem allein segensreichen und unter allen Umständen schließlich doch abzuschließenden Frieden näher bringen kann, dem Frieden ohne Sieger und Besiegte, ohne Eroberungen, ohne Entschädigung der Kriegskosten, ohne die Herabwürdigung irgendeines Volkes. (z)

Das amerikanische Munitionsausfuhrverbot.

Bern, 23. Februar. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" meldet aus Washington: Der Senat nahm ein Gesetz an, nach dem künftig der Präsident ermächtigt ist, ein Ausfuhrverbot gegen alle Munitionsschiffe zu erlassen, deren Munitionsladung für Nationen bestimmt ist, die mit Ländern im Kriege liegen, mit denen die Vereinigten Staaten durch friedliche Beziehungen verknüpft sind.

Wir haben dieses Gesetz schon vor einigen Tagen kurz gekennzeichnet. Amerika liegt nun zwar mit Deutschland noch nicht im Kriege, aber es hat doch den Verkehr, der völkerrechtlich als Zeichen friedlicher Beziehungen gilt, abgebrochen. So würde also das Gesetz vermutlich die Ausfuhr von Kriegsladungen — oder gilt es nur für Munition (?) — nach den Ententeländern keineswegs behindern.

Der Wechsel im holländischen Finanzministerium.

Haag, 23. Februar. Das Korrespondenzbureau meldet, daß Minister Orts van der Linden heute in der Zweiten Kammer erklärte, der Rücktritt des Finanzministers van Gijn werde an der bisherigen Politik der Regierung nichts ändern.

Bonar Law über die Ententekonferenz.

London, 23. Februar. (T. U.) Im Unterhause hat Minister Bonar Law am 12. d. M. über verschiedene Konferenzen der Entente gesprochen. In Rom, so erklärte er, hat man sich über die Maßregeln geeinigt, welche gegen Griechenland getroffen werden sollten, um die Gefahr, daß die griechische Armee bei einem Angriff der Deutschen und Bulgaren den Ententetruppen in den Rücken fallen könnten, zu verhindern. Noch vor einigen Wochen sei diese Gefahr groß gewesen. In Rom wurde auch über ein besseres Zusammenwirken zwischen der Seemacht der verschiedenen Ententestaaten im Mittelländischen Meer gesprochen. Die folgende Konferenz in London hat die Angelegenheit zu Ende geführt und in Petersburg hat man beratschlagt, um Rußland zu helfen, sich auf die Offensive in diesem Jahr vorzubereiten.

Der Krieg auf den Meeren.

Der starke Wille der Schiffsmannschaften.

Alle Schiffe liegen still.

Kopenhagen, 22. Februar. Die vorgestern wieder aufgenommenen und gestern fortgesetzten Verhandlungen zwischen Vertretern der Reedervereinigungen und fünf Verbänden der Schiffsbesatzungen wegen Beilegung des Streiks der Seeleute sind abermals als ergebnislos abgebrochen worden; sie werden vorläufig nicht wieder eingeleitet werden. Damit bleibt die Hauptschwierigkeit für die erhoffte baldige Wiederaufnahme der dänischen Schiffahrt nach dem Auslande bestehen. Der dänische Amerika-Dampfer United Staates sowie drei Dampfer, die mit Lebensmitteln für England für alle Fälle zur Abfahrt bereitliegen, haben vorläufig keine Aussicht, die Ausreise antreten zu können, da nach Abbruch der Verhandlungen die Schiffsbesatzungen sich weigern, an Bord zu gehen.

Genf, 22. Februar. Genfer Vertreter großer Versicherungsgesellschaften, die mit europäischen neutralen Staaten und auch mit russischen und englischen Versicherungsgesellschaften in engem Zusammenhang stehen, berichten, daß im Laufe der letzten Woche die neutralen Schiffe die Häfen nicht verließen, da die Besatzungen sich weigerten, an Bord zu gehen. Im Laufe der letzten Woche wurden außerdem von See-Versicherungsgesellschaften nicht nur in Genf, sondern auch im Auslande nach bei den Genfer Vertretern eingelaufenen eingehenden Berichten keinerlei Seeversicherungen abgeschlossen.

*

Bern, 22. Februar. „Journal des Débats" meldet aus Barcelona, daß die Compagnie Transméditerranéenne, welche 55 Dampfer besitzt, beschlossen habe, die Schiffahrt nach dem Ausland einzustellen und die ganze Handelsflotte in Barcelona und Valencia zusammenzuziehen. Der Dampfer Antonio Ferrer, der nach Cette abreisen sollte, sei angewiesen worden, in Valencia zu bleiben.

*

Kopenhagen, 23. Februar. Die dänischen Matrosen auf Schiffen für Inlandfahrten haben heute die Einstellung der Arbeit für kommenden Donnerstag angekündigt. Wenn bis dahin keine Einigung gefunden würde, würde der Beschluß der Matrosen einer Einstellung der gesamten dänischen Schiffahrt gleichkommen. Das Verhalten der Matrosen steht zweifellos mit dem gestrigen Scheitern der Verhandlungen zwischen Reedern und Seeleuten auf Schiffen für Auslandfahrten in engem Zusammenhange.

Ueber den Grund des Abbruches der Verhandlungen verlautet, daß die Reeder sich bereit erklärten, den Besatzungen von Schiffen, die die Ausfuhr nach England besorgen, außer einer höheren Lebensversicherung eine Erhöhung der bisherigen Kriegszulagen um 50 Proz. zu bewilligen. Da aber die Vertreter der Seeleute an der Forderung auf Erhöhung der Kriegszulagen auch für Inlandfahrten festhielten, und es im übrigen ablehnten, für in Auslandfahrten beschäftigten Dampfer ein besonderes Abkommen abzuschließen, wurden die Verhandlungen nach zweistündiger Dauer abgebrochen. Die schwierige Lage der dänischen Schiffahrt kam an der heutigen Aktienbörse im bedeutenden Kursfall namentlich für Schiffahrtspapiere zum Ausdruck.

*

London, 23. Februar. (Reutermeldung.) Vier Verwundete und zwei Tote von der Besatzung des Dampfers Johmmtllas (687 Br.-Reg.-To) aus London wurden gelandet; der Dampfer ist von einem U-Boot versenkt worden. Die übrigen 14 Mann der Besatzung werden vermißt. Von der Besatzung des versenkten Dampfers Rosalia aus Cardiff sind 21 Mann, darunter sämtliche Offiziere, ertrunken. Der Kapitän, der erste Maschinist und zwei Mann der Besatzung des Dampfers Corso aus Cardiff wurden von einem deutschen U-Boot gefangen genommen, das den Dampfer darauf versenkte.

*

Ausreise eingestellt.

Madrid, 22. Februar. (Funkspruch des Vertreters des Wiener k. k. telegr. Korrespondenz-Bureaus.) Das Blatt „Acion" meldet: Infolge der Versenkung des norwegischen Dampfers Nordkap, der mit einer Weizenladung von Bilbao nach Frankreich unterwegs war, durch ein U-Boot, haben andere Dampfer mit der gleichen Ladung und Bestimmung die Ausreise eingestellt.

Madrid, 22. Februar. (Funkspruch des Vertreters des Wiener k. k. telegr. Korrespondenz-Bureaus.) Das Blatt „Abc" meldet aus Valencia, daß zwei schwedische Frachtdampfer die Ausfahrt verweigern. Die Vorbereitungen betreffend die Einrichtung eines regelmäßigen Schiffsverkehrs zwischen Valencia und Cette nehmen einen guten Verlauf.

Der Möwenkreuzer Puyme.

Ueber ein Dutzend Kriegsschiffe machen Jagd.

Kopenhagen, 22. Februar. Der zweite deutsche Hilfskreuzer, der angeblich Puyme heißt, setzt, wie „Politiken" meldet, seine kühne Tätigkeit fort und hat bereits eine sehr große Anzahl von Schiffen versenkt. In der letzten Hälfte des Monats Dezember verlegte er seine Tätigkeit in den

südlichen Teil des Atlantischen Ozeans.

Dort brachte Puyme nach einer Meldung südamerikanischer Blätter auch den dänischen Dampfer Hamershus auf, der mit einer deutschen Prisenbesatzung bemannt wurde, am 22. 1. in Rio de Janeiro anlief und sich neben die dort verankerten deutschen Schiffe legte. Von ihnen nahm er Lebensmittel und auch, wie die Blätter behaupten, Munition an Bord, worauf er den Hafen wieder verlassen wollte, jedoch von einer Wache bei Santa Cruz entdeckt und durch zwei Schüsse gezwungen wurde, anzuhalten. Der Dampfer mußte neben zwei brasilianischen Kriegsschiffen Anker werfen.

Auch die nordamerikanischen Zeitungen enthalten ausführliche Mitteilungen über die Tätigkeit der Puyme. Wo die Puyme sich jetzt aufhält ist unbekannt. Man meint, es seien von der Puyme

einige der aufgebrachten Schiffe als Hilfskreuzer ausgerüstet

worden. Elf englische Kriegsschiffe, mehrere französische und ein japanisches Kriegsschiff sind jetzt auf der Jagd nach der Puyme. Die Zahl der von der Puyme versenkten Schiffe ist in der letzten Zeit auf 26 gestiegen. Der Gesamtwert der versenkten und aufgebrachten Schiffe mit der Ladung wird von den Blättern auf 15 bis 20 Millionen Dollar angegeben. Jedoch wird diese Zahl sicher zu niedrig angeschlagen.

Soweit bisher bekannt ist, ist noch kein amerikanisches Schiff der Puyme zum Opfer gefallen. Staatssekretär Lansing erklärte, daß die Puyme ganz wie andere Kriegsschiffe behandelt werden müsse und den internationalen Gesetzen der Seekriegführung unterworfen sei, die vorschreiben, daß Schiffe, die verdächtig sind, Bannware zu führen, angehalten und untersucht werden dürfen. Eine Versenkung dürfe jedoch erst dann erfolgen, wenn für die Sicherheit der an Bord befindlichen Personen gesorgt sei.

Der Kommandant der Puyme soll dem Kapitän eines aufgebrachten Schiffes erklärt haben, er habe Anweisung, Passagierdampfer nicht aufzubringen oder zu versenken.

*

Wäre es dem Dutzend jagender Kriegsschiffe gelungen, die Puyme einzukreisen und unschädlich zu machen, so hätte man wohl aus englischem Munde davon gehört. Das tüchtige Schiff dürfte also immer noch tatkräftig den Ozean pflügen.

Versenkt.

Bern, 22. Februar. Aus einem Tagesbefehl des französischen Marineministeriums geht hervor, daß das französische Schiff Algerie versenkt worden ist. Es gibt drei französische Schiffe dieses Namens von 4035 Tonnen, 3386 Tonnen und 2491 Tonnen.

London, 22. Februar. Lloyds meldet: Der englische Dampfer Perseus (6728 Tonnen), das Fischerfahrzeug K. L. M., der schwedische Dampfer Skogland und die Goelette Teewyn sind versenkt worden.

London, 23. Februar. Reutermeldung. Das Fischerfahrzeug Zircon aus Lowestoft ist am 13. Februar von einem U-Boot versenkt worden.

Amsterdam, 22. Februar. Nach einer Londoner Meldung eines hiesigen Blattes wurde der holländische Dampfer Ambon (8598 To.) am 21. Februar von einem deutschen U-Boot angehalten und versenkt.

London, 23. Februar. Lloyds meldet, daß die Fischerbarken Monarch und Anergy versenkt wurden.

*

Versenkungs-Protest.

Stockholm, 22. Februar. (Meldung von Svenska Telegram-Byran.) Die schwedische Regierung hat ihren Geschäftsträger in Berlin beauftragt, gegen die Versenkung des schwedischen Dampfers Däring und des schwedischen Seglers Hugo Hamilton nördlich von England durch deutsche Unterseeboote unter Vorbehalt aller Entschädigungsansprüche Protest zu erheben.

Neue russische Anleihen.

Stockholm, 23. Februar. („Frkf. Ztg.") Laut „Rjetsch" bezeichnet es Finanzminister Bark als notwendig, der soeben beendeten inneren Kriegsanleihe, die hinter dem erwarteten Resultat zurückblieb, eine Reihe neuer Anleihen folgen zu lassen. Zunächst wird eine Anleihe von 3 Milliarden Rubel des gleichen Typs, wie die abgeschlossene, außerdem eine Milliarde Eisenbahnanleihe zu 4,5 Proz. bei einem Ausgabekurs von 77, sowie eine besondere Anleihe von 500 Millionen in Japan ausgegeben. Die früher geplant gewesene Prämienanleihe würde dagegen bis zum Schluß der Kriegsoperationen verschoben.

Die Erfolge des Hygiene-Feldzuges in Polen.

Die Hygiene und das damit zusammenhängende öffentliche Gesundheitswesen, dessen Voraussetzung Organisation und Disziplin sind, lagen naturgemäß in Polen unter russischer Verwaltung brach, während es zweifellos an tüchtiger, einzelärztlicher Tätigkeit auch dort gefehlt haben wird. Dem deutschen Generalgouvernement standen in dieser Hinsicht Aufgaben bevor, die der ganzen Kraft einer „nicht feindlichen" Regierung während mancher Dezennien wert gewesen wären. Sie dürfen dank der außerordentlichen Tatkraft und Arbeitsfreudigkeit der dorthin verpflanzten deutschen Aerzteschaft, die sich freilich auf einen guten Stab polnischer Mitarbeiter stützen durfte, als in wesentlichen Punkten gelöst angesehen werden, wobei — was besonders zu betonen ist — weit über die unmittelbaren militärischen Notwendigkeiten hinausgegangen worden ist.

Von der erstaunlich großen Zahl der Probleme, die bei dieser buchstäblichen Sanierung in Angriff zu nehmen waren, geben Mitteilungen G. Mamlocks in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" ein eindrucksvolles Bild: Um an die Durchführung der hauptsächlichsten Maßnahmen überhaupt erst herantreten zu können, mußten die an sich unvollkommen ausgebauten und durch den Krieg noch weiter gehemmten behördlichen Organe neu geschaffen werden. Von der polnischen Aerzteschaft waren 40 Proz. zum Heere eingezogen und dadurch zum Teil nach Rußland verschleppt worden. Die Folge war ein unbeschreiblicher Mangel an Landärzten, da selbst die gebliebenen kläglichen Reste die Konjunktur häufig benutzten und in die Stadt wanderten. Die Beaufsichtigung infektiöser, epidemischer Krankheiten lag vollends im argen. Die einfachsten Begriffe von Reinlichkeit fehlten der völlig unbelehrt und unberaten gebliebenen Bevölkerung durchgängig. Die Fürsorgetätigkeit war kaum angebahnt. Der im Osten besonders ausgeprägten Ungeziefergefahr war behördlich im Grunde nie entgegengetreten worden. Mochte es gehen, „wie's Gott gefällt!"

Um hier mit Nachdruck einzugreifen und Einfluß gewinnen zu können, wurde bald durch eine Kreisverordnung die gouvernementale Tätigkeit rechtlich gestützt. In Anlehnung an das Reichsseuchengesetz wurden Melde- und Quarantänevorschriften, Bestimmungen über Wasserhygiene und Leichenschau in gleicher Gründlichkeit erlassen. In Warschau wurde jede Tätigkeit in dieser Richtung besonders zentralisiert. Das Sanitätskomitee erhielt genaue planmäßige Arbeitsanweisungen. Zur Bekämpfung des Flecktiebers z. B. wurden Garnisonärzten jeweils Stadtgebiete zur Revision von Haus zu Haus überwiesen. Die Entlausung der Einwohner, die Desinfektion der Wohnungen war zum gleichen Zweck zu regeln. Der Cholera war bereits Oktober 1915 völliger Einhalt getan worden. Die Statistik und genaue Buchführung ansteckender Krankheiten, die Leichenschau, Friedhofsvorschriften und Einrichtungen ähnlicher Art wurden erst in die Wege geleitet und ihre Durchführung mit Hilfe einer strengen, disziplinierten Sanitätspolizei erzwungen. Säuglingsfürsorge, Schulhygiene, Schulspeisung und allgemeine kassenärztliche Tätigkeit waren Wohltaten neuer Art für die Bevölkerung, bei denen der jüdische Anteil in gleicher Weise Berücksichtigung fand. Die Nahrungsmittelhygiene bedurfte bei den eingewurzelten Gepflogenheiten der Bevölkerung besonders scharfer Ueberwachung. Die Belehrung der bisher mißleiteten oder doch verwahrlosten Bevölkerungsschichten war ein Punkt von erheblicher Wichtigkeit, dem durch Veranstaltung von Vorträgen und Aufklärungstätigkeit bei der Lehrerschaft, Geistlichkeit und dem unteren Verwaltungsapparat genügt wurde. Von grundlegender Bedeutung müssen auch Maßnahmen wie die des Impfzwanges für Pocken für die sanitären Verhältnisse des künftigen Polens werden.

Ein neues Drama von Heinrich Mann.

In den Münchener Kammerspielen erlebte Heinrich Manns neues Drama „Madame Legros" seine Uraufführung. Das Stück ist ein Vorspiel zur großen französischen Revolution: die Frau des einfachen Strumpfwirkers Legros, die das Gefühl sittlicher Mitverantwortung mit Begeisterung erfüllt, macht sich zum Werkzeuge der Befreiung eines Unschuldigen, der 43 Jahre lang in der Bastille gefangen sitzt. Ihr Martyrium, das sie zur Preisgabe der eigenen Person zwingt, das ihr auch Schuld und Schlechtigkeit aufbürdet, dem großen Ziel zu Liebe, das ihr Schicksal geworden ist — dieser Weg der Leiden und der Duldung führt schließlich zur Erfüllung: durch die Gnade der Königin Marie Antoniette wird der Unschuldige frei und Madame Legros erhält von der Akademie den Tugendpreis. Die Königin aber, die der Dichter zu der perversen eitlen Erscheinung einer überlebten fauligen Zeit stempelt, die Marie Antoniette Heinrichs Manns tut dies nicht aus Rührung und Großmut, sondern aus Erkenntlichkeit für die erotische Sensation, die sie aus Legros' Werbung für den Unglücklichen gewann. Auf diese Weise erkennen wir die innere Verkommenheit einer Zeit, in die die Revolution als grelle Fackel hineinleuchtete. Madame Legros, die ihr Werk vollbracht, kehrt zu ihrem Gatten zurück. Der aber fühlt sich der zur Heiligen gewordenen entfremdet. Das Volk verlangt nun nach seiner Heldin, die den ersten Schritt tat, die Unschuldigen zu erlösen und die nun Führerin auf dem großen Wege der Befreiung sein soll. Sie aber, die nur das Glück wollte, erschauert vor dem Grauen, das sie entfesselte, und bebt in Erschütterung, als die rasende Menge als erstes Opfer einen Unschuldigen hinmordet. Und sie birgt sich im kleinen Frieden ihrer Ehe, indem sie versucht, zu ihrem Manne zurückzufinden. Dieses an innerer Wucht reiche Stück, das Leidenschaft bis zur Selbstverleugnung schildert, ist bedeutsam als Menschenbild, wertvoll aber auch als der dramatische Ausdruck einer kulturhistorisch bedeutsamen Zeit. Es wurde in den Kammerspielen glänzend dargestellt.

Werke der Technik im Landschaftsbild.

Die von dem Zentralinstitut für E[illegible]ung und Unterricht eingeleitete Vortragsreihe über Wesen u[illegible] Bedeutung der Technik wurde mit einem Lichtbildvortrag „Werke der Technik im Landschaftsbild" von Prof. Franz-Charlottenburg (Vertreter des Lehrfaches Industriebauten, Technische Hochschule) fortgesetzt.

Das Gestalten von sichtbar bleibenden Werken der Technik war durch viele Jahrhunderte hindurch, bis zum Beginne des Maschinenzeitalters, bei allen Kulturvölkern ein einheitliches. Es gab nur einen Gestalter von technischen Gebilden, den Architekten. Architektur war nicht nur die Baukunst der Kirchen, Rathäuser und Denkmäler, sondern ganz in gleichem Geiste auch die Kunst aller anderen technischen Werke, Bauwerke und Maschinen. Die alten Baumeister, die Architekten, bauten zugleich auch Brücken und Wasserwerke, Mühlen und Kräne und vieles andere, was in Stadt und Land an Werken der Technik erforderlich wurde. Ihre Arbeiten waren ausnahmslos getragen von einer Idee, der Schönheit alles Sichtbaren, die das ganze Bauschaffen ihrer Zeit durchzog. Die Einheit des Bauschaffens ist mit dem Eintritt in das Jahrhundert der Dampfmaschine verloren gegangen — gleichzeitig damit auch der ästhetische Grundgedanke.

Es kam eine Zeit, die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der sich das technische Gestalten nach zwei Richtungen schied: Schönbauten und Nutzbauten; es gab jetzt Schönbaumeister (die in der alten Tradition weiter arbeiteten, aus ihrem Tätigkeitsbereich aber vieles ausschieden) und Nutzbaumeister, für die die Zweckmäßigkeit herrschend, die schöne Form aber gleichgültig wurde. Diese bedauerliche Entwicklung ist in dem technischen Unterrichtswesen, das zu gleicher Zeit entstand, sehr gefördert worden. Die mittelbare Folgeerscheinung ist die Verunstaltung unserer Landschaften. Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts bahnt sich eine Wandlung an, der — wie zu hoffen ist — auch die technischen Unterrichtsanstalten folgen werden. Rückkehr zu dem alten Grundgesetz ist möglich. Denn es ist nicht im Wesen der Technik begründet, daß viele ihrer Gebilde unserem Schönheitsempfinden zuwider sind. Auch die neuere Technik kann alle ihre Werke schön gestalten oder ihnen doch wenigstens eine solche Form geben, daß sie unseren ästhetischen Forderungen gerecht werden.

Ob und wie weit dies geschieht, hängt aber nicht von den Bestrebungen des Technikers ab, sondern in weitem Maße auch von der Stellung, die die Volksgemeinschaft zu der Technik einnimmt. Tritt sie der Technik und ihrem Wesen innerlich näher, nimmt sie wärmeres Interesse an ihren Werken, versucht sie noch mehr Verständnis für sie zu gewinnen, so wird die Sorgfalt im Gestalten der technischen Werke seitens der Techniker zunehmen und andererseits das Schönheitsempfinden auch Wandlungen unterworfen werden, die auf gleicher Linie sich bewegen. Das Endziel muß jedenfalls das Schöne sein. Wir wollen unsere Heimat in ihrem alten Reiz erhalten, und wir wollen die Technik, die ihre hohe Bedeutung wieder gezeigt hat, auch in Formen sehen, die wir lieben können.

Allerlei vom Schnee.

Dieser Tage beobachtete man zu Scherzligen in der Schweiz einen seltsamen Schneefall: bei einer Temperatur von 9½ Grad Celsius schneite es Flocken von etwa einem halben Zentimeter Größe und in der Form genau abgezirkelter sechseckiger Täfelchen. Die Flocken besaßen also nicht die vielfach verzweigte Form der gewöhnlichen Schneeflocken, sondern eine massive, völlig undurchbrochene Sternform. Die eigentümliche Gestalt dieser Schneeflocken wurde hier von der tiefen Temperatur — fast —10 Grad Celsius — bestimmt, wie denn überhaupt die Größe und Form der fallenden Flocken immer von der zur Zeit des Schneefalls herrschenden Temperatur abhängt. Je wärmer es ist, desto größer und verästelter sind die Flockensterne, während umgekehrt große Kälte sie verkleinert und zugleich massiver gestaltet. Die Flocken von Scherzligen zum Beispiel sind typisch für den Schnee hochnordischer Länder und der Hochgebirge wie auch für den Schnee der Polarländer, der sich dort allerdings nur bei verhältnismäßig hoher Temperatur einstellen kann. Denn, wie gesagt, beeinflußt die allzu große Kälte den Schneefall, und zwar aus dem Grunde, weil mit dem Sinken der Temperatur der Gehalt der Luft an Wasserdampf vermindert wird. Die wunderhübschen Sternformen der Schneeflocken kommen dadurch zustande, daß sich viele kleine Einzelkristalle von verschiedener Form aneinanderlegen und durch die Regelmäßigkeit ihrer kreisförmigen Anordnung die Sterne bilden. Schon im dreizehnten Jahrhundert machte Albertus Magnus, der bekannte vielseitige Forscher, Studien über den Bau der Schneesterne, die später von Kepler wieder aufgenommen und fortgesetzt wurden. Die erste photographische Wiedergabe der Schneeflocken gelang 1893 dem Forscher Hellmann, der durch seine formschönen Aufnahmen der Wissenschaft manche Aufklärung erleichtert hat.

Wenn auch der Schnee an sich eine rein weiße Farbe aufweist, so gibt es doch auch Ausnahmen von dieser Regel zu verzeichnen, da der Schnee durch irgendwelche organische Beimischungen bisweilen auch gefärbt sein kann. So sah Kapitän Roß im Jahre 1818 am Kap York an der Baffinsbai in Grönland leuchtend rote Schneefelder, die, wie man nachträglich entdeckte, ihre Farbe einer mikroskopisch kleinen blutroten Alge, der Schnee-Alge Sphaerella nivalis, verdankten, die den Schnee in ungeheuren Massen bedeckte. Roten Schnee hat man seither noch oft gefunden, sowohl in den Tiroler und Schweizer Alpen als auch in Sibirien und den Polarländern, ja sogar in den Hochgebirgen Südamerikas. Je nach der Menge der Algen wechselt die Farbe des Schnees vom zarten Rosa bis zum dunkeln Karminrot. Einige mikroskopische Grünalgenarten können dem Schnee gelegentlich ein grünliches Aussehen verleihen, während wieder eine andere Alge, die indes bis jetzt nur an wenigen Punkten der Erde — auf dem Montblanc und in Grönland — angetroffen wurde, den Schnee gelblich bis braun färbt. Die letztere Alge besitzt außerdem die Eigentümlichkeit, daß da, wo sie sich in größerer Menge aufhält, der Schnee schmilzt, eine Erscheinung, die bei einer auf dem Plattensee in Ungarn vorkommenden Art den Fischern sehr willkommen ist, da sie auch im Eise Löcher erzeugt.

Notizen.

— **Edouard Lumière**, der Erfinder einer verbesserten Farbenphotographie, ist bei einem Fliegerunfall ums Leben gekommen.

— **Das erste türkische Denkmal.** Wie die türkischen Blätter melden, wurde in Hafik (Wilojet Siwas) ein Denkmal Sultan Osmans, des Gründers des osmanischen Reiches, eingeweiht. Es ist das erste Denkmal einer geschichtlichen Persönlichkeit in der ganzen Türkei.

— **Der Streik der französischen Bühnenkünstler.** Nach der neusten Verfügung müssen die französischen Theater, Lichtspielhallen und sonstigen Vergnügungsstätten vier Tage in der Woche geschlossen halten. Darauf soll nun, wie die „Victoire" (vom 16. Februar) erzählt, der Verband französischer Bühnenkünstler mit der Drohung geantwortet haben, daß keines seiner Mitglieder, solange das Verbot nicht aufgehoben wird, bei irgendeinem Wohltätigkeitskonzert mitwirken werde, noch sich an den wöchentlich stattfindenden Unterhaltungsabenden in den Lazaretten beteiligen dürfe.

— **Eine Drahtseilbahn zwischen Schweden und Finnland.** Eine überraschende Nachricht bringt die Geographische Zeitschrift. Die Schweden haben begreiflicherweise Anstand genommen, eine durchgehende Eisenbahnverbindung nach Rußland herzustellen. Dafür ist aber seit etwa einem Monat zwischen den beiden Großstädten Haparanda und Tornes eine Drahtseilbahn im Bau, an deren Betrieb sowohl Deutschland wie Rußland ein besonderes Interesse haben. Sie soll nämlich Liebesgaben für die beiderseitigen Gefangenen befördern.

26]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

„Schweig, Bestie!" brüllte er fast besinnungslos. Er zerrte sie am Haar. Sie erwiderte mit noch lauterem Geschrei. Da begann Tagejew die Steppdecke und die Kissen von ihr herunter zu reißen und alles in Stücke zu zerfetzen. In einem Augenblick erfüllte eine Menge Lumpen die mattbeleuchtete Stube. Halbnackt, in zerrissenem Hemd und mit flatterndem Haar, die Kinnlade vorgeschoben, lag Rosa an die Wand gedrückt leichenblaß auf dem Bett und schluchzte.

„Schweig, Bestie!"

Jetzt flogen Rosas dürftige Kleider, ihre Strümpfe und Schuhe in Fetzen. Was er mit den Händen nicht zu zerreißen vermochte, zerriß er mit den Zähnen. Schaum floß von seinem Mund. Er schrie nicht mehr, sondern wimmerte und keuchte.

Klitzki drang zur Tür und stürzte nach dem Korridor. Das Hotel war leer. Außer ihm, Rosa, dem verpfändeten Offizier und dem Gutsbesitzer aus Litauen waren keine anderen Gäste da. Der Offizier war noch nicht zu Hause und der „litauische Gutsbesitzer" hörte den ganzen Vorgang mit außergewöhnlicher Gleichgültigkeit an.

In dem dunklen Korridor bemerkte Klitzki Proschowskis ängstliche Gestalt. Er ging auf den „Gutsbesitzer" zu und sagte mit erregter Stimme:

„Verzeihen Sie, hören Sie, was dort vorgeht? Vielleicht können wir helfen?"

Aber der Mann mit den seltsamen Augen entzog sich mit einer höflichen Geste einem Dazwischentreten.

„Ich würde es Ihnen nicht raten," sagte er mit liebenswürdiger Stimme.

Klitzki erschien diese Feigheit sehr wenig am Platz.

„Proschowski!" rief er, „rufen Sie den Wirt!"

Aber Proschowski verschwand wie verzaubert in der Dunkelheit. Inzwischen war Tagejew, nachdem er im Zimmer alles zerstört hatte, voll Wut auf den Korridor gestürzt. Er sah sich um und unternahm etwas ganz Merkwürdiges. Er hob die Tür zu Rosa Montags Zimmer aus den Angeln und stellte sie auf den Korridor.

Klitzki trat auf ihn zu.

„Sie sind von Sinnen, Herr Polizeimeister," sagte er in höchster Erregung.

Aus Rosas Zimmer drang jetzt nur noch ein leichtes Weinen. Die Jüdin war erschöpft auf die Matratze gefallen und wimmerte leise: „Was fange ich jetzt an?"

Wie ein Stier, der in der Arena mit roten Tüchern gereizt wird, damit seine Aufmerksamkeit von dem Torero abgelenkt werde, so stürzte Tagejew sich jetzt auf Klitzki.

„Was haben Sie hier zu suchen?" fragte er, indem er dicht an Klitzki heran trat.

„Zu verhindern, daß Sie eine Frau mißhandeln. Sie sind dazu da, auf Ordnung zu sehen und nicht selbst nächtliche Skandale aufzuführen."

Klitzki sprach mit gehobener Stimme und sah Tagejew fest an. Er bändigte ihn auf diese Weise und hielt ihn wie ein wildes Tier im Zaum. Aber das war kaum nötig. Tagejew war ein Mensch, der in einem Augenblick ernüchtern und sich so benehmen konnte, wie es für ihn am Vorteilhaftesten war. So geschah es auch jetzt. Tagejew beherrschte sich, kniff ein Auge zusammen, schnitt eine Grimasse und sagte mit unbeschreiblicher Ironie:

„Sie tun sich hier sehr wichtig und mischen sich in alle möglichen Dinge. Sie eignen sich sehr gut zum Polizeikommissar. Schade, daß man Sie dort in Krakau nicht zum Bürgermeister wählt." Dann rückte er seine Mütze auf dem Kopf zurecht und fügte hinzu:

„Gute Nacht!"

Selbstbewußt, mit den Füßen im Korridor laut aufstampfend, ging er an Klitzki vorüber. Klitzki machte sich jetzt an die lächerliche Arbeit, die Tür in das Zimmer der Sängerin einzustellen. Eine eisig kalte Luft drang vom Korridor zu ihr hinein.

„Ich werde hier zum Don Quixote!" sagte er.

Er blickte ins Zimmer hinein. Rosa lag noch immer weinend auf dem Bett. Ihre zerfetzten Kleider lagen auf dem Fußboden umher. Klitzki hatte Mitleid mit dieser wehrlosen Frau, die nun auch des letzten Kleidungsstückes beraubt war.

„Weinen Sie nicht!" sagte er mitleidig. „Ich werde Ihnen beistehen und Kleider beschaffen."

Er gedachte, Proschowskis Hilfe in Anspruch zu nehmen und die Sängerin so gut es ging einzukleiden.

Aber sie antwortete nicht und wurde auf ihrer harten Matratze von leisem Schluchzen geschüttelt.

Klitzki kehrte in sein Zimmer zurück.

„Was für eine Hölle!" dachte er und starrte traurig vor sich hin.

XIV.

Semipudow handelt. — Tagejew ruft. — Zwei Leute am Werk. — Zuzia in Tagejews Netzen.

Katjuscha mußte am frühen Morgen den Samowar aufstellen.

„Hol ihn der Teufel!" murmelte er wütend über Tagejew, der von seinem Schlafzimmer aus nach Tee schrie.

Auf der Küchenbank, die von Sauerkohl, dem täglichen Gericht auf Tagejews Tafel, durchzogen war, saß der riesenhafte Semipudow und blicke die korpulente Köchin mit Behagen an.

Sie war seine Landsmännin und bildete den einzigen Trost in seiner Verbannung nach dem Weichselgebiet.

Semipudow war im Grunde kein schlechter Mensch. Ein echter russischer Bauer mit sentimentaler, sehnsüchtiger Seele, pflegte er des Abends Lieder zu heulen, zu denen er sich auf der Harmonika begleitete. Aber die fieberhafte Geldgier und die spitzbübische Umgebung, in der er lebte, hatte auch auf seine schlummernde Seele einen verderblichen Einfluß ausgeübt. Auch er unternahm Räubereien auf eigene Faust, und da er sich Tagejews Gunst erfreute, wurde er immer kühner. Katjuscha unterstützte ihn in seinen Schandtaten. Ihre üppigen Reize regten Semipudow lebhaft an. Aber Katjuscha wollte nicht die Frau eines unbemittelten Schutzmanns werden. Semipudow schwor also, ein Vermögen zu sammeln. An Gelegenheit fehlte es nicht, sie mußte nur ausgenutzt werden. Semipudow war jedoch ein wenig träge und ließ so manche Gelegenheit unausgenützt. Wenn Katjuscha davon erfuhr, machte sie ihm schwere Vorwürfe.

Eine solche Spannung herrschte augenblicklich zwischen den Landsleuten. Katjuscha zog ihr buttergelbes Tuch, das sie nach der Art russischer Bäuerinnen unter dem Kinn zugebunden hatte, bis über die Nase, kehrte dem Polizisten den Rücken und blies in den Samowar. Aber Semipudow bewunderte dennoch Katjuschas Reize, sein Gesicht strahlte vor Entzücken und Seligkeit, und er begann:

„Katjuschenka, du hast unrecht, mir böse zu sein. Ich konnte nicht anders, mein Augenstern, ich mußte das Protokoll niederschreiben."

„Wozu ein Protokoll?" schalt Katjuscha, „du hättest dem Juden, der das Geld gestohlen hat, nachlaufen und ihm die Hälfte abnehmen sollen, statt dessen schleppst du den Bestohlenen mit und machst ein Protokoll. . . Barlamow hätte das nicht getan!"

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Faust I.**
Sonntagnachm. 2½ Uhr (kl. Pr.): Fuhrmann Henschel.

Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Sonntagnachm. 2½ Uhr (kl. Pr.): Minna von Barnhelm.

Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
7½ Uhr: **Die Ratten.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. O. Meinhard — R. Bernauer.
7½ Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
7½ Uhr: Die verlorene Tochter.

Berliner Theater
7½ Uhr: **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7½ U.: **Die beiden Klingsberg.**
Sonntag: Peer Gynt.

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Reisebegleiter.

URANIA Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Der Balkanzug
und die befreite Donau.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath:
Elektrische Wellen.

Theater für Sonnabend, 24. Februar.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Mignon.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. Herrnfeld-Theater
7½ U.: **Der Stolz der Familie**

Kleines Theater
7½ U.: **Der Raub der Sabinerinnen.**

Komische Oper
7½ U.: **Der Puszta-Kavalier.**
Sonntag 3½ Uhr: **Heimat.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min.: **Die Csardasfürstin.**
Sonntag ½3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**

Lustspielhaus
7½ U.: **Die schöne Kubanerin.**
Sonntag 3 Uhr: Charleys Tante.

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
7½ U.: **Novella d'Andrea.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
3 Uhr: Götz von Berlichingen.
7½ Uhr: **Der Herr im Hause.**

Thalia-Theater.
7½ U.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
3½ Uhr: **Kaiser Heinrich.**
7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater
7½ U.: **Willis Hochzeitstag.**

Circus
Busch
Durchschlagenden Erfolg
erzielte die neue
Riesen-Pracht-Wasser-
Pantomime
Die versunkene Stadt.
i. 1 Vorsp. u. 4 Akt. v. Paula Busch
Vorh. das gr. Zirkusprogramm.
Stg. 2 Vorst. Nm. 3½ U. 1 Kind frei!
Die Geierprinzessin.
Abends 7½ Uhr:
Die versunkene Stadt.

Zirkus A. Schumann
Der Zirkus ist gut geheizt.
Heute u. täglich abds. 7½ Uhr
(Einlaß 7 Uhr):
Das große glänzende Zirkusprogramm und die großartig inszenierte Ausst.-Pantomime
Die Seeräuber
m. d. prächt. u. märchenhaften
Prunkfest.
Jed. Sonntag 2 gr. Vorstellungen, 3 Uhr u. 7½ Uhr.
Nachmittags **1 Kind frei.**
Billette ab Freitag an der Zirkuskasse zu haben.
Der Zirkus ist gut geheizt.

Palast Theater am Zoo
Tägl. 7½. Sonnt. 3½ u. 7½.
Der effektvolle Telefonscherz:
„Hallo, wer dort?"
Dazu: Berl. Typen m. R. Steidl und Anna Müller-Lincke u. d. **neue Febr.-Progr.**

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich abends 7½ Uhr:
In Leid und Freud.
Sonntag, den 25. Februar:
Nachm. 3: **In Leid und Freud.**
Abends 7: **D. Sohn d. Wildnis**

Solange Vorrat reicht
liefert die
Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

Die Neue Welt. Illustriertes Unterhaltungsblatt für Wissenschaft, Belehrung und Unterhaltung. Es sind vorhanden: Jahrgang 1899, 1901, 1908, 1909, 1911 bis 1915. Geschmackvoll gebunden 4,— Mk.

Marx, K., Das Kapital. 3 Bände. Halbfranz gebunden früher 35,— Mk., jetzt 25,— Mk.

Schlosser, Fr. Chr., Weltgeschichte. 20 Bände in 10 Bänden. Statt Gebd. 50,— Mk. für 25,— Mk.

Beyer, C., Im Pharaonenlande (Aegypten). Reiseschilderungen aus Aegypten. Statt Gebd. 6,— Mk. für 1,50 Mk.

Mantegazza, P., Die Physiologie des Hasses. Statt 7,— Mk. für 1,50 Mk.

Petzet, Christian, Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. Statt Gebd. 10,— Mk. für 3,50 Mk.

Seidel, R., Friedrich der Große. „Der Heros der deutschen Volksbildung" und die Volksbildung. Statt Gebd. 1,50 Mk. für 1,— Mk.

Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit zwölf Tafeln und vielen Textillustrationen. Statt Gebd. 20,— Mk. für 6,— Mk.

Juschkewitsch, S., Die Parias. Erzählung aus dem Leben der russischen Juden. Statt 2,— Mk. für 1,20 Mk.

Sinclair, Der Industriebaron. Geschichte eines amerikanischen Millionärs. Statt 2,— Mk. für 0,50 Mk.

Preczang, Ernst, Die Glücksbude. Statt Gebd. 2,60 Mk. für 1,— Mk.

Herzliche Grüße. Geschichten von **Großmann.** Statt 2,— Mk. für 1,20 Mk.
Aus dem Inhalt: Ein nächtlicher Ruf. — Der Verteidiger. — Debatte über das Beten. — Der Staatsanwalt Dunker. — Die Hinrichtung.

Rehm, Herm. Siegfr., Das Buch der Marionetten. Statt Gebd. 12,— Mk. für 6,— Mk.

Ruppius, Otto, Amerikanische Reiseromane und Erzählungen. Jeder elegant gebundene Band ist einzeln zu haben und kostet statt 2,— Mk. 1,25 Mk.
1. Der Pedlar. 2. Vermißt. 3. Zwei Welten. 4. Vermächtnis des Pedlars. 5. Mary Kreuzer. 6. Eine Karriere in Amerika. 7. Buschlerche. 8. Geld und Geist. 9. Schullehrerleben im Westen.

Viktoria-Theater
(Sanssouci) Kottbuser Str. 6.
Telephon: Moritzpl. 14814.
Hochbahn-Haltestelle: Kottbuser Tor.

HAGENBECK
Tägl. Abendvorstellung um 7½ Uhr
Wochentags nachm. Vorzugspreise
Mittwochs, Sonnabends, Sonntags je 2 Vorstellung., um 3½ und 7½ Uhr.
Vorverkauf: Hagenbeckkasse, Kottbuser Straße 6, und Wertheim.

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer-Ballett a. d. Oper „Der Prophet"
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Apollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Anfang ½8 Uhr.
Neues
Februarprogramm.
Dazu
Neptun auf Reisen.
Ausstattungsposse i. 8 Bildern
Stürmische Heiterkeit!
Prachtv. Kostüme u. Dekorationen.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
Trotz des großen Erfolges nur noch kurze Zeit
Zwei helle Berliner
Vorher 7½ Uhr **bunter Teil.**
Anfang des Stückes 8½ Uhr.
Sonntag 4 Uhr: **Die Sache klappt.**

WINTERGARTEN
Lillebils Hochzeitsreise
Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
Musik von Bizet.
Inszenierung v. Max Reinhardt.
Hauptdarsteller:
Hans Wassmann
Lillebil Christensen
Ernst Matray. Katta Sterna.
Außerdem
das gr. Februar-Varieté-Progr.

Rose-Theater.
3½ Uhr: **Die goldne Gans.**
7½ U.: **Der fidele Bauer.**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Glücksmädel.

½8 **National-Theater** Köpenicker Straße 68.
Stürmischer Erfolg!
Studentenliebchen.
Operette in 3 Akt. Mus. v. Bromme.
Anweisung auf 1—4 Billette:
Parkett-Sessel 1,— / Orchester-Sessel 1,50 } wochentags.

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Cabaret Feldgrau"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr: Vorstellung zu ermäß. Preisen!
Neues Programm

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Norden
Bei Einkäufen empfohlen.
Drogen, Farben — **Brockendorf** Gr. Hochstr. 33 und Schulzendorferstr.
Fleisch- u. Wurstw. — **Getschmanns Centr.** Wichert-Str. 159.
Herr.-, Dam.-, Knab.- u. Mädchen-Garder. — **O. Hoffmann** Veteranenstr. 14 fertig u. n. Maß
Kolonialwaren — **M. Saegebarth** Strelitzer Str. 57
Mehlhandlungen — **C. E. Fink, Pankstr. 92.**
Möbelmagazine — **Wiese & Co.** Reinickendorferstr. 67 Tischlermeister

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Osten
Erscheint wöchentlich einmal.
Bei Einkäufen empfohlen.
Butter, Eier, Käse — **P. B. Ackermann, 8 Filialen**
Mehlhandlung — **Joh. Pietsch** Königsberger Straße 26/27
Photograph. Ateliers — Haynn, Frankfurt. Allee 92 geg. Ringbah. Frankf. Allee. **Th. Wenzel** Inh. O. Zeschke, Andreasstr. 26 a. Andreasplatz
Schuhw. u. Besohlanstalten — **J. Heinrich** Petersburger Straße 48.
Warenhäuser — Hamburger Warenhaus Max Flemming Alt-Stralau 11. Verw.-Los. erh. 5%.
Zahn-Atelier Wohlfeil — Neue Königstr. 40 (am Alexanderpl.)

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden: 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Glühpunsch
und
Grogextrakt
alkoholfrei von feinwürzigem Aroma und kräftigem Geschmack, kein Zucker nötig, nur 1 Teil mit 2 Teilen heißem Wasser ¼-Ltr.-Orig.-Fl. 1,75.
Lose Liter 2,00 M.
Bei Mehrentnahme billiger.
Otto Reichel 43, Eisenbahnstr. 4.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert**
des **Berliner Konzerthaus-Orchesters**
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
An allen Wochentagen: **Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Verkäufe

Pelzgarnituren! Skunksstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7.

Monatsanzüge und Sommerpaletots sowie Hosen, Gehrockanzüge, Fracks, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nat. Malackstraße 14.

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Riesenauswahl verschiedener Pelzsachen, Pelzstolas, Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen. Spottbilliger Bettenverkauf. Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf.

Geld! Geld! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, kaufen. Im Verfall gewesene Anzüge, Paletots, Ulster sowie neue Maßgarderoben, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Marderfüchse, Sommerpreise. Silberne Uhren 5,—, goldene Damenuhren 8,—, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2.

Kostüme, bildschöne Formen Ulster, Frauenmäntel, Plüschmäntel, Astrachanmäntel, imprägnierte Seidenmäntel, Gummimäntel, Glockenröcke, direkt aus Arbeitsstuben. Meyer, Blücherstraße 13 I. Kein Laden. Sonntags geöffnet.

Vornehme Herrenanzüge, Paletots und Ulster aus halbfertigen Stoffen 45—75 Mark, ebenso Hosen bis 25 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Pelzsachen, Monatsgarderobe und neue Herrenanzüge, Einsegnungsanzüge, Prüfungsanzüge, Winterpaletots, Ulster; elegante Kostüme, Regenmäntel, Damenulster, Röcke, Blusen, Knaben- und Mädchengarderobe. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstraße 41 I. †39*

Monatsgarderobe! Getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrockanzüge (auch zum Verleihen), Winterpaletots und Ulster sowie von Kavalieren getragene, fast neue Sachen (auf Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen. Kieferbaum, Wassertorstraße 12/13 I.

Lippmann, Otto. Hilfsbuch für die Dreherei mit 262 Abbildungen. Gebunden Mark 3,40. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Schlafzimmer!!! Zirka 60 sehr gediegene Zimmer sind ausgestellt. Konkurrenzlose billigste Preise. In dunkelmahagoni, birnbaum, birken, eichen, weißlackiert. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30.

Musikinstrumente

Pianino, hohes, 200,— (eventuell Teilzahlung). Pianohaus, Turmstraße 9. 14/1

Mandolinenspiel. Gitarren, Lautenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung 6,— Monatshonorar, auf Wunsch Ausbildung in kürzerer Zeit. Leihinstrumente billigst. Violinspiel in zehn Stunden neueste Schlager, Klavier unterrichtet schnellfördernd Ernst, Oranienstraße 166.

Mandoline 18,—, erstklassige Ausführung 20,—, Konzertlaute 45,—, Gitarren 12,—, prima Qualität 25,—, Unterricht 6,— Monatshonorar. Notenlager, eingespielte Orchestergeige mit Zubehör 30,—, Solistenvioline 50,—. Ernst, Oranienstraße 166 III.

Gitarrezithern mit fünfzig Unterlegnoten 12,50 (Ladenpreis zirka 20,—), große, sechsakkordige 18,—, Violinbuettzither 25,— (früher 45,—). Oranienstraße 166 III.

Kaufgesuche

Leinöltirnis, Kopal, Harz, Kolophonium, Bienenwachs, Leim, Schellack, Borax, Zeresin, Paraffin, Dellacke, Emaillelacke, Terpentinersatz kauft, höchste Preise zahlend, Wolter, Thaerstraße 6. Königstadt 8383.

Platinankauf. Gramm bis 7,80, ebenfalls Ankauf alter Zahngebisse, Bestecken, Ringe, Schmucksachen, Ketten, Glühstrumpfasche zu gesetzlichen Preisen. Metallkontor John, gegründet 1903, nur Alte Jakobstraße 138 und Kottbuserstraße 1 (Kottbusertor). Moritzplatz 12858. Firma genau beachten.

Platinabfälle! Gramm bis 7,70 Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 98*

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Schmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Sektkorke 26, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) kauft Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6.

Oberkellner. Kellner erhalten für Sektkorke 26, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) bei Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. 13/4*

Kellermeister erhalten für Sektkorke 26, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) bei Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6.

Film-, Zelluloid-Abfälle kauft Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6.

Möbel

Möbel gegen bar und Teilzahlung verkauft preiswert D. Lechner, Brunnenstraße 7, Müllerstraße 174. Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet.

Dringend wichtig für jeden Möbelsuchenden ist die Besichtigung meiner Riesenläger moderner Speise-, Herren-, Schlafzimmer. Einige komplette Wohnungseinrichtungen noch ganz besonders billig. M. Hirschowitz, Berlin nur Südosten, Skalitzerstraße Nr. 25.

Stuben- und Kücheneinrichtung sehr billig. Teilzahlung gestattet. Möbelschau, Brunnenstraße 180, Eingang Anklamerstraße. 258/12*

Kräftige Arbeiter und Urlauber
werden eingestellt für Alteisenplatz.
Schweitzer & Oppler.
Lichtenberg, Rittergutstr. 108/109.

Schlosser, Schmiede, Stellmacher
werden sofort eingestellt.
Große Berliner Straßenbahn.

Badstr. 41a. Uferstr. 9	Lichtenberg, Siegfriedstr. 30/35
Schönhauser Allee 123	Treptow, Elsenstr. 111/114
Ackerstr. 3/4	Neukölln, Kölnische Allee 1/10
Markusstr. 7	Britz, Gradestr. 4/17
Brandenburgstr. 76/77	Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str. 40
Kreuzbergstr. 16/20	Schöneberg, Belziger Str. 14/16
Dieser Str. 1	Lichterfelde, Hindenburgdamm 67/70
Reinickendorf, Pankower Allee 62/63	Wilmersdorf, Westfälische Str. 73/75
Niederschönhausen, Kaif.-Wilh.-Str. 41/3	Charlottenburg, Spandauer Str. 22
Hohenschönhausen, Degnerstr. 22/27	Charlottenburg, Wiebestr. 30
Weißensee, Bernkasteler Str. 80	Tegel, Schloßstr. 10/11.

Arbeiterinnen
für Revolverbänke u. Zünderrevision
sucht
Comptator, G. m. b. H. Mix & Genest Zähler,
Wilhelmstr. 132, Aufgang B.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. Hornig, Baumschulenweg, Marientalerstraße 13 I.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Markusstraße 36.

Zeitungsfrauen für Hermsdorf und Waidmannslust sucht Kienast, Borsigwalde, Rüsselstraße 10.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Zenner, hof. Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Werderstraße.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30.

Tüchtige erfahrene
Monteure
für unsere Automobil-Reparatur-Werkstätte gesucht.
Dürkoppwerke A.-G.,
Berlin NW. 6.
Schiffbauerdamm 35/37.

Bauarbeiter u. Zimmerleute
gesucht. Mittagsküche vorhanden. Zu melden Lichtenberg, Herzbergstr. 121, Lagerplatz der Aktien-Gesellschaft für Beton- und Monierbau. 14/10

Korbmacher
auf **Geschoßkörbe** gesucht. Gutes Material reichl. vorhanden. E. Schlesinger & Co., Krautstr. 45.

Dreher
für eilige Kriegslieferungen verlangt **Karl Seemann,** Maschinenfabrik, **Borsigwalde.**

Militärfreier Kartonzuschneider
für dauernde Stellung sucht sofort
Kartonfabrik Beck,
Wassertorstr. 46/47. 14/9

Stockarbeiter,
Schleifer, Raspler, Feiler, Zusammenpasser stellen ein 19248*
C. & K. Redlich, Ritterstr. 75.

Baggermeister
für **Eimer- und Löffelbagger,**
Lokomotivführer,
Heizer, Schmiede,
Schlosser,
Zimmerleute
für Kriegsbauten im Inlande und in besetzten Gebieten sofort gesucht.
Meldungen an
Julius Berger, Tiefbau A.-G,
Berlin W. 9.

Russische Nachrichtensperre.

Stockholm, 23. Februar. Da Svenska Telegrambyran seit dem 20. Februar aus Petersburg keine Telegramme erhalten hat, nicht einmal die amtlichen Heeresberichte, hat das Bureau deshalb bei der Telegraphenverwaltung angefragt und darauf die Antwort erhalten, daß das Ausbleiben der Telegramme nicht auf eine Leitungsstörung zurückzuführen ist, sondern darauf, daß von russischer Seite aus bis auf weiteres **jeder private Telegrammverkehr eingestellt** worden ist.

*

Stockholm, 23. Februar. Wie „Stockholm Tidningen" berichtet, bleiben infolge der deutschen U-Boot-Sperre alle aus Rußland kommenden, für England bestimmten Pakete, Briefe und Drucksachen **in Gotenburg liegen,** so daß sich dort bereits große Massen von Post angesammelt haben. 1200 große Säcke und zahllose Einzelstücke sind bisher aufgestapelt.

Die Unruhen im Piräus.

London, 23. Februar. Ueber die bereits gemeldeten Unruhen im Piräus berichtet die „Times" noch folgende Einzelheiten: Als am Mittwoch morgen die Mitglieder der Gewerkvereine nach dem Piräus kamen, um die Unterstützungsgelder für die infolge der Einstellung der Schiffahrt arbeitslos gewordenen Arbeiter in Empfang zu nehmen, teilten sie mit, wenn sie pro Kopf nur 11½ Schilling statt 3 Pfund Sterling erhalten würden, sei ein Aufruhr zu erwarten. Unmittelbar darauf rottete sich eine Menschenmenge zusammen, der Markt wurde erstürmt, man drang in die Lebensmittelläden ein und raubte die Waren, die auf der Straße weggeworfen wurden. Viele Kolonialwarengeschäfte wurden gänzlich ausgeplündert. Eine allgemeine Panik brach aus und die Geschäftsleute im Piräus schlossen schleunigst ihre Läden. Später trafen Soldaten aus Athen ein, um die Ruhe wieder herzustellen, wobei diese Bemühungen durch einen plötzlich herabgehenden Platzregen unterstützt wurden. Im übrigen nimmt die Zuchtlosigkeit im Piräus überhand. So wurden zwei Reeder angegriffen von Leuten, die in ihre Bureaus eingedrungen waren und Geld verlangt hatten. Eine andere Bande zog nach einer Werkstätte und drohte diese in Brand zu stecken, wenn man keine Arbeit bekäme.

Hungerrevolten und Industriebrände in Amerika.

Amsterdam, 23. Februar. (T. U.) Nach Meldungen aus Washington wird die Lebensmittelfrage immer brennender. Alle Blätter besprechen in längeren Artikeln die mißliche Lage und die Lebensmittelunruhen. Die Schuld an den herrschenden Uebelständen wird in der Hauptsache dem Versagen der Eisenbahnverwaltungen zugeschoben, und die Abstellung der Uebelstände wird als dringende Notwendigkeit gefordert; auch wird das Publikum zu größerer Sparsamkeit ermahnt. Inzwischen haben die Kundgebungen gegen die Teuerung sich auch auf die Staaten im Innern des Landes ausgedehnt. So fand beispielsweise am Mittwoch abend ein Tumult in Philadelphia statt, der großen Umfang annahm. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ein Mann getötet und 14 andere, darunter zwei Polizisten, schwer verwundet wurden. Auf einer Protestversammlung gegen die Lebensmittelteuerung waren mehr als 2500 Frauen erschienen. Es ging sehr stürmisch zu, und schließlich kam es auch hier zu Zusammenstößen mit der Polizei. Man befürchtet, daß noch in weiteren Staaten Hungerrevolten ausbrechen werden. Die „New York Times" weist in einem Artikel auf die furchtbaren Gefahren hin, die für das Land erwachsen würden, falls die Transportschwierigkeiten noch länger anhalten und keine zweckmäßigen Schritte seitens der Behörden in die Wege geleitet werden.

New York, 23. Februar. (Reutermeldung.) Die Blätter berichten, daß in New Britain (Connecticut), wo zahlreiche Munitionsfabriken sind, **zwanzig Brände** ausbrachen, die offenbar auf Brandstiftung zurückzuführen sind; es wurde der Belagerungszustand verhängt. In Youngstown (Ohio) soll die Polizei ein Komplott entdeckt haben, um die große Fabrik für Panzerplatten und Stahlrohre, die sich dort befindet, in die Luft zu sprengen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein Staatsstreich in Costarica wird gemeldet. Der Kriegsminister übernahm die provisorische Regierung, der Präsident der Republik verließ das Staatsgebiet.

Der Ruf nach Arbeitshänden. Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, erklärte der Minister für den Nationaldienst, daß er eine Million Männer brauche.

Verhaftungen in Irland. In Dublin, Galway, Limerick, Skibereen und an anderen Stellen in Irland wurden unter dem Reichsverteidigungsgesetz 32 Personen verhaftet, darunter eine Anzahl Männer, die nach dem letzten Aufstand interniert, später aber wieder freigelassen worden waren.

Die Verstaatlichung der englischen Kohlenbergwerke. Eine Regierungsverordnung setzt als Datum für die Uebernahme aller Kohlenbergwerke und gewisser Kanäle den 1. März fest.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

In der am Freitag beendeten Beratung des Etats der Verwaltung der direkten Steuern gab der Finanzminister Dr. Lentze die Erklärung ab, daß von dem System der Steuerzuschläge nur abgegangen werden kann, wenn das Einkommensteuergesetz reformiert sei; er stellte eine Reform nach Beendigung des Krieges in Aussicht, ohne ihre Grundzüge näher darzulegen. Sicher ist nur, daß er von einer Quotisierung der Steuern nichts wissen will und daß er dem Gedanken der Junggesellensteuer sympathisch gegenübersteht. In der Notwendigkeit der Reform stimmten alle Redner mit ihm überein. Im einzelnen redete Abg. Herold (Z.) einem Ausbau des Kinderprivilegs das Wort, Abg. Dr. Heilbronn (Vp.) wünschte eine Quotisierung und warnte vor zu hohen Steuern, Abg. Hofer von der Arbeitsgemeinschaft endlich widmete seine Rede in der Hauptsache einer scharfen Kritik der dem Reichstage unterbreiteten Steuervorlagen, um daran den Einfluß Preußens auf das Reich nachzuweisen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Finanzetats begann die zweite Lesung des Etats der Finanzverwaltung, der u. a. auch die verschiedenen Dispositionsfonds und andere der Stärkung des Deutschtums in den Ostprovinzen dienenden Fonds enthält. Diese Positionen gaben dem Abg. Korfanty (Pole) Veranlassung, die ablehnende Haltung seiner Freunde zur Polenpolitik der Regierung erneut darzulegen. Im übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Die Beratungen wurden auf Sonnabend vertagt.

5 oder 10 Milliarden?

Zu dem Leitartikel in unserer Donnerstagnummer erhalten wir folgende Zuschrift:

Im „Vorwärts" vom 22. d. Mts. ist die Rede von

„jener Lächerlichkeit, welche gewisse Oppositionsgrößen auf sich zogen, die am 4. August 1914 zwar fünf Milliarden (Kriegskredite) bewilligten, bei der nächsten Vorlage aber erklärten, daß 10 Milliarden zu viel sei."

Die Lächerlichkeit liegt einzig und allein darin, wie der Vorgang zur Herabsetzung unliebsamer Parteigenossen ausgenutzt wird. In Wahrheit handelte es sich damals um die Gefahr, daß es der Sozialdemokratie im Reichstage während der nächsten sechs Monate unmöglich gemacht werde, zu dem Kriege Stellung zu nehmen und die Forderung auf baldige Beendigung des Krieges zu vertreten. Denn nur bei der Beratung der Kriegsforderungen hatte nach der Geschäftsordnung des Reichstags die Sozialdemokratie ohne weiteres das Recht, die Kriegslage, die Friedensfrage und sonst alles zu besprechen, was mit dem Kriege zusammenhängt. Wenn damals der Reichstag 10 Milliarden Mark bewilligte, war der Bedarf für ungefähr sechs Monate gedeckt; die Regierungen brauchten also erst nach sechs Monaten mit neuen Kriegsforderungen zu kommen. Mithin hätte der Reichstag während seiner nächsten Tagung im Mai keine Kriegsforderungen zu erwarten, und damit konnte die bürgerliche Mehrheit des Reichstags eine Aussprache über den Krieg verhindern.

War es unter diesen Umständen nicht geradezu eine Pflicht der Sozialdemokratie: wenn sie entschlossen war, für die Kriegsforderungen zu stimmen, wenigstens dafür einzutreten, daß, wie bis dahin, nur 5 Milliarden bewilligt und die Regierungen dadurch gezwungen werden, bereits beim nächsten Zusammentritt des Reichstags, also nach drei Monaten, mit neuen Kriegsforderungen zu kommen und so der Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, von neuem Stellung zu den Kriegsereignissen zu nehmen?

Diese Gründe meines Antrags, die Fraktion sollte fordern, daß die Kriegsforderungen auf 5 Milliarden herabgesetzt werden, sind in der Fraktion eingehend besprochen worden und jedem bekannt, der vorurteilslos über die Sache nachdenkt oder sich auch nur bei einem Fraktionskollegen darüber erkundigt hat.

Falsch ist ferner die Darstellung, als ob ein Teil der Genossen nur deshalb nicht mehr für sondern gegen die Kriegsforderungen gestimmt habe, weil jener Antrag in der Fraktion abgelehnt wurde. In Wahrheit war für mich von besonderer Bedeutung, daß die Fraktion es auch ablehnte, bei dieser Gelegenheit so die Eroberungsbestrebungen einzelner Gruppen im Lande zu bekämpfen, wie ich es für unerläßlich hielt: auch hierüber wurde in der Fraktion kein Zweifel gelassen.

Gustav Hoch.

* * *

Wir wollen aus naheliegenden Gründen nicht noch einmal auf die Frage eingehen, ob es bei der zweiten Kreditbewilligung zweckmäßiger gewesen wäre, fünf oder zehn Milliarden zu bewilligen. Wir sind allerdings der Ansicht, der auch damals die Mehrheit der Fraktion war, daß eine Erklärung des Inhalts „Wir bewilligen die Hälfte" nach beiden Seiten hin den Eindruck der Zweideutigkeit und Unentschlossenheit gemacht und damit zum mindesten hart die Grenze der Lächerlichkeit gestreift hätte. Aber darum handelt es sich hier nicht. Es fragt sich, ob diejenigen, die damals die Hälfte zu bewilligen bereit waren, heute das moralische Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, denen, die das Ganze bewilligten, „Verrat der heiligsten Prinzipien" und ähnliches vorzuwerfen, wie das von seiten der Arbeitsgemeinschaft geschieht, gegen Mitglieder aus deren Reihen der von Hoch zitierte Satz sich in erster Linie richtete. Das halten wir auf alle Fälle für im höchsten Grade lächerlich. — Wenn Genosse Hoch für sich persönlich erklärt, daß für ihn nicht die Frage fünf oder zehn Milliarden ausschlaggebend gewesen wäre, sondern die Unterlassung einer Erklärung gegen bürgerliche Annexionspolitiker, so ist uns dieser Standpunkt erst recht unbegreiflich. Wie kann ein Politiker seine Zustimmung in einer so wichtigen Sache von einer so untergeordneten Frage abhängig machen, ob dabei auch ein Protest gegen das Treiben unverantwortlicher privater Körperschaften ausgesprochen wird?

Neuorientierung — eine englische Erfindung.

Herr von Graefe, der Talmi-Junker, bekannt durch seine Attacke im Reichstag gegen den Reichskanzler im Sommer vorigen Jahres, macht in der „Kreuzzeitung" vor der „Neuorientierung" graulich. Die Neuorientierung ist nämlich eine von England ausgesonnene List und Tücke, um Deutschland ins Verderben zu locken.

Ausländer, Fremde sind's zumeist,
Die unter uns gesät den Geist der Rebellion.

Englands „lichtscheue Schädlinge" haben dem deutschen Volk eingeflüstert: „Die Befreiung Deutschlands vom preußischen Militarismus und die Beglückung seiner Völker mit demokratischen Freiheiten!" Daraus kann nach Herrn von Graefe logischerweise nur gefolgert werden, „daß das deutsche Volk schon aus staatlichem Selbsterhaltungstrieb allen Anlaß hat, an diesen bewährten und von seinen Feinden gefürchteten Grundmauern seiner Kraft (den altpreußischen Traditionen wie Dreiklassenwahlrecht uff.) unter keinen Umständen rütteln zu lassen, weder von außen noch von innen." Aber was erleben wir statt dessen? Herr von Graefe erregt sich über eine „wichtigtuerische Agitation der Heimkrieger in den Redaktionen, Parlamenten und Versammlungen, — nicht etwa zur Wehr gegen Englands Bestrebungen . . . nein: ausgerechnet **zur Vorbereitung seiner Förderung!"** Neuorientierung heißt das Panier, um das sich alle diese Englandfreunde (hier tauchen in der Nähe die Namen Bethmann und Scheidemann auf) sammeln. Dagegen haben die braven Feldgrauen in den Schützengräben einen wahren „Abscheu vor dem Gezänk der Heimgebliebenen um Neuorientierung und Wahlrecht".

Wenn Herr von Graefe denjenigen, die aus guten und sachlichen Gründen eine Neuorientierung in Preußen und Deutschland wünschen, Förderung englischer Pläne zu Deutschlands Schwächung nachsagt, so ist das eine Verdächtigung, die man sehr wohl damit erwidern könnte, daß im Gegenteil unseren auf innere Unzufriedenheit spekulierenden Feinden diejenigen Kreise in die Hände arbeiten, die den Grund solcher Unzufriedenheit verewigen möchten. Statt seiner unglaublichen Verdächtigungen sollte Herr von Graefe der deutschen Demokratie lieber Dank wissen, daß sie mit größter Geschlossenheit und Entrüstung eine Verwirklichung ihrer Ziele durch den Landesfeind ablehnt. Er wird das für selbstverständlich erklären. Es lassen sich aber in der Geschichte der Neuzeit im Gegensatz hierzu nicht wenige Fälle anführen, in denen gestürzte reaktionäre Regierungen versucht und es auch vollbracht haben, mit Hilfe der Feinde ihres Vaterlandes wieder ans Ruder zu kommen, man denke an Stuarts und Bourbonen, von anderen zu schweigen.

Der Knabe Karl fängt an . . .

Die rednerischen Entgleisungen des Herrn Wildgrube, der auf der Bündlertagung Talent zeigte, sich zu einem industriellen Januschauer zu entwickeln, fangen selbst seinen Getreuesten an, peinlich zu werden. Die „Deutsche Tageszeitung" erwidert auf die Zurechtweisung Wildgrubes durch die „Nordd. Allg. Ztg." ziemlich kleinlaut, Wildgrube habe in seiner Polemik gegen den Grafen Tisza nicht die mit Rücksicht auf auf den Krieg gebotenen Grenzen überschritten; es wäre besser gewesen, wenn die „Nordd. Allg. Ztg." keine in der Form verfehlte Rüge, sondern nur die sachlichen Bedenken ausgesprochen hätte, die zu äußern jedermann für ihr gutes Recht halten würde.

Im übrigen kann man konstatieren, daß sich ein großer Teil der Presse, die sonst den Bündlertagungen wärmere Sympathie entgegenzubringen pflegte, sehr reserviert verhält. Die nationalliberale „Kölnische Zeitung" übt an den Kraftaussprüchen der Wangenheim, Roesicke und Wildgrube schärfste Kritik und stellt fest, daß sie geeignet sind, Deutschland nach außen hin aus das schwerste zu schädigen. Sie nagelt eine Anzahl von Entgleisungen, namentlich des letztgenannten Herrn fest und meint: Man könne über alle diese Dinge zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht System darin wäre.

Ihr beipflichtend ist auch ein führendes Zentrumsblatt, die „Germania", der Ansicht, daß die halbamtliche Rüge für Herrn Wildgrube keineswegs unverdient wäre. Sie stellt weiter fest, daß die Zurückhaltung der Presse und der Kritik gegenüber der Tagung des Bundes der Landwirte diesem keinen besonderen Anlaß zu Stolz bieten kann. — Herr Wildgrube wird von der Wirkung seines ersten Auftretens vor weiterer Oeffentlichkeit nicht sehr erbaut sein. Aber vielleicht zeigt er sich auch darin als zweiter Januschauer, daß er sich nicht anfechten läßt. Uns kanns nur lieb sein.

Sozialdemokratische Mitglieder im Ernährungsausschuß. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte als Mitglieder für den vom Reichstage eingesetzten Ausschuß zur Beratung der Ernährungsfragen die Abgeordneten Bauer-Breslau, Molkenbuhr, Ebert, Schmidt-Berlin, Käppler und Stubbe.

Beiratssitzung des Kriegsernährungsamts. Am Sonnabend, den 3. März, wird der Beirat des Kriegsernährungsamts im Plenarsaal des preußischen Herrenhauses zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Neuregelung der Preise für landwirtschaftliche Produkte und die Organisation der Getreidebewirtschaftung. Die Verhandlungen werden sich insbesondere auch auf die Richtlinien erstrecken, die jüngst von den landwirtschaftlichen Professoren aufgestellt worden sind.

Landeskriegssteuer in Oldenburg. Die oldenburgische Regierung hat dem Landtag einen Entwurf zugehen lassen, der die Erhebung einer außerordentlichen Landeskriegssteuer vorsieht. Wie die „Weser-Zeitung" dazu meldet, soll für die Festsetzung der Landeskriegssteuer die Reichskriegsabgabe als Grundlage dienen, und zwar soll die Höhe der Landeskriegssteuer 10 Proz. der Reichskriegsabgabe betragen.

Das Main-Donau-Projekt angenommen. München, 22. Februar. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer Abendsitzung den Gesetzentwurf betreffend Entwurfsbearbeitung für den Großschiffahrtsweg von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze bei Passau einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis wurde von dem Hause mit Beifall aufgenommen.

Professor Dietrich Schaefer versendet an die Presse eine Erklärung, wonach er nicht beabsichtigt, in die Redaktion der „Deutschen Zeitung" einzutreten.

Letzte Nachrichten.

England als Unterdrücker der Kleinen.

Ein unverdächtiges Zeugnis.

London, 23. Februar. „Times" erfährt aus Kapstadt vom Dienstag, daß die Kommission des Obersten Gerichtshofes, die im November 1915 ernannt wurde, um eine Untersuchung über die Ursachen des Aufstandes in Südafrika anzustellen, ihren Bericht veröffentlicht hat. Die Kommission ist zu dem Schluß gelangt, daß der Aufstand durch die **bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung von Transvaal und des Oranjefreistaats noch immer fortlebende Hoffnung auf Wiedererlangung der Unabhängigkeit** verursacht worden sei. Der Krieg mit Deutschland habe eine Gelegenheit geboten, während der Parteihaß der Herzogisten gegen die Regierung Bothas viele Menschen von vornherein geneigt gemacht habe, sich in ein unüberlegtes Abenteuer zu stürzen.

Rotterdam, 23. Februar. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß der **Präsident der Gaelic League** in Munster Peadar O'Harnrachain gestern früh auf Befehl der Militärbehörden in seiner Wohnung in Skibbereen unter dem Reichsverteidigungsgesetz verhaftet wurde. Vier junge Leute aus Limmerick und einer aus Bruff wurden ebenfalls verhaftet und dem Militär ausgeliefert.

Obligatorische Schiffsversicherung.

Bern, 23. Februar. Laut Lyoner Blättern hat Unterstaatssekretär Nail **einen Gesetzantrag eingebracht,** der die Versicherung gegen Kriegsgefahr für alle französischen Schiffe über 500 Tonnen Gehalt obligatorisch macht.

Taft gegen die „bestochene Macht".

Bern, 23. Februar. Lyoner Blätter geben einen Washingtoner Funkspruch vom 22. Februar wieder, wonach der frühere Präsident Taft, der Führer der Friedensliga, in New York eine scharfe Rede gehalten hat, in der er erklärte, **es gebe in den Vereinigten Staaten eine bestochene Macht, gegen die man ankämpfen müsse.**

Da wir den Zusammenhang dieser Worte nicht kennen, läßt sich nur mutmaßen, gegen wen sie sich richten.

Fünf Amerikaner.

Washington, 22. Februar. (Reutermeldung.) Den Blättern zufolge berichtet der amerikanische Konsul aus Barcelona, daß an Bord des versenkten Dampfers Sloguland sich fünf Amerikaner befanden. Ueber ihr Schicksal besagt die Meldung nichts.

Neuwahlen in Australien?

London, 22. Februar. Nach einem Telegramm der „Exchange Telegraph" aus Melbourne werden, wenn der Senat die Vorlage zur Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments ablehne, allgemeine Wahlen abgehalten werden. In diesem Falle würde Hughes in Australien bleiben und Forrest und Irvine ohne ihn die Reichskonferenz besuchen.

Acht Personen ertrunken.

Koblenz, 23. Februar. Heute nachmittag ist die Fähre auf der Mosel zwischen Alken und Kattenes mit Eisschollen zusammengestoßen und untergegangen. Von zwölf Personen sind acht ertrunken.

Gewerkschaftliches.

Tarifschiedsgerichte unterm Hilfsdienstgesetz.

Wie im Holzgewerbe, so sollen auch anscheinend in anderen Gewerben die bestehenden Tarifeinrichtungen in den Dienst des Hilfsdienstgesetzes gestellt werden, und zwar nicht nur um gutachtliche Auskünfte zu geben, sondern um auch bei Streitigkeiten zunächst zu vermitteln, ehe die Entscheidung der nach dem Hilfsdienstgesetz gewählten Ausschüsse angerufen werden. Das Baugewerbe hatte dem Kriegsamt empfohlen, daß bei Streitigkeiten zunächst die örtlichen Schlichtungskommissionen und die öffentlichen Tarifämter für das Gewerbe als Schlichtungsstellen eintreten sollen. Erst wenn ausnahmsweise bei diesen Stellen keine Einigung erzielt werden sollte, hätten die behördlichen Ausschüsse im Bezirk der Ersatzkommissionen — gemäß § 9 Absatz 2 und § 13 des Gesetzes über das Hilfsdienstgesetz — in Tätigkeit zu treten. Das Kriegsamt teilte darauf mit, daß nach dem Wortlaut des Hilfsdienstgesetzes Bedenken dagegen nicht beständen. Bei allen wichtigen Fragen, die das Baugewerbe betreffen, will das Kriegsamt eine Vertretung des Baugewerbes sowohl aus Arbeiter- wie aus Unternehmerkreisen gutachtlich hören.

Auch das Tarifamt der Buchdrucker erhielt auf eine Anfrage beim Kriegsamt den Bescheid, daß die Tätigkeit der Tarifschiedsgerichte zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten vom Hilfsdienstgesetz unberührt bleiben soll.

Eine solche Mitwirkung der Tarifinstanzen bei der Schlichtung von Streitigkeiten liegt nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Vorsitzenden der Ausschüsse selbst. Es ist unmöglich, daß die Vorsitzenden der Hilfsdienstausschüsse und die Beisitzer aus anderen Berufen sich immer in die meist komplizierten und sehr umfangreichen Tarifbestimmungen der einzelnen Gewerbe hineinfinden und die Auslegung und Anwendung der einzelnen tariflichen Bestimmungen richtig erfassen können. Auch unterm Hilfsdienstgesetz müssen die tariflichen Instanzen ihre Funktionen behalten und ausüben! Werden sie in einzelnen Fällen zur fachmännischen Vorarbeit bei Streitigkeiten gefordert, so kann durch die Vorarbeit der in den Tarifinstanzen sitzenden Arbeiter- und Unternehmervertreter die Tätigkeit der Ausschüsse nur gefördert und die Verhandlung über die Entscheidung einzelner Fälle abgekürzt werden.

Deutsches Reich.

Zur Lohnfrage der Handschuhmacher

nimmt in bemerkenswerter Weise der Präsident des Verbandes deutscher Lederhandschuhfabrikanten öffentlich Stellung. Die Handschuhmacherei beruht durchweg noch auf mühsam zu erlernender Handarbeit, die schlechte Entlohnung hat aber dazu geführt, daß sich ein nicht unerheblicher Teil der Gehilfen anderen, besser entlohnten Beschäftigungen zuwandte, während gleichzeitig jeder Zuzug neuer Kräfte unterblieb. So verminderten sich die Arbeitskräfte der Handschuhindustrie von Jahr zu Jahr. Durch die Kriegsopfer aber ist ein weiterer Rückgang eingetreten, wodurch zu befürchten steht, daß die Industrie nach dem Kriege weit hinter ihrer früheren Leistungsfähigkeit zurückbleibt.

Die Ursache hierfür hat nun auch der Unternehmerverband erkannt. Dessen Präsident, Handschuhfabrikant Roeckl-München veröffentlicht in der „Leder-Zeitung“ (Unternehmerorgan) einen längeren Artikel, aus dem das Verfehlte der bisher von den Handschuhfabrikanten geübten Lohnpolitik hervorgeht. Es wird als die „heiligste Pflicht“ der Handschuhindustriellen bezeichnet, dafür zu sorgen, daß mit der Hebung des Artikels Lederhandschuhe durch Festsetzung von Mindestverkaufspreisen, Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz usw. auch wieder gute Löhne bezahlt und so der Industrie wieder frische Arbeitskräfte zugeführt werden. „Vor Jahrzehnten — schreibt Roeckl — waren die Handschuhmacher und die mit unserer Industrie zusammenhängenden Gewerbe die bestbezahlten in Deutschland, allmählich fielen jedoch die Einnahmen der Arbeiter gegenüber denjenigen stark voranschreitender Industrien ab, und bei Kriegsausbruch war es tatsächlich so, daß von erheblichen Löhnen nicht mehr die Rede sein konnte“.

Man sieht, der Präsident dieser Unternehmerorganisation scheut nicht davor zurück, vorhandene Mängel offen einzugestehen, er bringt auch gleichzeitig das rechte Mittel zur Abhilfe in Vorschlag, nämlich eine gerechte und zeitgemäße Entlohnung. Fraglich ist nur, ob nun, nachdem man so aus der Not eine Tugend macht, sich das durch Jahrzehnte Versäumte wieder gutmachen läßt. Die Handschuhfabrikanten nahmen in der Lohnfrage bis vor gar nicht allzu ferner Zeit einen recht kleinlichen Standpunkt ein. Jeder Groschen Zulage, den die Gehilfen forderten, sollte zum alsbaldigen Ruin der Industrie beitragen. Die jetzt offenbar werdende bessere Einsicht kommt reichlich spät, wenn nicht unter Umständen überhaupt zu spät. Immerhin ist es zu begrüßen, daß man in Fabrikantenkreisen zur Einsicht kam, und es ist im Interesse der Industrie wie auch der Arbeiter nur zu wünschen, daß der Präsident der Fabrikantenorganisation mit seinen Ansichten über die jetzt einzuschlagende Lohnpolitik unter seinen Leuten kein weißer Rabe bleibt.

Ein Jubilar im Schneiderverband.

Der Vorsitzende des Schneiderverbandes, Heinrich Stühmer, blickt in diesen Tagen auf eine 25 jährige Tätigkeit als Angestellter des Verbandes zurück. Stühmer war in dieser Zeit nicht immer Vorsitzender; er war vordem Redakteur des Fachblattes. Schon im Jahre 1888 nahm Stühmer in der Filiale Hamburg regen Anteil an der Organisationsarbeit im Verbande. Das erste Amt, das ihm anvertraut wurde, war das eines Schriftführers. Nachdem hat er den Posten des Vorsitzenden in der Zahlstelle Hamburg bekleidet. Anfang Februar 1892 wurde er Redakteur der Fachzeitung und 1902 wählte ihn der Verbandstag in München zum ersten Vorsitzenden des Verbandes, welchen Posten er am 1. Januar 1903 antrat. Unter seiner Leitung und Mitwirkung ist der Verband groß und stark geworden, bis der Krieg auch seiner Fortentwickelung ein Halt gebot. Stühmers unermüdlicher Tätigkeit ist es mit zu danken, daß nicht allein die Organisation unter den Berufsangehörigen starken Eingang fand, sondern auch, daß im Schneidergewerbe ein gut entwickeltes Tarifvertragswesen zur Verbesserung und Stetigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsgenossen wesentlich beitrug.

Kriegszuschlag zum Verbandsbeitrag.

In Uebereinstimmung mit dem Verbandsausschuß und unter einmütiger Billigung der Gauleiter hat der Vorstand des Gemeindearbeiterverbandes die Erhebung eines Extrabeitrages in Form eines Kriegszuschlags zum Wochenbeitrag beschlossen, und zwar in Höhe von 10 Pf. ab 1. Juli. Der Beschluß kam zustande, weil das Verbandsvermögen während des Krieges in der Hauptkasse um 210 000 M. und in den Ortskassen um 50 000 M. gleich 30 Proz. des Gesamtvermögens gesunken ist. Eine weitere Abnahme des Verbandsvermögens soll durch diesen Beschluß vermieden werden.

Spart an Schmieröl!

Der Verbandsvorstand des Textilarbeiter-Verbandes erläßt einen öffentlichen Aufruf an die Berufskollegen und -Kolleginnen, in dem er sie auffordert, mit dem Schmieröl sparsam umzugehen. Die Bestände seien stark aufgebraucht. Ohne Schmieröl aber könnte kein Fabrikbetrieb existieren. Das Interesse der Arbeiter erheische deshalb größtmöglichste Sparsamkeit im Verbrauche der Oele. Der Verbandsvorstand erwartet von den Mitgliedern, daß sie den Erfordernissen des Augenblicks Rechnung tragen und jede unnütze Verwendung von Schmieröl vermeiden. An die Verbandsmitglieder geht die Mahnung, auch die Nichtorganisierten entsprechend zu beeinflussen. Die Verwendung defekter Oelkannen, die Verwendung von Schmieröl zum Einfetten respektive Einspritzen von Ketten beim Weben, zum Schmieren der Ladenbahnen in den verschiedenen Branchen der Industrie sei zu vermeiden.

Berlin und Umgegend.

Organisatorischer Zusammenschluß im Baugewerbe.

Zum Zwecke einer einheitlichen Vertretung über gemeinsame Interessen haben die Unternehmerorganisationen des Baugewerbes von Groß-Berlin einen Wirtschaftsbund des Baugewerbes gegründet. Alle Berufe des Baugewerbes und die in ihnen bestehenden Vereinigungen, Syndikate, Innungen und Unternehmerverbände will der Wirtschaftsbund zu einheitlicher Wirkung zusammenführen, um die Lage des seit langer Zeit daniederliegenden Gewerbes zu verbessern. Dem Bund sind bisher 38 Vereinigungen bereits beigetreten. Zum Vorsitzenden des Bundes wurde Baumeister Heuer, der Vorsitzende des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin gewählt; zum stellvertretenden Vorsitzenden Obermeister Rahardt.

Aus Industrie und Handel.

Börse und Steuern.

Die Börse ist über die neuen Steuern alles andere als bedrückt. Sie begrüßte sie mit einer ausgesprochenen Hausse. Sie hat sich offenbar gedacht, es hätte noch schlimmer werden können. Der „Lok.-Anz.“ entwirft folgendes Bild des Donnerstag: „Die festere Stimmung, die in den letzten Tagen zum Durchbruch gekommen ist, setzte sich heute fort; die neuen Steuerfragen wurden kaum noch erwähnt.“ An der Donnerstagbörse wurden zum ersten Male auch Kurse für türkische und spanische Zahlungsmittel festgesetzt. Das türkische Pfund kostet jetzt 21,15 M. Im Frieden wurden für 11 türkische Pfund ungefähr 10 englische Pfund oder 200 M. gezahlt. Das türkische Pfund ist also gegenüber der Mark 12 bis 14 Prozent überwertet. Die Ursache davon ist, daß Deutschland in der Türkei bar bezahlt, also ein starker Bedarf nach türkischen Zahlungsmitteln vorhanden ist, während die Türkei aus Deutschland ausschließlich gegen Kredit kauft. Für 100 spanische Pesos, für die im Frieden 81 M. gezahlt wurden, werden jetzt 126½ M. gezahlt.

Englands Kohlenausfuhr nach den skandinavischen Ländern.

Englands Kohlenproduktion ist im Krieg bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1913 betrug die Förderung 287,5 Millionen Tonnen, in den folgenden zwei Jahren ging sie auf 265 bezw. 253 Millionen Tonnen zurück, um im Jahre 1916 bei einer Produktion von 256,5 Millionen Tonnen eine kleine Erhöhung zu erfahren. Gleichzeitig ist der eigene Verbrauch Englands an Kohlen von 180 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 200 Millionen Tonnen 1916 gestiegen, als Folge der erhöhten Tätigkeit in der Munitionsindustrie, und des gesteigerten Bedarfs der Kriegsflotte. Indessen ist auch die Ausfuhr sehr gesunken; nach Deutschland und Belgien, die im Jahre 1913 zusammen 11 Millionen Tonnen einführten, hat sie gänzlich aufgehört, und auch nach Rußland, das im genannten Jahre 6 Millionen Tonnen Kohlen aus England erhielt, hat die Ausfuhr stark nachgelassen. Die Ausfuhr nach Italien ist in den Jahren 1913–1916 von 9,6 Millionen Tonnen auf 5,7 Millionen Tonnen gesunken, nach Spanien von 3,6 auf 2,4 und nach Südamerika von 6,9 auf 2,3 Millionen Tonnen zurückgegangen.

Die englische Kohlenausfuhr nach den drei skandinavischen Ländern geht aus den folgenden Ziffern hervor:

	Norwegen	Schweden	Dänemark	
1913 . .	2 298 845	4 563 076	3 034 240	Tonnen
1914 . .	2 462 200	4 250 255	3 059 162	„
1915 . .	2 643 187	2 659 995	3 150 642	„
1916 . .	2 307 758	1 646 502	2 350 409	„

Daraus ist zu ersehen, daß die Ausfuhr nach Norwegen in den Kriegsjahren etwas größer als vordem war. Ihren Höhepunkt erreichte sie 1915, um im folgenden Jahre etwas zurückzugehen. Die Ausfuhr nach Dänemark war in den Jahren 1914–1915 auf derselben Höhe, wie 1913, im Jahre 1916 erfuhr sie aber einen beträchtlichen Rückschlag.

Nach Schweden hat die Kohlenausfuhr, wie man sieht, in den zwei letzten Jahren einen gewaltigen Rückgang erfahren.

Soziales.

Abfindung von Kriegerwitwen bei Wiederverheiratung.

IK. Das Militärhinterbliebenengesetz sieht eine Abfindung der sich wieder verheiratenden Witwen nicht vor. Dadurch wird fraglos in manchen Fällen eine Wiederverheiratung verhindert, die bei einer Abfindung der Versorgungsgebührnisse sonst erfolgt sein würde. Das ist durchaus unerfreulich. Nun ist der Regierung in unbegrenzter Höhe durch den Reichshaushaltsetat eine Summe zur Verfügung gestellt worden, aus der sie aus der Versorgung sich ergebende Härten beseitigen oder mildern kann und soll. Auf Grund dieser Ermächtigung hat das Kriegsministerium einen Erlaß herausgegeben, der in bestimmten Fällen eine Abfindung von Kriegerwitwen bei ihrer Wiederverheiratung vorsieht.

Voraussetzung für diese Abfindung ist einmal das Vorhandensein eines Bedürfnisses zur Abfindung und der Bezug eines Kriegswitwengeldes aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kann bis zur 2½fachen Höhe der Kriegsversorgung eine Abfindung gegeben werden. Die Abfindung beträgt im Höchstfalle:

1000 M. für die Witwe eines Gemeinen,
1250 M. für die Witwe eines Unteroffiziers, Sergeanten usw.
1500 M. für die Witwe eines Feldwebels, Vizefeldwebels usw.

(Die Höchstsätze für Offizierswitwen lassen wir hier außer Betracht.)

In der Regel sollen nur solche Witwen berücksichtigt werden, die das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Die Bewilligung erfolgt auf Antrag; sie kann in besonders gearteten Fällen ausnahmsweise auch für die zurückliegende Zeit erfolgen. Gesuche sind an die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene oder an die Ortspolizeibehörde zu richten, die sie weiterzugeben haben. Aus den Anträgen muß hervorgehen, zu welchem besonderen Zweck (Beschaffung einer Aussteuer, von Möbeln, eines Geschäfts aus Anlaß der Wiederverheiratung) die Abfindungssumme Verwendung finden soll.

Die Auszahlung der Abfindungssumme erfolgt durch die Kassenbehörde an die Witwe nach der Wiederverheiratung gegen Vorlage der standesamtlichen Heiratsurkunde.

Die Abfindungssumme gilt als Vorschuß für den Fall, daß später eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit mit rückwirkender Kraft eintreten sollte.

Ob die Abfindung gewährt wird, hängt vom pflichtgemäßen Ermessen der Heeresverwaltung ab; ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

Das Fideikommißgesetz und die Bevölkerungsfrage.

Bei den Erörterungen über das jetzt zur Beratung stehende neue Preußische Fideikommißgesetz ist ein unter heutigen Verhältnissen besonders wichtiger Gesichtspunkt nicht berührt worden, d. i. sein Zusammenhang mit der Bevölkerungsfrage und sein voraussichtlicher Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung. Geburtenüberschuß und Abwanderung bestimmen in der Hauptsache die Bevölkerungsbewegungen, werden aber ihrerseits in ländlichen Verhältnissen von der Art der Grundbesitzverteilung erheblich beeinflußt. Jede Bindung von ländlichem Grundbesitz begünstigt die Abwanderung vom Lande nach der Stadt bezw. die Auswanderung überhaupt und verstärkt sowohl indirekt als auch direkt die so schon vorhandene Tendenz zur Minderung der Geburten. Der bekannte Nationalökonom und Bevölkerungspolitiker Professor Dr. Mombert sagt (Grundriß der Sozialökonomik Band 2 Seite 507): „Einen entscheidenden Einfluß spielt (bei der Wanderbewegung), wie besonders Sering neuerdings nachgewiesen hat, die Art der Grundbesitzverteilung. Von dieser hängt es in erster Linie ab, ob und in welchem Maße der Landhunger und der Drang nach wirtschaftlicher Selbständigkeit bei der großen Masse der ländlichen Bevölkerung befriedigt werden kann. . . . Damit hängt es auch zusammen, daß die Gebundenheit des ländlichen Besitzes ebenfalls die Abwanderung fördert. Die Grundbesitzverteilung arbeitet der Abwanderung vom flachen Lande am stärksten entgegen, welche es bewirkt, daß möglichst viele Menschen Grundeigentum erwerben und so in der Heimat diejenige wirtschaftliche und soziale Stellung erringen können, die sie sonst in anderen Gebieten . . . finden zu können glauben.“ Die durch das Fideikommißgesetz zu bewirkende wesentliche Erleichterung der Bindung ländlichen Besitzes muß daher die Abwanderung nach den Städten hin, die hinsichtlich der der Geburtenbeschränkung führend sind, sowie die Auswanderung, die dem Staate wertvolle Arbeitskräfte entzieht, fördern, andererseits die Familiengründung erschweren. Das Gesetz wird daher, wenn es in Kraft tritt, eine sehr bedauerliche weitere Minderung unseres Volkswachstums und Schwächung unserer Volkskraft notwendig zur Folge haben.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Einsegnungs-Anzüge
Blau, schwarz und Marengo.
Prüfungs-Anzüge
M. Schulmeister
Berlin SO, Dresdener Straße 4.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Jünglings-Anzüge
und Knaben-Anzüge
Loden-Pelerinen

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Bezugsquellen-Verzeichnis.
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Cigarren, Cigaretten, Rauchtabake Engros
F. Ernst Borch, Elsasserstr. 21.
Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Hamb. Messina- u. Römertrank-Kell. C. 54 Rosenthalerstr. 4a. Fernsp. Kgst. 13796
Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 90 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 5.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brotbäck.
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1882.
F. Kiesewetter, Schreibslaustr. 16.
G. Meier, Grünerweg 27.

Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chaussee 4a
Bandagen, Gummiw.
R. Baake, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 44.
A. R. Lange, Brunnenstr. 166
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

August Holtz 13 Detail-Geschäfte.
Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow
empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasdenstr. 37 Tel. Kgst. 3961, 3962

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Fritz Ziedowski
Essigfabriken
Timner-Essig
überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbsch
Charlottenburg, Berlinerst. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 26.
Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Leske & Slupecki, Schloss-Allee 7
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Linienstr
Kolonialwaren
Adam Schmig, Schliemannstr. 11.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Röhlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Steinauerstraße 44.
Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 159, Friedelstr. 33
Treptow, Grätz-Straße 61.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 31.
Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 5. auch Gelegenheitskf.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
SEMPER IDEM

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 33
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützenstr. Sterbekassenversicherg. straße 3.
Spandau
Scheuerlein, Breitest. 31, Fisch-, Wildw.

Reichstag.

82. Sitzung vom Freitag, den 23. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich, Graf Roedern.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.) fragt, ob die Regierung angesichts der vielen entschuldbaren Vergehen gegen die wirtschaftlichen Kriegsgesetze die Einführung der bedingten Verurteilung zunächst wenigstens als Kriegsmaßregel befürworten will.

Ministerialdirektor **Delbrück** erwidert, daß die Frage geprüft wird.

Abg. **Stadthagen** (S. A.) erinnert an die polizeilichen Beschränkungen der Reichstagswählerversammlungen im Wahlkreis Potsdam-Osthavelland und fragt, ob der Reichskanzler unverzüglich Schritte unternehmen will, um das Recht der Wahlberechtigten, in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen zu veranstalten, gegen ähnliche behördliche Eingriffe sicherzustellen.

Ministerialdirektor **Lewald**: Der Reichskanzler hat bereits vor Eingang der Anfrage von anderer Seite Mitteilung über Verbote von Versammlungen erhalten und sich daraufhin mit dem Oberkommando in Verbindung gesetzt. Dieses hat Vorsorge getroffen, daß öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen im Sinne des Wahlgesetzes in Potsdam-Osthavelland bis zur Beendigung der Wahlhandlung zugelassen werden, unter der Voraussetzung, daß die Einberufer sich verpflichten, für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in und nach der Versammlung zu sorgen, und auch dafür Sorge zu tragen, **daß die Reden und eine sich daran anschließende Diskussion den Burgfrieden nicht gefährden** und den Geist der Entschlossenheit zum Durchhalten im deutschen Volke nicht beeinträchtigen. (Lebhaftes Hört, hört! und Unruhe b. d. Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. **Herzfeld** (S. A.) erinnert an die auf Veranlassung des Oberkommandierenden in den Marken über politisch mißliebige Personen verhängte Briefsperre und fragt, was der Reichskanzler dagegen zu tun gedenkt.

Ministerialdirektor **Lewald**: Die allgemeine Verfügung des Oberkommandos über die Briefsperre regelt lediglich das Verfahren, trifft aber nicht Bestimmungen über die Voraussetzungen, unter denen die Briefsperre verhängt werden kann, insbesondere trifft sie keine Bestimmung darüber, daß die Briefsperre über politisch mißliebige Personen zu verhängen ist.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Berufung von

Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht.

Abg. **Stadthagen** (S. A.):

Die Begründung des Entwurfs führt die Belastung des Reichsmilitärgerichts zu einem großen Teil darauf zurück, daß jeder Verhaftete oder im Aufenthalt Beschränkte von dem Rechtsmittel der Beschwerde Gebrauch machen wird. In dem Gesetz vom 4. Dezember 1916 ist nicht klar zum Ausdruck gebracht, daß alle auch vorher auf Grund des Belagerungszustandes verhafteten Personen das Recht der Beschwerde haben sollen. Wäre das aber nicht der Fall, so wäre das ganze Gesetz illusorisch und überhaupt nichts wert. Eine solche Auffassung muß geradezu als unsinnig bezeichnet werden. Ueber die Zahl der einzuberufenden Hilfsrichter trifft der vorliegende Entwurf keine Bestimmung. Daher beantragen wir, dem Absatz 1 zuzufügen: „Ueber die Zahl der einzustellenden Richter entscheidet der Reichstag im Verein mit dem Bundesrat". Ferner beantragen wir, daß spätestens vom Zeitpunkt des Friedensschlusses ab die Ermächtigung zur Einberufung von Hilfsrichtern wegfällt. Zur selben Zeit sollen auch die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Preßfreiheit und des Vereinsrechts beseitigt werden.

Wie auf Grund des Belagerungsgesetzes die Wahlfreiheit unterminiert, zu Ungunsten der sozialdemokratischen Partei aufgehoben wird, hat zu Beginn der Sitzung der Regierungsvertreter ja bestätigt und er hat sich zugleich mit den ungesetzlichen Eingriffen in die Wahlfreiheit einverstanden erklärt. Der Oberkommandierende in den Marken hält diese Eingriffe aufrecht. Ueber den

Gummiguttibegriff des Burgfriedens

haben sich hier ja schon alle Parteien geäußert. Um solchen gesetzwidrigen Uebergriffen entgegenzutreten, haben wir beantragt, es soll auch der Militärbefehlshaber und sämtliche Beamte, die auf Grund des Belagerungsgesetzes Beschränkungen der persönlichen Freiheit und des Vereinsrechts anordnen, persönlich verantwortlich sein für allen Schaden, den sie anrichten. Dann würden sie sich vor solchen Eingriffen hüten. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Gerade jetzt, wo die Hilfsrichter eingesetzt werden sollen, um entstandenes Unrecht zu mildern, muß auch dafür Sorge getragen werden, daß nicht neues Unrecht geschieht. Die persönliche Verantwortung der Beamten ist da ein sehr weitgehendes Mittel. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Wenn wir unter den gegenwärtigen Zuständen Wahlen bekommen, so werden das Wahlen sein, gegen die die napoleonischen Wahlen ein wahres Kinderspiel sind. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Es ist eine Fälschung der öffentlichen Meinung, zu sagen, Wahlversammlungen dürfen stattfinden, die Redner dürfen aber nur sagen, was dem Oberkommandierenden gefällt. Diese Eingriffe in die Wahlfreiheit zeigen deutlich, wie man Furcht hat vor der Stimme der Wahrheit; gegen diese Eingriffe sollte sich der Reichstag einmütig erheben. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Der vorliegende Entwurf ist dadurch nötig geworden, daß das Schutzhaftgesetz vom Dezember vorigen Jahres das Recht der Beschwerde demjenigen gab, der auf Grund des Belagerungsgesetzes der Freiheit beraubt oder sonstigen Beschränkungen unterworfen war. Meine Freunde haben nicht allzu viel von dem Gesetz erwartet, aber sie haben doch angenommen, daß es auch im ganzen Deutschen Reiche angewendet werden wird. In Elsaß-Lothringen hat man sich aber auf den Standpunkt gestellt: **Für uns gilt das Gesetz nicht.** (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Es zeigt das einen

unglaublichen Mängel an Intelligenz

und ich kann es nur **bedauern**, daß Männern, die einer **derart falschen Auslegung fähig sind**, die Verwaltung eines ganzen großen Gebietes des Reiches anvertraut wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte, daß diejenigen, die es angeht, mit den Herren, die in dieser Weise das Gesetz auslegen, **Klartext reden.** Der Vorredner hat dann an dem eigenartigen Vorgehen des Oberkommandierenden in den Marken im Reichstagswahlkreise Potsdam-Osthavelland **mit Recht scharfe Kritik** geübt. Wenn unter dem Belagerungszustand Wahlen zulässig sind, so **auch alle diejenigen Handlungen, die zur Vorbereitung einer Wahl erforderlich sind, also vor allem Versammlungen.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen können wir dem ersten Antrag des Vorredners nicht zustimmen. Der Reichstag kann unmöglich beurteilen, wieviel Hilfsrichter bestimmt werden sollen, um die Arbeit, die sich beim Reichsmilitärgericht angehäuft hat, zu bewältigen. Was den zweiten Antrag der Herren Bernstein und Genossen anlangt, so besagt sein erster Satz, daß die Ermächtigung zur Einberufung von Hilfsrichtern spätestens vom Zeitpunkt des Friedensschlusses ab endigt. Es könnte ja aber auch möglich sein, daß lange vor Friedensschluß die Hilfsrichter überflüssig werden. (Zuruf bei der Soz. Arbg.: Spätestens!) Das Wort „spätestens" gibt der Exekutive das Recht nachzuprüfen, ob ein Bedürfnis besteht oder nicht. Richtiger wäre also die Einberufung von Hilfsrichtern nur für eine bestimmte Zeit zu gestatten, worauf dann aufs neue zu prüfen wäre, ob eine Verlängerung des Gesetzes notwendig ist. Der zweite Teil des zweiten Antrags ist mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen. Nur bei Vorhandensein einer Bedrohung von Bundesgebiet ist die Verhängung des Belagerungs- und Kriegszustandes zulässig. Mit Eintritt des Friedens hört diese Bedrohung natürlich auf und damit auch der Belagerungszustand. Bringt man einen solchen Antrag ein, so gibt man dadurch einem Zweifel an dieser feststehenden Tatsache Ausdruck und unterstützt damit diejenigen, die etwa der gänzlich unhaltbaren Ansicht sind, daß auch

über die Dauer des Krieges hinaus

der Belagerungszustand aufrechterhalten werden kann. Fällt er weg, dann fallen natürlich auch alle Beschränkungen der persönlichen Freiheit weg. Im übrigen wird die Ueberflüssigkeit dieses Antrages meine Freunde nicht hindern, für ihn zu stimmen.

General **Langermann**:

Herr Fehrenbach hat gestern von der Herabsetzung der Mindeststrafen gesprochen. Die von uns in dieser Frage eingeforderten Aeußerungen der obersten Kommandobehörden des Feld- und Ersatzheeres sind eingegangen; die Sichtung des Materials wird so schnell als möglich erfolgen und Ihnen vorgelegt werden.

Abg. Dr. **Rießer** (natl.):

Ich habe schon vor Wochen dem Kriegsministerium Kenntnis davon gegeben, daß in Elsaß-Lothringen das Schutzhaftgesetz nicht durchgeführt wird. Die Frage, inwieweit Beamte persönlich für Gesetzesverletzungen haften, ist zwar sehr wichtig, kann aber unmöglich bei Gelegenheit dieses Spezialgesetzes entschieden werden.

Oberst **Wriesberg**:

Der Obermilitärbefehlshaber steht auf dem Standpunkt, daß nach dem Schutzhaftgesetz **alle** in Schutzhaft befindlichen Leute das Rechtsmittel der Beschwerde usw. haben. **Er ist der entgegenstehenden Auffassung verschiedener Generalkommandos** entgegengetreten und hat diesen seinen Standpunkt sämtlichen in Betracht kommenden Stellen mitgeteilt.

Abg. **Dove** (Vp.):

Es ist ein unerhörter Standpunkt einzelner Militärbefehlshaber, daß sie einfach erklären: In meinem Bezirk hat das Schutzhaftgesetz keine Anwendung zu finden. Bei der Erklärung des Herrn Oberst Wriesberg habe ich eins vermißt. Er sprach nur von einer Mitteilung des Obermilitärbefehlshabers. Wenn aber der Obermilitärbefehlshaber eine solche Ansicht hat, dann gibt es keine andere Ansicht eines seiner Untergebenen, sondern dann ist dem **unter allen Umständen Folge zu leisten.** (Sehr wahr!) Wir müssen bitten, daß dieser Standpunkt seitens des Obermilitärbefehlshabers mit aller Entschiedenheit geltend gemacht wird. Den Reichskanzler fordere ich auf, daß er sich bewußt ist seiner Verantwortlichkeit, für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Rechtszustandes zu sorgen, auch gegenüber den Militärbehörden. (Sehr gut! links.)

Abg. **Stadthagen** (S. A.):

Gerade nach der Erklärung des Regierungsvertreters habe ich keinen Zweifel darüm, daß man beabsichtigt, den Belagerungszustand noch über den Krieg hinaus bestehen zu lassen, besonders für die Zeit der Wahlen, um genehme Wahlen herbeizuführen.

Abg. **Gröber** (Z.):

Wir haben bei Beratung des Schutzhaftgesetzes keinen Zweifel darüber gelassen, daß es auf **alle** in Schutzhaft Befindliche Anwendung finden soll (Allseitige Zustimmung) und auf die, die zur Zeit seines Inkrafttretens irgendeiner Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Belagerungszustandes unterworfen waren. (Erneute Zustimmung.) Auch die Vertreter der Regierung bestätigen mir das. In Elsaß-Lothringen hat nun ein Befehlshaber gesagt, er halte die Betreffenden nicht auf Grund des Belagerungszustandes, sondern auf Grund des Kriegsrechts fest. (Abg. Ledebour: Ist der Mann nicht sofort abgesetzt worden?) Die Betreffenden haben sich an den Kriegsminister gewandt und dieser hat als seine Auffassung kundgetan: Das Gesetz muß auf alle Fälle ohne Unterschied Anwendung finden.

Inzwischen soll aber nichts weiter geschehen sein.

Wozu hat denn der Obermilitärbefehlshaber seinen Befehl erlassen? Das ist doch nicht bloß eine Mitteilung zur freundlichen Kenntnisnahme, sondern eben ein **Befehl.** Da müssen wir allerdings fragen: **Was geschieht mit dem Militärbefehlshaber, der sich so über das Recht hinwegsetzt und einen ihm gewordenen Befehl nicht vollzieht?** (Lebhafte Zustimmung.) Gerade in militärischen Kreisen muß unbedingter Gehorsam stattfinden. (Sehr wahr!) Ich frage also: **Was geschieht mit dem Manne, der den kaiserlichen Befehl nicht vollzogen hat?** Wir haben Grund, darüber Auskunft zu verlangen. (Stürmische Zustimmung auf der ganzen Linken und im Zentrum.)

Oberst **Wriesberg**:

Der betreffende Militärbefehlshaber hat die Auffassung gehabt, daß er auf Grund des Kriegsrechts befugt sei, in dem Operationsgebiet so zu handeln wie er gehandelt hat. Der Obermilitärbefehlshaber ist, nachdem er diese Auffassung kennen gelernt hat, ihr entgegengetreten und hat sie widerlegt und hat von seiner Ansicht sämtlichen in Betracht kommenden Stellen Mitteilung gemacht. Das habe ich vorhin ausgeführt. Ich habe allerdings angenommen, daß, wenn von seiten des Obermilitärbefehlshabers, der von Seiner Majestät als solcher eingesetzt ist, diese seine Ansicht den betreffenden Stellen mitgeteilt worden ist, dem auch unweigerlich Folge gegeben wird, und ich kann hier im Namen des Herrn Obermilitärbefehlshabers erklären, daß er das ihm von Seiner Majestät gewährte Recht voll und ganz wahren wird. (Zuruf links: Das ist aber nicht geschehen!)

Abg. **Gröber** (Z.):

Eine Eröffnung des Oberbefehlshabers ist **ein Befehl, der sofort zu vollziehen ist.** Es handelt sich in militärischen Dingen nicht darum, daß der Untergebene widerlegt wird, daß ihm eine Begründung gegeben wird, die er annehmen kann oder nicht. Wir müssen verlangen, daß von uns beschlossenen Gesetzen stattgegeben wird, sonst wäre

unsere ganze gesetzgeberische Bedeutung illusorisch.

(Allseitige Zustimmung.) Deshalb verlangen wir zu wissen: erstens, was ist mit den Schutzhäftlingen geschehen, ist denen nun der Rechtsweg eröffnet — das ist für uns das Wichtigste (Zustimmung) — und zweitens, was ist dem Militärbefehlshaber geschehen, der sich über den kaiserlichen Befehl hinweggesetzt hat?

Oberst **Wriesberg**:

Der betreffende Militärbefehlshaber hat die von mir erwähnte Ansicht gehabt, bevor er die Ansicht des Obermilitärbefehlshabers kannte. Da konnte er sehr wohl der Auffassung sein, daß sein Standpunkt der richtige sei. Soweit ich weiß, sind dem Obermilitärbefehlshaber bei der Durchführung seiner Ansicht keine Schwierigkeiten erwachsen. Das werden wir Ihnen bei der Erörterung der Einzelfälle später näher erläutern können.

Abg. **Graf Westarp** (k.):

Ich bin im Gegensatz zum Abg. Groeber der Auffassung, daß der Reichstag keinen Anspruch darauf hat, zu erfahren, was mit einem Militärbefehlshaber geschieht, der sich einem Befehl widersetzt. (Große Unruhe links und im Zentrum.) Das ist Sache des Obersten Kriegsherrn und unterliegt nicht der Kontrolle des Reichstags. (Lebhafter Widerspruch links und im Zentrum.)

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.):

Das ist die Proklamierung des Militärabsolutismus! Der Reichstag hat ein Recht, Auskunft zu verlangen, ob die von ihm beschlossenen Gesetze durchgeführt werden. Es gehört zu den Befugnissen der Volksvertretung, daß sie darüber auch die Kontrolle ausüben muß gegenüber jedermann, er sei in Deutschland so hoch gestellt wie er wolle. (Sehr wahr! links.)

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Wir haben das Schutzhaftgesetz gemacht, um

himmelschreiende Zustände

abzustellen. Nun müssen wir erleben, daß es in einem Teil des Deutschen Reiches von hohen militärischen Behörden ignoriert wird. Dazu soll der Reichstag schweigen? Wir wissen aus bester Quelle, daß auch die sogenannte Ansicht des Militärbefehlshabers in Elsaß-Lothringen keinen Erfolg gehabt hat (Hört! hört!) und da verlangt Graf Westarp, daß wir davor einfach den Kopf beugen sollen. Wir haben andere Ansichten von den parlamentarischen Rechten und Pflichten. (Sehr gut! links.)

Staatssekretär **Dr. Helfferich**:

Das Recht der Kontrolle des Reichstags über die Durchführung des Schutzhaftgesetzes wird allseitig anerkannt, auch von der Regierung. Ich habe mich seinerzeit für den Reichskanzler für die loyale Durchführung des Gesetzes verbürgt. Der Obermilitärbefehlshaber ist mit allen Befugnissen ausgestattet, um die Durchführung des Gesetzes zu erzwingen, und Sie dürfen überzeugt sein, daß er sie herbeiführen wird. Natürlich müssen die Einzelfälle genau geprüft werden. Im übrigen sind die Mittel und Wege, die der Obermilitärbefehlshaber ergreift, eine Sache der Disziplin, die bisher zur militärischen Kommandogewalt gehörte.

Abg. **Groeber** (Z.):

Vom Disziplinarrecht habe ich nicht gesprochen, sondern habe gefragt, was geschieht dem Militärbefehlshaber, der den Befehl nicht vollzogen und damit das Gesetz verletzt hat? Darüber enthält das Militärstrafgesetzbuch Vorschriften, was geschieht, wenn ein Befehl nicht vollzogen wird, und auch das allgemeine Strafgesetzbuch, was in Fällen der rechtswidrigen Freiheitsberaubung geschieht. Wir haben also ein Recht, darüber Auskunft zu verlangen. (Sehr richtig!) Noch zwei Wochen nach dem Runderlaß des Kriegsministers hat ein Militärbefehlshaber in Elsaß erklärt:

Es bleibt bei meinen Verfügungen, das berührt mich gar nicht.

(Lebhaftes Hört! hört!) Also der Reichskanzler muß so rasch als möglich dafür sorgen, daß unsere Reichsgesetze nicht auf dem Papier bleiben, sondern durchgeführt werden. Handelt es sich doch hier zum Teil um Leute, die in der erregten Zeit im Anfang des Krieges auf Grund irgendeiner Denunziation auf eine Liste gekommen sind, gegen die sie sich gar nicht wehren konnten. (Sehr wahr!) Hier sollten alle Parteien ohne Unterschied zusammenstehen und schleunige Abhilfe verlangen. (Bravo!)

Oberst **Wriesberg**:

Wenn uns die Fälle mitgeteilt werden, können wir sie untersuchen und Ihnen auch die Gegengründe mitteilen.

Abg. **Dove** (Vp.): Wir verlangen, daß der Reichskanzler von seinen konstitutionellen Befugnissen, allen Instanzen gegenüber die Reichsgesetze durchzuführen, Gebrauch macht. (Sehr wahr!)

Abg. Dr. **Rießer** (natl.): Es handelt sich hier nicht um die Kommandogewalt des Kaisers, sondern darum, daß das Gesetz aufs genaueste ausgeführt wird. Uns darum zu kümmern, ist unser Recht und unsere Pflicht. (Beifall.)

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.): Herr Helfferich und Oberst Wriesberg wünschten die Mitteilung einzelner Fälle. Unser lothringischer Kollege Leveque hat acht Monate in Schutzhaft gesessen und bis heute auf alle seine Beschwerden keine Antworten erhalten. (Lebhaftes Hört! hört! — Der Abg. Leveque bestätigt das.) Jetzt bitte ich den Staatssekretär Helfferich und den Oberst Wriesberg, sich über diese Tatsache zu äußern. Alle derartigen Vorkommnisse liefern den zwingenden Beweis, daß der Belagerungszustand unter allen Umständen aufgehoben werden muß. (Lebhafte Zustimmung links.)

Oberst **Wriesberg**: Material bitte ich mir vor der Sitzung mitzuteilen, damit ich es prüfen kann. (Lachen links.)

Abg. **Hauß** (Elf.) teilt den Fall eines Beigeordneten einer lothringischen Stadt mit, der wegen Kriegsverrat angeklagt, zweimal freigesprochen, aber daraufhin ausgewiesen und in Schutzhaft genommen wurde und auf die Beschwerde seines Schwagers, die sich ausdrücklich auf das Gesetz vom 4. Dezember berief, hat er lediglich den Bescheid bekommen, die Ausweisung und Schutzhaft sei auf Grund des Kriegsrechts erfolgt und es müsse dabei bleiben. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Die Debatte schließt, die Anträge der Soz. Arbg. werden abgelehnt, der Gesetzentwurf wird angenommen und sofort auch in dritter Lesung.

Es folgt die

erste Beratung des Etats und der Kriegssteuern.

Reichsschatzsekretär Graf **von Roedern**:

Die völkerrechtswidrige englische Absperrung der deutschen und neutralen Küsten ist beantwortet worden durch eine tatsächliche Sperrung vermittelst der Unterseebootwaffe (Beifall), die erst dieser Krieg herausgebildet hat, für die es deshalb geschriebene Normen des Völkerrechts noch nicht geben konnte und bei der ihrer ganzen Natur nach die spezielle Warnung ebenso wie bei dem von England geführten Minenkrieg ersetzt werden mußte durch die generelle Warnung für bestimmte Seegebiete. (Beifall.) Mit dem Etat werden Ihnen

1½ Milliarden Mark neuer Steuern

für das nächste Jahr und für später eine weitere Kriegsgewinnsteuer vorgeschlagen, wozu noch ein neuer Kriegskredit in der Höhe von 15 Milliarden kommt. Das neue Gesamtbild des Etats erklärt sich hauptsächlich aus der Verzinsung der inzwischen bewilligten Kredite. Für die Deckung des Mehrbedarfs waren neue Steuern notwendig, ebenso ist das Sicherungsgesetz nötig, weil das letzte Sperrjahr abläuft.

Von der Besteuerung unserer Energiequellen kann jetzt nur die Kohle in Betracht kommen. Die völlige Ueberführung der Bergbaubetriebe auf das Reich muß allerdings als unmöglich abgelehnt werden, sie kann auch gegenwärtig wegen der Verbindung des Kohlengroßhandels mit den Reedereien, Schiffbauwerften und verschiedenen anderen Nebenbetrieben gar nicht in Betracht kommen. Die Heranziehung der Kohle zur Besteuerung rechtfertigt sich, weil unsere Volkswirtschaft auf unserer eigenen Kohle basiert und weil die Kohlensteuer den Vorteil der einfachen Erhebung und Veranlagung bietet.

Das gleiche gilt auch für die Verkehrssteuer. Uebrigens sind wir nicht die einzigen, die während des Krieges diese naheliegenden Steuerquellen zu erschließen versuchen. Es sollen 7 Proz. aller Güterfrachten unter Beibehaltung des Frachturkundenstempels

erhoben werden. Die stellangegriffene Personenfahrkartensteuer soll ersetzt werden durch eine prozentuale Besteuerung sämtlicher Fahrkartenpreise in einer Höhe von 10 bis 16 Prozent. Hierbei war auch die Heranziehung des Straßenbahnverkehrs nicht zu umgehen. Das neue Reichsbankgesetz dient nicht zur Deckung des neuen Etatsbedarfs, es entspricht dem vorjährigen Gesetz und stellt wiederum ein Aequivalent für die aufgehobene Notensteuer dar.

Zur

neuen Kreditvorlage

nur wenige Worte. Der im Oktober vorigen Jahres bewilligte Kredit nähert sich seiner Erschöpfung. Die Kriegsausgaben der Erde haben jetzt schon 300 Milliarden überschritten; auf uns und unsere Verbündeten entfallen davon nur 100, auf die Entente über 200 Milliarden. Die Anspannung der Kriegskosten wird in den nächsten Monaten nicht nachlassen. Wir werden im nächsten Monat wieder mit einer Anleihe an den Markt herantreten müssen, wobei ich auf die freudige Mithilfe und Bereitwilligkeit des ganzen Volkes rechne. (Beifall.)

Für die Finanzverhältnisse des Reiches nach dem Kriege wird der Zustand des gesamten Wirtschaftslebens, wie wir es in den Frieden hinübernehmen können, von ausschlaggebender Bedeutung sein. Das Bild, das ich Ihnen in der Etatsgestaltung zeigen mußte, ist ernst, aber unser Wirtschaftsleben bietet keinen Grund, unserer wirtschaftlichen Zukunft weniger vertrauensvoll entgegenzusehen als wir es bisher getan haben. Wenn das deutsche Volk die feste Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang des nach dem Willen der Feinde unabweislich gewordenen Endkampfes hat, so darf es auch die Erwartung hegen, daß auf finanziellem Gebiet die Folgerungen gezogen werden. (Beifall.) Der Forderung unserer Gegner nach Reparation werden wir das Wort „Entschädigung" entgegensetzen können. (Beifall.) Das Vertrauen in unsere wirtschaftliche Zukunft schöpfe ich aus der ungebrochenen Kapitalkraft unseres Volkes, aus der rapiden technischen Fortentwickelung und aus dem festen Willen aller produktiven Kreise, das, was in diesem Kriege eingerissen worden ist, in gemeinsamer Arbeit wieder aufzubauen. (Beifall.) Wir werden nach dem Krieg, der uns einig sah im Willen zum Durchhalten und im Willen zum Sieg, nicht einig sein in allen Wirtschaftsfragen. Aber mit hinübernehmen werden wir in die Friedenswirtschaft die Ueberzeugung, daß die Entfaltung und Hebung unserer Produktion von gleichmäßiger Wichtigkeit für alle Volkskreise ist. Auf die Mitarbeit aller Kreise an der großen Aufgabe glauben die Verbündeten Regierungen zählen zu können. Sie wird sich schon aussprechen können in der Ihnen jetzt vorgeschlagenen Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzpolitik, in einer unvoreingenommenen Prüfung unserer Steuervorschläge, in der Bereitstellung der Mittel für die weitere Kriegführung und in der freudigen Mitarbeit bei der demnächstigen Anleihe. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag Dr. **Spahn** (Z.) wird die Etatsberatung unterbrochen und in die Beratung der Kriegskreditvorlage eingetreten.

Die Kriegskredite.

Abg. **Ebert** (Soz.):

Durch die Ablehnung der von Deutschland und seinen Verbündeten angebotenen Friedensverhandlungen haben die Regierungen der feindlichen Mächte die schwere Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf sich geladen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Sie wollen ihre nunmehr unverhüllt ausgesprochenen Eroberungsziele durchsetzen, die die Zertrümmerung und die dauernde Niederhaltung der Mittelmächte bedeuten würden. (Lebhafte Zustimmung.) Angesichts dieser Sachlage erklärt die deutsche Sozialdemokratie erneut ihre feste Entschlossenheit, auszuharren bis zur Erreichung eines die Lebensinteressen des deutschen Volkes sichernden Friedens. (Lebhafter Beifall.) Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der wir uns zur Verteidigung unseres Landes bekennen, dringen wir aber auch heute wieder

unsere Friedensbereitschaft

zum Ausdruck. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Wir erwarten, daß auch **die Reichsleitung unbeirrt festhält an der in ihrer Note vom 12. Dezember bekundeten Friedensgeneigtheit und jederzeit bereit bleibt, in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele eines Friedens, der die Lebensinteressen aller Völker achtet und darum die Gewähr der Dauer in sich trägt.** Aus diesen Erwägungen stimmen wir den geforderten Krediten zu. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Ledebour** (S. A.):

Die Bewilligung der Kriegskredite bedeutet eine Blankovollmacht für die Regierung.

Diese Vollmacht ist viel umfangreicher als bei der Bewilligung des Budgets, wo die Verwendung der Gelder immerhin an gewisse Vorschriften geknüpft ist. Eine Partei, die der Regierung durch Bewilligung von Kriegskrediten das denkbar stärkste Vertrauensvotum erteilt, übernimmt damit die Mitverantwortung für die Kriegsziele der Regierung und für die Maßnahmen zur Erreichung dieser Kriegsziele. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbg. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ein solches Vertrauensvotum der Regierung zu erteilen, eine solche Mitverantwortung für die Kriegsziele zu übernehmen, sind wir auch diesmal nicht in der Lage. Ein Dauer verheißender schleuniger Friede ist der sehnlichste Wunsch aller Völker. Nicht minder behaupten alle kriegführenden Regierungen, ihn ernstlich zu erstreben. Die Taten der Regierungen stehen indessen mit diesem Lippenbekenntnis nicht in Einklang. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Auch das Friedensangebot der deutschen Reichsregierung entspricht nicht den Anforderungen, die an seine Zweckdienlichkeit gestellt werden müssen. (Lachen.) Seine Inhaltlosigkeit schmälert seinen Wert. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Es hätte darin auf alle Annexionen verzichtet werden müssen. Aus früheren Aeußerungen der Regierung geht hervor, daß sie Annexionen im Osten und Westen plante. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Dabei kann es sich nur um volksfremde Gebiete handeln. Im Einklang mit dieser Haltung der Regierung steht ihr fortgesetztes Pochen auf den Sieg, das in keiner Kanzler-, in keiner Monarchenrede fehlt und das nicht einmal zur Zeit des Friedensangebots unterblieb. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Die erzwungene Angliederung von Ländern wider den Willen der betreffenden Völker steht in schroffem Widerspruch zu dem sozialdemokratischen Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Sie würde nur zu einem Waffenstillstand führen, der den Keim neuer Revanchekriege in seinem Schoße bergen würde. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) **Daß der Zehnerbund sich zu ausschweifenden Eroberungsplänen bekannt hat, kann unser Urteil nicht beeinflussen.** (Gelächter.) Unsere gegnerische Stellung zur Kriegspolitik der eigenen Regierung gibt uns das Recht, den dringenden Wunsch an unsere sozialistischen Freunde in den Ländern des Zehnerbundes zu richten, dem Beispiel zu folgen, daß überall bereits Vorkämpfer des Sozialismus durch die entschiedene Bekämpfung der Machenschaften der Machthaber in ihrem Lande gegeben haben. Die Selbstbestimmung der Völker wird auch verletzt durch die Proklamierung des Königreichs Polen von der Gnade der Mittelmächte. Die Polen müßten selbst über die Gestaltung des polnischen Staates bestimmen. Weiter fordern wir auch heute noch die Einschränkung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. (Große Unruhe.) Er entspricht ebensowenig den Geboten der Menschlichkeit wie der Aushungerungskrieg Englands. (Zuruf: Ihretwegen soll Deutschland verhungern!) Ferner stehen wir auch zur inneren Politik der deutschen Reichsregierung im schärfsten Widerspruch. Das Volk wird ständig mit leeren unverbindlichen Versprechungen vertröstet. Wir verlangen eine Verbesserung des Wahlrechts im Reich und in den Einzelstaaten. Ihren Einwand, daß der Krieg für eine neue Gesetzgebung nicht geeignet sei, widerlegt die preußische Regierung selbst durch die Einbringung des Fideikommißgesetzes. (Sehr richtig! links.) Die rechtliche Stellung der Arbeiter ist noch wesentlich verschlechtert durch das Hilfsdienstgesetz, das die Profite der Unternehmer vermehrt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Der Belagerungszustand wird noch immer zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung mißbraucht. Vertretern der klassenbewußten Arbeiter kann man nicht ein Vertrauensvotum für eine Regierung zumuten, die selbst durch ihre Taten dem Volke das ärgste Mißtrauen bekundet. (Beifall bei der Soz. Arbg.)

Abg. **Spahn** (Z.) betont gegenüber einer Aeußerung des Abg. Ebert, daß nach der schnöden Zurückweisung des Friedensangebots durch die Entente dieses hinfällig geworden sei und daß nunmehr neue Friedensbedingungen gestellt werden müßten. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Graf **Westarp** (k.): Es handelt sich hier nicht um Wahlrecht oder Fideikommißgesetz, sondern einfach darum, daß wir unseren Truppen draußen die Mittel geben müssen, um weiter das Vaterland zu verteidigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Prinz **Schönaich**-Carolath (natl.) erklärt für seine Freunde die Zustimmung zu den Krediten.

Abg. **von Payer** (Vp.): Wir halten es für eine selbstverständliche Pflicht jedes einzelnen in diesem Hause, dieser Vorlage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall. — Widerspruch bei der Soz. Arbg.) In diesem Augenblick der Entscheidung darf man dem Vaterlande die Mittel nicht verweigern, die es braucht, um sich und seine Angehörigen zu schützen, und die es auch braucht, um den Frieden herbeizuführen. (Sehr richtig!) Im Innern werden die Ausführungen des Abg. Ledebour keinen besonderen Eindruck machen, aber im Ausland werden sie uns schaden. (Sehr wahr!) Nur seiner Bemerkung über das Fideikommißgesetz müssen wir leider zustimmen. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Mertin**-Oels (Deutsche Fraktion) stimmt der Vorlage zu.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.): Her Payer hat die Pflicht des Parlaments proklamiert, im Kriege jeder Regierung die Kredite zu bewilligen, also unter Umständen das deutsche Volk zugrunde zu richten, wenn sie das für angebracht hält. (Lebhafter Widerspruch.) Er will offenbar, daß auch bei uns auf Grund eines § 14 regiert wird. Das ist der durch die Kriegspsychose vollkommen entwurzelte Liberalismus. Wir können stolz darauf sein, hier allein die Rechte des Volkes zu vertreten. (Bravo! bei der Soz. Arbg.)

Abg. **Ebert** (Soz.): Wir haben die Bewilligung der Kriegskredite nie als eine Frage des Vertrauens oder Mißtrauens gegenüber die Regierung angesehen. **Wir haben die Kredite bewilligt, weil wir das als eine Pflicht gegen unser Land und gegen unser Volk angesehen haben.** (Lebhaftes Bravo!) Zu Erörterungen über unsere Stellungnahme zur inneren Politik des Reiches wird bei der Etatsberatung Gelegenheit genug sein. Dabei werden wir die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit wahrzunehmen wissen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. **Die Kriegskredite werden in zweiter und da kein Widerspruch erfolgt, auch in dritter Lesung angenommen.** Zur Gesamtabstimmung beantragt die Soz. Arbg. namentliche Abstimmung. Die Unterstützung dazu reicht nicht aus. Die Kriegskredite werden auch in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Soz. Arbg. angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung. Freitag, den 23. Februar 1917.

Am Ministertisch: Dr. Lentze.

Etat der direkten Steuern.

Abg. Herold (Z.): Infolge der Absperrung vom Weltmarkt bleiben die ungeheuren Kriegsausgaben im Lande. Das kommt auch in den Steuererträgen zum Ausdruck. Die Quotisierung der Einkommensteuer stößt in der praktischen Durchführung auf große Schwierigkeiten. Unser Einkommensteuergesetz bedarf der Reform und des organischen Ausbaues. Das Kinderprivileg muß ausgebaut werden.

Finanzminister Dr. Lentze: Die wirklichen Einnahmen dürften den Voranschlag nicht erheblich übertreffen. Wir mußten berücksichtigen, daß die als Gemeine oder Unteroffiziere Eingezogenen nicht besteuert werden. Auch daß der Haushaltsplan sehr viel stille Reserven enthält, ist unzutreffend und irrig. Von dem System der Steuerzuschläge kann nur abgegangen werden, wenn wir ein

neues Einkommensteuergesetz

schaffen, das soll nach dem Kriege geschehen. Der Junggesellensteuer stehe ich sympathisch gegenüber. Eine Quotisierung der Einkommensteuer würde nur ein weiteres Anwachsen der Ausgaben zur Folge haben.

Abg. Dr. **Heilbrunn** (Vp.):

Der Ertrag der indirekten Steuern in Preußen geht ständig zurück, dagegen steigen die Erträge der direkten Steuern. Das beweist, daß der preußische Etat auch vom sozialen Gesichtspunkt aus durchaus auf einer gesunden Grundlage beruht, wenn auch im einzelnen noch eine mehr soziale Ausgestaltung wünschenswert und möglich wäre. Die Quotisierung der Einkommensteuer würde erzieherisch auf die Forderungen der Parteien einwirken. Die kommunalen Zuschläge zur Einkommensteuer haben mit der Zeit eine **geradezu unerhörte Höhe** erreicht, weil die Gemeinden mit Ausgaben für Armen-, Schul- und Krankenhauslasten überlastet sind, die der Staat auf sie abwälzt, ohne ihnen ein Aequivalent dafür zu geben. (Sehr richtig! links.) Die Gesamtbelastung mit direkten Steuern beträgt in Preußen jährlich **40 Mark auf den Kopf.** Daraus muß der Staat die Folgerung ziehen, die direkten Steuerlasten auf das unbedingt Notwendige zu beschränken und die im vorigen Jahr bewilligten

Steuerzuschläge möglichst bald wieder zu beseitigen.

(Sehr richtig! links.) Im großen und ganzen hat sich unser Steuersystem durchaus bewährt, man sollte sich vor übergroßen Reformen hüten. Stetigkeit in der Belastung ist fortgesetzten Aenderungen vorzuziehen. In den Städten besteht das Gefühl, daß sie gegenüber dem flachen Lande zu stark herangezogen werden. Bei einem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 50 zu 50 Prozent bringen die Städter 470 Millionen direkte Steuern auf, das Land 140 Millionen Mark. Deshalb sind zur gleichmäßigen Heranziehung Steuerkommissare notwendig. (Sehr richtig! links.) Auch ist die Steuereinschätzung in der Hand des Landrats, d. h. eines politischen Beamten, nicht in den richtigen Händen. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Hirsch hat einer **konfiskatorischen Besteuerung der großen Vermögen** das Wort geredet und dabei hingewiesen auf die indirekte Belastung der Arbeiterbevölkerung. Dieser Vergleich stimmt nicht ganz. Wir müssen eine konfiskatorische Vermögensbesteuerung ablehnen. (Lebh. Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird gegen die schwach vertretene Rechte abgelehnt. (Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Abg.): Herr von Pappenheim hat seine Leute nicht beisammen! — Heiterkeit. Abg. von Pappenheim (kons.): Sie sind hier nicht auf der Straße, Herr Hoffmann!)

Abg. **Hofer** (Soz. Arbg.):

Zweifellos hat sich der Reichtum während des Krieges in ungestümem Tempo vermehrt und diese Reichgewordenen verschleiern durch allerhand Manöver ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse. Es fehlt ja eine ausreichende Steuerkontrolle in Kriegszeiten. Wenn dann die mageren Jahre folgen, wird es vielleicht zu spät sein, um die Kriegswucherer zu packen. Die besitzlosen Klassen werden dann die Lasten des Krieges aufzubringen haben. Die Ablehnung der allgemeinen Einführung der Steuerkommissare beweist erneut die

verderbliche, ungeheure Macht des agrarischen Junkertums

in Preußen und durch Preußen im Reiche. Dieser Haltung des Ministers gegenüber wird man kaum noch an die Neuorientierung glauben. Die Massen müssen einsehen, daß auch der kleinste Fortschritt nur durch allerschärfsten Klassenkampf erzwungen werden kann. Die kleinen Leute werden bis zum letzten Paragraphen besteuert, sie tragen auch die indirekten Steuern. Die Lohnsteigerungen der Arbeiter entsprechen nicht entfernt der Teuerung, müssen aber bis zum letzten Pfennig versteuert werden. So wird durch den Krieg die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems auf die Spitze getrieben. Belagerungszustand, Zensur und Versammlungsverbote hindern die Arbeiter, sich zu wehren. Trotz aller Lohnsteigerungen, trotz der Ausdehnung der Arbeit von Frauen und Jugendlichen gibt es in Preußen noch 15 Millionen Personen, die weniger als 900 M. Einkommen besitzen. Diese Zahl bekundet grenzenloses Elend in einer Zeit derartiger Lebensmittelpreise. Professor Steinmann-Bucher nannte den Krieg ein lukratives Geschäft; nun, für das Proletariat ist er ein entsetzliches Unglück. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) In der Kommission hat Herr von Pappenheim gefordert, daß an dem bestehenden System festgehalten werde, d. h. daß im Reiche **immer höhere indirekte Steuern** eingeführt werden sollen. Da ist ja bei der letzten Steuerreform bereits geschehen und aufs neue wird ein solches Steuerbukett vorgelegt, das die Kleinigkeit von $1^1/_4$ Milliarde einbringen soll. Bei den neuen Steuern handelt es sich um Belastung des Personen- und Güterverkehrs und um eine Kohlenabgabe. Das Unternehmertum wird sich dafür an den Arbeitern schadlos halten und die Eisenbahnen wälzen die Verteuerung auf das Publikum ab. Das ist der neue soziale und freiheitliche Geist. Hier bekennt die Regierung Farbe und zeigt den Arbeitern die Herrenfaust. Die

eigentlichen Steuermacher für das Reich

sitzen im preußischen Abgeordnetenhause. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ueber eine eventuelle Vermögenskonfiskation ist hier schon allgemein gestöhnt worden, aber nur die zahlungsfähigen Kreise müssen die ungeheuerlichen Kriegslasten tragen, das Proletariat bedankt sich dafür, der Prügelknabe des imperialistischen Aberwitzes zu sein und die Karre aus dem Dreck zu ziehen. In England geht man ganz anders vor. Annexionspläne, wie sie Herr Fuhrmann und seine Freunde hier vorgetragen haben, müssen den **Krieg ins Ungemessene verlängern.** Wenn das letzte Mittel, der U-Boot-Krieg, nicht glückt, dann haben sie es mit allen Neutralen verdorben. Letzten Endes wird das Volk die ganze Ungeheuerlichkeit ausbaden müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber das Volk, dem man alle Rechte vorenthält und das man mit Ausnahmegesetzen mißhandelt, wird eines Tages Rechenschaft fordern, je länger der Krieg dauert, um so schlimmer wird das Strafgericht sein. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Besprechung. Der Etat der Verwaltung der direkten Steuern wird genehmigt, ebenso die Voranschläge für die Staatsarchive und die Staatsschuldenverwaltung ohne Aussprache.

Bei dem **Etat der Seehandlung** regt

Abg. **Brütt** (fk.) an, eine Stelle zu schaffen, die denjenigen, welche Geld anzulegen haben, unparteiischen Rat erteilt.

Finanzminister Dr. **Lentze** sagt eine Prüfung der Anregung zu.

Abg. **Fürbringer** (natl.) begründet einen Antrag, die Regierung möge in Erwägung ziehen, ein Kreditinstitut für Gewährung von Schiffsdarlehen auf preußische Handelsschiffe für See- und Binnenschiffahrt zu errichten, wie dies in England der Fall sei, und bittet, den Antrag dem Ausschuß für Handel und Gewerbe zu überweisen.

v. Dombois, Präsident der Seehandlung, spricht sich gegen den Antrag aus.

Abg. Dr. **Crüger**-Hagen (Vp.) spricht sich ebenfalls für Ueberweisung des Antrages an den Handel- und Gewerbeausschuß aus.

Der Voranschlag wird genehmigt. Der Antrag Fürbringer geht an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Der Etat der Zentral-Genossenschaftskasse wird ohne Aussprache erledigt. Folgt der Etat für das

Finanzministerium.

Abg. **Fürbringer** (natl.) begründet einen Antrag, wonach die Schäden, die den Nordseebädern durch den Krieg entstanden sind, als Kriegsschäden betrachtet werden, so daß ohne weiteres Schadenersatz durch das Reich eintreten müsse.

Abg. Dr. **Newoldt** (fk.) wünscht Ausdehnung dieses Antrages auch auf die Ostseebäder.

Finanzminister Dr. **Lentze** erklärt den Antrag Fürbringer für undurchführbar und verweist auf die eingeleitete Notstandsaktion, die auch noch nicht abgeschlossen sei.

Abg. **Bartscher** (Z.) bespricht die Notlage des Haus- und Grundbesitzes und wünscht u. a. eine Herabsetzung des Grundstücksstempels.

Abg. **Korfanty** (Pole): Wir verlangen die Streichung aller antipolnischen Titel. Schon Eugen Richter hat von ihnen als Korruptions- und Reptilienfonds gesprochen. Lehnen Sie im Geiste des „Suum quique" diese Artikel ab und machen Sie damit einen Anfang mit der Abkehr von einer verwerflichen, dem Staate nicht dienenden Politik. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Frh. **v. Maltzan** (k.): Von Reptilienfonds kann keine Rede sein.

Abg. **Lippmann** (Vp.): Wir sind nicht gesonnen, diese Titel zu streichen. Wir hoffen, daß sie nach dem Kriege beseitigt werden und daß das Verhalten der Polen die Nützlichkeit ihrer Beseitigung dartut. (Beifall.) Mit der Herabsetzung des Grundstücksumsatzstempels muß der Staat vorangehen. Die Anträge Fürbringer und v. Maltzan wollen nur, daß die Regierung den schwer geschädigten Gemeinden durch Beihilfen oder Notstandsdarlehen helfe.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus wendet sich den

Beamtenfragen

zu.

Ein Antrag **Althoff** (natl.) ersucht die Regierung um Uebernahme der Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen für die Volksschullehrer auf Staatsmitteln.

Abg. **Oelze** (k.) beantragt progressive Steigerung der Teuerungszulagen entsprechend der Kinderzahl.

Abg. Dr. **Wagner** (fk.) tritt gleichfalls für bessere Regelung der Unterstützungen ein.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend, 11 Uhr, vertagt.

Schluß ½5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Dissidentenkinder.

Nach langen Beratungen, die zum größten Teil in einem aus Vertretern aller Fraktionen bestehenden Unterausschuß geführt wurden, hat die verstärkte Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses beschlossen, dem Hause folgenden, vom Unterausschuß ausgearbeiteten und dann noch durch einen angenommenen Antrag der Abgeordneten D. Traub (Vp.) und Haenisch (Soz.) abgeänderten Antrag vorzulegen:

§ 1. Schulpflichtige Kinder, welche einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehören, haben an dem lehrplanmäßigen Religionsunterricht der Schule, die sie besuchen, teilzunehmen, sind aber, wenn die Eltern bezw. diejenigen, die an deren Stelle die religiöse Erziehung zu bestimmen haben, der Schulaufsichtsbehörde gegenüber eine dahingehende Erklärung abgeben, von den Stunden zu befreien, in denen Katechismusunterricht erteilt wird.

§ 2. Nehmen diese Kinder an einem von der Schulaufsichtsbehörde zugelassenen Ersatzunterricht teil, so sind

sie auf Antrag der Erziehungsberechtigten (§ 1) von dem Besuche des gesamten schulplanmäßigen Religionsunterrichtes zu befreien.

Die Staatsregierung hatte vor der Beschlußfassung, die, wie gesagt, die Annahme dieses Antrages ergab, erklärt, daß sie sich ihre Stellungnahme vorbehalten müsse.

Bäuerliche Fideikommisse.

Der Fideikommißgesetzausschuß des Abgeordnetenhauses hat den ersten Teil der Vorlage, der sich auf die Fideikommisse bezieht, erledigt und ist dann in eine allgemeine Besprechung des zweiten Teiles, die Stammgüter betreffend, eingetreten. Von der Regierung und der Mehrheit wurden die Stammgüter damit gerechtfertigt, daß man die dem Großgrundbesitz zugestandene Bindung dem bäuerlichen Besitz nicht versagen dürfe und daß diese Bindung zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes erforderlich sei. Die Linke erhob namentlich folgende Bedenken: Es widerstrebe den Bedürfnissen und dem Charakter der bäuerlichen Bevölkerung, sich bei Lebzeiten in der Veräußerung und Belastung ihres Grundes selbst zu beschränken und von der Genehmigung von Behörden und Angehörigen abhängig zu machen. Demgemäß seien das bayerische Gesetz vom Jahre 1850, das Vorbild der jetzigen Vorlage, sowie die entsprechenden Gesetze für das Großherzogtum Hessen und Mecklenburg-Schwerin gänzlich unbenutzt geblieben und fast in Verschollenheit geraten. Nur ausnahmsweise und dann nicht immer aus guten Gründen würde ein bäuerlicher Besitzer sich binden. Wohl aber würde das Gesetz

den Großgrundbesitzern

über die zehnprozentige Kontingentsgrenze für die eigentlichen Fideikommisse hinaus, bis zu der (von dem Redner als ungeheuerlich bezeichneten) Grenze von weiteren 25 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Fläche die Möglichkeit bieten, ihren Besitz in der Form des Stammguts fideikommissarisch zu binden, denn in die Stammgutsgrenze von 20 000 M. jährlichen Reinertrages fielen, namentlich im Osten Deutschlands, gegen drei Viertel aller großen Güter. Ein konservativer Antrag wollte dieses Bedenken abschwächen. Von gegnerischer Seite wurde diese Abschwächung als gänzlich ungenügend bezeichnet.

Am Donnerstagabend kam es zu einer

erregten Geschäftsordnungsdebatte.

Einer in der vergangenen Woche mit allseitiger Zustimmung getroffenen, von ihm selbst angeregten Verständigung zuwider, schlug der Vorsitzende am Schluß der Sitzung ganz unerwartet vor, am Freitag eine Abendsitzung zu halten, trotz des Hinweises zahlreicher Mitglieder auf ihre infolge jener Verständigung anderweitig übernommenen Verpflichtungen. Der Vorschlag des Vorsitzenden wurde mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Nationalliberalen und Volksparteiler erklärten, daß sie zu der Abendsitzung am Freitag nicht erscheinen, die Freikonservativen, daß sie voraussichtlich an der Verhandlung nicht teilnehmen werden.

Aus der Partei.

Bebel gegen Spartakus.

In der IK. wird von einem bekannten sozialdemokratischen Parlamentarier eine interessante Erinnerung aufgefrischt. Ende April 1907 hatte August Bebel den Besuch eines französischen Journalisten, der Bebel nach seiner Ansicht über die Ideen Gustav Hervés ausfragte. Hervé, jetzt bekanntlich glühender Patriot, verkündete damals ebenso glühend die Lehre, daß das Proletariat kein Vaterland habe und deswegen auch keines zu verteidigen brauche; auch nicht, wenn das Land angegriffen sei. Also im wesentlichen genau das gleiche Programm, wie es heute die Spartakusgruppe verkündet.

Bebel gab eine schriftlich fixierte Antwort, in der er die antimilitaristischen Ideen und Agitationen Hervés in der deutschen Sozialdemokratie für unmöglich erklärte. Die deutsche Sozialdemokratie sei ein entschiedener Gegner des bestehenden Heersystems; aber solange noch die Gefahr bestehe, daß Kriege möglich sind, müsse jeder Staat wenigstens soweit militärisch organisiert sein, daß er einem Angriffskriege begegnen könne und das eigene Land vor Eroberungen durch den Feind zu schützen vermöge. Bebel verwies auf die Stelle im Parteiprogramm, welche Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit fordert und fuhr dann fort:

„Würde also ein deutscher Parteigenosse Ansichten und Forderungen propagieren, wie sie von Hervé vertreten werden, so könnte auf Grund unseres Parteiprogramms die Frage aufgeworfen werden: ob dieser Parteigenosse noch zur Partei gehört.

Die Partei könnte eine Agitation nicht gewähren lassen, die gegen ihr Programm verstößt, die Partei auf das schwerste schädigt und deren Forderungen, vom Standpunkt der bestehenden Zustände aus als unausführbar, weil dem eigenen Lande nachteilig, angesehen werden müßten."

Diese Sätze sind klar. Man kann daraus ersehen, mit welchem Recht die Spartakusse behaupten, die „alten und bewährten Grundsätze der Partei vor dem Kriege" zu vertreten. In Wirklichkeit vertreten sie Grundsätze, auf Grund deren im Jahre 1907, also lange vor dem Kriege, ein Bebel ihren Ausschluß aus der Partei beantragt hätte.

Gustaf Steffens Ausschluß nicht bestätigt.

Vom schwedischen Parteitag wird der IK. noch berichtet: Die von der Opposition beantragte Beseitigung der Festlegung auf die Disziplin innerhalb der Reichstagsgruppe wurde nach einer sehr scharfen Debatte vom Parteitag mit 123 gegen 30 Stimmen, bei namentlicher Abstimmung, abgelehnt. — Zur Frage des im vergangenen Jahre vom Parteivorstande vorgenommenen Ausschlusses der drei Parteimitglieder Prof. Steffen, Dr. Ingvo Larsson und Aktuar Otto Järte beschloß der Parteitag, den Ausschluß der beiden letzteren zu bestätigen, dagegen den Beschluß des Parteivorstandes bezüglich Prof. Steffen nicht gutzuheißen unter gleichzeitiger Ueberweisung der Angelegenheit an einen Ausschuß.

Aus Groß-Berlin.

Die neuen Fleischpreise im Kleinhandel.

Der Arbeitsausschuß der Groß-Berliner Gemeinden hat sich mit der Neufestsetzung der Kleinhandelspreise für Schweine- und Kalbfleisch befaßt, was infolge der Erhöhung der Stallhöchstpreise für Schweine und der Zusammenfassung der drei Gewichtsklassen bei Kälbern in eine einzige Klasse erforderlich geworden ist. Die neuen festgesetzten Preise sind pro Pfund Schweinefleisch: Rückenfett, Speck und Bicker 2,40 M. (früher 2,30 M.), Rippespeer, Kamm und Schuft 2,10 M. (früher 2,00 M.), frischer Schinken mit Hinterbein 2,00 M. (früher 1,80 M.), Bauch, Blatt, Querrippe vom Rippespeer 1,80 M. (früher 1,50 M.), Backe 1,50 M. (früher 1,00 M.), Kopf ohne Backe 0,90 M. (wie früher), Dickbein 1,40 M. (wie früher), Spitzbein 0,80 M. (wie früher); Kalbfleisch: Rücken und Keule mit Hacken, Brustspitze ohne Hals, ohne Nachbrust und ohne Dünnung 2,00 M., alle übrigen Teile 1,60 M., schieres Kalbfleisch ohne Knochen (auch Schnitzel) 2,50 M.

*

Genau acht Wochen sind verstrichen, seit durch das offiziöse Bureau Wolff mitgeteilt wurde, daß die Brotpreise erhöht, dafür aber die Fleischpreise herabgesetzt werden sollen. Es geschah dies durch das bekannte Gutachten der Hochschulprofessoren für landwirtschaftliche Betriebslehre, das offenbar im Einverständnis mit dem Kriegsernährungsamt bekanntgegeben worden ist. Wenige Tage nachher aber erfuhr man, daß die Landesfleischstelle unter dem Vorwand der Verbesserung der Milchversorgung die Preise für Kälber und Schweine erhöhen wolle. Mit diesem Plan haben wir uns in der Nummer vom jüngsten Dienstag befaßt und dabei dargelegt, daß man durch seine Verwirklichung nicht nur die Milchproduktion nicht steigern, sondern zu allem andern eine weitere Fettverminderung herbeiführen werde. Die Gefahr ist nun, wie die Festsetzung der neuen Kleinhandelspreise zeigt, zur Tatsache geworden.

In sehr nachdrücklicher Weise wendet sich das „Berl. Tagebl." gegen die neue Attacke der Volksernährung. Es schreibt:

Man fragt sich umsonst, wie diese überraschende Erhöhung der Viehpreise möglich gewesen ist in einem Augenblick, in dem nicht bloß das Kriegsernährungsamt eine anderweitige Regelung der Preisverhältnisse erwägt, sondern in dem auch eben erst ein preußischer Staatskommissar für die Ernährungsfragen in der Person des Unterstaatssekretärs Michaelis ernannt wurde. Anscheinend hat der Leiter des betreffenden Viehhandelsverbandes es für angebracht gehalten, das Prävenire zu spielen und beide Instanzen vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Es wäre nicht das erstemal, daß auf diese Weise von den Viehhandelsverbänden der Kriegsernährungspolitik Schwierigkeit bereitet werden. . . . Aber wenn sich jetzt herausstellt, daß die Leitung eines Viehhandelsverbandes der Reichsernährungspolitik bewußte und planmäßige Opposition macht, dann wäre es bedenklich, noch länger die Dinge schweigend gehen zu lassen. Das Vorgehen dieses Viehhandelsverbandes bedeutet eine Herausforderung ebenso des Kriegsernährungsamts wie des neuernannten preußischen Staatskommissars. Sie mögen von den besten Absichten beseelt sein, aber sie sind ohnmächtig, so lange sie zusehen müssen, daß ihre wohldurchdachten Pläne von anderer Seite durchkreuzt werden. Hier handelt es sich um einen Konflikt, der durchgefochten werden muß, wenn die Volksernährung nicht in gefährlichster Weise beeinträchtigt werden soll.

Das „B. T." fordert mit Recht, daß die neue Preiserhöhung rückgängig gemacht werde. Bei dem Kampf um diese Preiserhöhung werde man zugleich sehen können, wo wirklich die eigentlichen Machthaber auf dem Gebiete der Kriegsernährung zu finden sind, ob im Kriegsernährungsamt oder an anderen, von mächtigen Einflüssen geleiteten Stellen.

Frauen in Deputationen.

Unter dem Vorsitz des Herrn Cassel hat sich ein Stadtverordneten-Ausschuß mit der Vorlage des Berliner Magistrats über die Zuwahl von Frauen in städtische Verwaltungsdeputationen beschäftigt. Stadtsyndikus Dr. Hirselorn erklärte, daß der Magistrat beschlossen habe, die Mitwirkung von Frauen mit beratender Stimme in folgende zehn Deputationen zuzulassen: Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege, Kuratorium der städt. Heimstätten, Kuratorium für die Heimstätten und Hospitäler, Deputation für die städt. Irrenpflege, Deputation für das Wohnungswesen, Gewerbedeputation, Abteilung für Arbeitsnachweis, Deputationen für die Schulspeisung und das Fach- und Fortbildungsschulwesen, Stiftungsdeputation und Markthallendeputation. Der Ausschuß war damit nicht zufrieden. Es wurden zehn weitere Deputationen von den bestehenden in Vorschlag gebracht und weiter beantragt, nicht, wie der Magistrat beschlossen hat, nur eine Frau in die genannten Deputationen, sondern zwei Frauen in Vorschlag zu bringen.

Man einigte sich dahin, den Magistrat zu ersuchen, auch für die Deputationen der Blindenpflege, des Turn- und Badewesens, des Obdachs, des Gesinde- und Belohnungsfonds und des Gesundheitswesens Frauen zuzulassen. Für die Deputationen der Schulspeisung und des Wohnungsamtes sollen zwei Frauen gewählt werden, während man sich bei den übrigen 13 mit der Wahl von je einer Frau begnügen will. Damit in den Deputationen, in denen keine männlichen Bürgerdeputierten sitzen, die Parität gewahrt bleibt, wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, für die Deputationen der Schulspeisung, Markthallen und Obdach die Zuwahl männlicher Bürgerdeputierten zu veranlassen. Diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Die Fleischversorgung der Gastwirtschaften.

Aus Gastwirtskreisen erhalten wir eine Zuschrift, der wir dies entnehmen:

Die in letzter Zeit veröffentlichten Bestrafungen von Gastwirten haben Mißstände berührt, die den Konsumenten nicht bekannt sind und daher leicht falsche Vorstellungen aufkeimen lassen. Nach den Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes sollen die öffentlichen Lokale für 100 Pfund frisches Fleisch auch 100 Pfd. in Fleischmarken abliefern. Jeglicher Schwund beim Braten oder Kochen, Fettabfall und Knochenverlust wird übersehen. Da in der Tat bei 100 Gramm Fleischkarten-Abforderung 40 Proz. Fleisch verloren gehen und bei 50 Gramm Abnahme 80 Proz., sind die Zustände unerträglich geworden. Die meisten Berliner Lokale nehmen für die einzelne Fleischportion 50 Gramm, damit die Gäste bei 250 Gramm fünfmal in der Woche Fleisch essen können. Hätten diese Geschäfte nicht Quellen, um ihre Fleischlieferungen über das zugewiesene Quantum zu erhöhen, so wäre chronischer Fleischmangel die Folge für die Gastwirtschaften. Weil dieser Beschaffungsweg beschritten worden ist, sind Unregelmäßigkeiten festgestellt worden, die in der Abgabe von Fleisch ohne Karten und größeren Fleischmengen zum Ausdruck kamen. Durch Höchstpreisüberschreitung beim Fleischeinkauf müssen die Preise der Speisekarte ständig steigen, was gegen die Interessen der Verbraucher ist und auch ganz gegen die Gepflogenheit der Wirte. Das Landesfleischamt und das Kriegsernährungsamt sind nun nicht der Ansicht, daß der positive und bedingte Fleischverlust von 80 Proz. ersetzt werden muß. Die besseren Lokale, die Geflügel mit 6,50 M. das Pfund bezahlen, können ihren Gästen etwas anbieten, was den gewöhnlichen Sterblichen in den einfacheren Lokalen nicht möglich ist. Diese Lokale werden dadurch leicht verleitet, andere Quellen in Anspruch zu nehmen und 5 bis 6 M. pro Pfund fürs Fleisch zu bewilligen. In Hotels und Herbergen erhält der Fremde pro Tag 50 Gramm Fleischmarken laut Rationierung. Solche Fremde können Lokale, wo 100 Gramm für das Fleischgericht beansprucht werden, gar nicht benutzen. Jene Lokale, die 100 Gramm abfordern, wirtschaften erwünscht länger mit dem Fleischbestand, sie benötigen die illegitimen Quellen weniger und bleiben dadurch die Ehrlichen im Gewerbe.

Wenn dem Landesfleischamt mit dem Kriegsernährungsamt die zur Verfügung stehenden Fleischbestände nicht ausreichend erscheinen, um den Gastwirten den Verlust zu ersetzen, muß sich das Gewerbe damit abzufinden versuchen. Sollte es aber nicht möglich sein, die häufigen Notschlachtungen, Gewichtshinterziehungen und falschen Deklarationen ernsthaft abzustellen?

Soweit die Zuschrift. Auch uns erscheinen die erwähnten Mißstände so groß, daß wir dringend Abänderung fordern müssen. Es muß ohne weiteres klar sein, daß es nicht möglich ist, aus 100 Pfund Fleisch 500 oder 1000 Fleischportionen herzurichten. Ein bestimmtes Manko muß immer dabei entstehen. Dieses Manko kann aber nur durch eine geringere Gewichtsabgabe an den Gast, oder durch Zukauf von Fleisch aus unterirdischen Quellen ausgeglichen werden. Fleisch aus diesen Quellen ist aber bekanntlich sehr teuer und trägt natürlich dazu bei, die Speisenpreise ganz enorm zu erhöhen. Das liegt aber nicht im Interesse der Verbraucher. Deshalb erscheint es angebracht, den größeren Gastwirtschaften ebenso wie dem Schlächter eine gewisse Mankovergütung zu gewähren.

*

Eine gestern abgehaltene Versammlung von Vertretern sämtlicher Gastwirtsverbände Groß-Berlins nahm einen Beschluß an: 1. an die der Brotgemeinschaft der Groß-Berliner Gemeinden zugehörigen Magistrate die Aufforderung zu richten, eine gleichmäßige Rationierung der behördlichen Fleischzuteilung eintreten zu lassen, um zu verhindern, daß durch ungleichmäßige Zuteilung der Fleischüberschuß des einen Bezirks zum Schleichhandel in dem weniger begünstigten Bezirke Anreiz gibt; 2. das Publikum durch Presse und Aufdruck auf den Speisenkarten darauf hinzuweisen, welchen Anspruch auf Fleisch es in den Gastwirtschaften auf Grund der abzugebenden Fleischmarken habe; 3. aus den Gastwirtsorganisationen Kommissionen zu bestimmen, welche die Ueberwachung der Einhaltung dieser Normen zu übernehmen, Zuwiderhandelnde zu warnen und eventuell der Behörde namhaft zu machen haben. — Die Versammlung ist überzeugt, daß durch strikte Einhaltung der von ihr aufgestellten Normen der Schleichhandel von Fleisch und Wurstwaren unterbunden werde.

Die Versorgung mit Obst und Gemüse.

Eine Allgemeine Tagung der Obst-, Gemüse- und Südfrucht-Großhändler Deutschlands fand Donnerstag in Berlin statt. Erörtert wurde die Frage der Mitwirkung des freien Handels bei der Versorgung mit Lebensmitteln, im besonderen mit Obst und Gemüse.

Dr. Schade-Düsseldorf, Syndikus des Verbandes Deutscher Obst-, Gemüse- und Südfrucht-Großhändler, referierte über „Die Obst- und Gemüseversorgung durch Lieferungsverträge und ihre Bedeutung für Erzeuger, Großhändler und Industrie". Er sieht in dem Uebergang zu dem System der Lieferungsverträge das Eingeständnis, daß die Nahrungsmittelpolitik der Kriegszeit mit dem monopolistischen System versagt hat. Aber auch bei den Lieferungsverträgen werde der Handel noch allen möglichen Hemmungen und Beschränkungen unterworfen, ohne daß hiervon Vorteil für die Nahrungsmittelversorgung zu hoffen sei. Unsere wirtschaftliche Kraft hänge davon ab, daß wir nicht nur Nahrungsmittel in ausreichender Menge, sondern auch am richtigen Ort haben. Dafür könne nur der freie Handel sorgen, dessen schleunige Wiederherstellung man fordern müsse.

Nach dem Referenten ergriff das Wort Oberregierungsrat v. Tilly, Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse. Das dem Handel gemachte Zugeständnis der Lieferungsverträge sei nur erste Schritt auf dem Wege, der zum freien Handel zurückführt. Die Erfahrung habe gelehrt, daß frisches Obst und Gemüse sich nicht der öffentlichen und zentralen Bewirtschaftung unterwerfen lasse und man hier mit Rationierung und Händlerhöchstpreisen nicht durchkomme. Nötig sei aber mindestens eine Kontrolle bezüglich der Angemessenheit des Händlerpreises, wie das in München bereits erfolgreich durchgeführte System der Schlußscheine sie ermögliche. Aus den Schlußscheinen könne die Preisprüfungskommission sich jederzeit unterrichten, aber natürlich müsse der Händler dann seine Ware unvermischt und möglichst in der Verpackung lagern. Dem Leiter der Reichsstelle wurde in der Debatte erwidert, man solle dem Handel das Vertrauen entgegenbringen, daß er selber Mißbräuchen entgegentreten werde.

Es folgte ein Referat von Dr. Schiele-Nürnberg, dem Arzt und volkswirtschaftlichen Schriftsteller, über „Die Bedeutung des Handels für die Lebensmittelversorgung". Schiele pries den Handel als den besten Heranbringer der Ware, ihren besten Aufbewahrer und besten Verteiler. Auch die wirksame Bekämpfung des Wuchers sei nur auf dem offenen Markt des freien Handels zu erwarten. Der Redner wandte sich scharf gegen das System der Höchstpreise. Er schloß mit einem Aufruf an alle freien Erwerbstände, an Handel und Industrie, Handwerker und Bauern, „sich alle zusammen gegen die sozialistischen Irrtümer zu wehren". In der Debatte fand Schieles Attacke gegen die Höchstpreispolitik volle Zustimmung.

Angenommen wurden Leitsätze, in denen die Obst- und Gemüse-Großhändler ihre Wünsche bezüglich der Gestaltung der Lieferungsverträge und ihr Verlangen nach freiem Handel und freier Preisbildung aussprechen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf den Abschnitt 87 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Mehl. Die Abschnitte sind am 24., 25. und 26. Februar ausschließlich in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigungen abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist in den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigungen zur Verfügung stehen.

Auch für die kommende Woche ist es gelungen, die Fleischration wieder auf 350 Gramm zu bemessen. Diese Erhöhung gilt als Ersatz für die geringe Kartoffellieferung.

Aufwandsentschädigung für soldatenreiche Familien. Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 26. März 1914 können Familien, deren Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit als Unteroffizier oder Gemeiner eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht in denselben Dienstgraden genügenden Sohnes Aufwandsentschädigungen von 240 M. jährlich gezahlt werden. Der Anspruch ist bei der Gemeindebehörde des Ortes anzumelden, in dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Einsprüche gegen die Bescheide der Gemeinden sind an den Regierungspräsidenten zu richten.

Fürsorge für schwächliche Schulentlassene. Man schreibt uns: Etwa 600 Knaben und Mädchen werden zum 1. April aus den Volksschulen Groß-Berlins entlassen, die ohne eigentliche Krankheit körperlich derart schwach sind, daß sie zusammenbrechen würden, wenn sie sofort in einen Beruf eintreten müßten. Hier kann das Land an erster Stelle helfen, und an das Land und die kleinen Landstädte wendet sich der Verein für Volkshygiene Groß-Berlin, der für diese Kinder zu sorgen übernommen hat, mit der herzlichen Bitte, die Kinder ab 1. April für mindestens drei Monate auf das Land nehmen zu wollen. Sie sind alle fähig, leichte Arbeiten im Hause, im Garten oder im Felde auszuführen, und sie können dadurch kräftige Personen, die sonst diese Arbeiten ausführen müßten, zu schwererer Landarbeit freimachen. Viele Landwirte, Kaufleute, Lehrer, Förster, Gärtner, Handwerker unter ländlichen Verhältnissen werden gewiß ohne Mühe einen solchen Knaben oder ein solches Mädchen für die genannte Zeit in ihrem Hause aufnehmen können. Gütige Meldungen möglichst umgehend an die Auskunftei für Landerholungsstellen, Berlin SW. 61, Waterloo-Ufer Nr. 7; mündliche Auskunft jeden Donnerstag von 4 bis 6 Uhr.

Die Geschäftsräume des Magistrats, Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung, sind von Neue Friedrichstr. 35 nach Neue Friedrichstraße 71 verlegt worden. Fernsprecher der Geschäftsstelle: Norden Nr. 8775, Amtszimmer des Dezernenten unter: Magistrat Nr. 690.

Zur Schonung der Zugtiere und zur Erleichterung der Beförderung von Lasten bei Winterglätte empfiehlt das Polizeipräsidium dringend, die Zugtiere mit scharfen Hufeisen zu versehen. Scharfe Hufeisen können bei plötzlich eintretender Glätte auch unterwegs durch Einschraubung geeigneter Stollen in die Hufeisen hergestellt werden.

Die falschgehenden Straßenuhren. Schon seit geraumer Zeit fallen im Groß-Berliner Straßenbilde die vielen gar nicht oder falsch gehenden Uhren an Fabrikgebäuden, Uhrmacherläden, Geschäftsschaufenstern usw. auf. Die Einberufung vieler Geschäftsinhaber hat es mit sich gebracht, daß den an der Ladenfront angebrachten Reklameuhren nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit zugewendet wurde, so daß die Uhren zum Teil stehen blieben oder die Zeit nur mit erheblichen Abweichungen anzeigten. Insbesondere hat dann die andauernde starke Kälte die Zahl der stillstehenden Straßenuhren erheblich vermehrt, vielleicht auch das Verbot der Beleuchtung der Reklameuhren dazu beigetragen. Das Publikum aber ist daran gewöhnt, sich nach den Straßenuhren zu richten, wodurch bei den zum Teil sehr erheblichen Unterschieden in der Zeitangabe vielen Personen große Unannehmlichkeiten durch Verspätungen entstehen, die zu zahlreichen Beschwerden über die nicht funktionierenden Straßenuhren geführt haben.

— **Die Polizeibehörde beabsichtigt, gegen diesen Uebelstand einzuschreiten.** Es ist in Aussicht genommen, fortan die Genehmigung zur Anbringung von Straßenuhren nur dann zu erteilen, wenn für deren richtigen Gang Bürgschaft geleistet wird. Gegen diejenigen Geschäftsleute aber, deren öffentlich sichtbare Uhren falsch gehen oder gar nicht im Betriebe sind, soll in der Weise vorgegangen werden, daß ihnen die früher erteilte Erlaubnis zur Anbringung der Uhr entzogen wird.

Märchenvorlesung von Friedel Hintze in der öffentlichen Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Mungestr. 25: Sonntag, 25. Februar. Anfang 1/4 Uhr. Eintritt frei.

Eine Ausstellung der Kaninchenzüchtervereine ist vom 24.—26. Februar in Frankes Festsälen, Berlin N 20, Hochstr. 19. Sonntagnachmittag öffentlicher Vortrag über Zucht und Pflege.

Plötzlicher Tod. Auf dem Görlitzer Bahnhof brach der 52 Jahre alte Arbeiter Heinrich Rausch, Wiener Str. 31, beim Kohlenholen besinnungslos zusammen. Er starb bald darauf im Krankenhaus am Urban.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelnachrichten aus Schöneberg. Der Magistrat verteilt auf Abschnitt 75 der Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Kunsthonig zu 27 Pf. oder 3/4 Pfund Speisesirup zu 27 Pf. und auf besonderen Bezugschein für Schwerarbeiter ebenfalls 3/4 Pfund Speisesirup. Der Bezug der Ware muß in der Zeit vom 24.—26. Februar in einem der durch grünen Verkaufsanschlag kenntlich gemachten Geschäfte angemeldet werden. Die Bezugscheine für Schwerarbeiter dürfen nur in 10 besonders bekannt gegebenen Geschäften abgegeben werden. 4—6 Tage nach der Bestellung kann die Ware in Empfang genommen werden.

Bürgerküchen in Treptow-Baumschulenweg.

Auch in Treptow-Baumschulenweg ist die Zahl der Einwohner, die die Gemeinschaftsküchen in Anspruch nehmen, immer größer geworden, so konnte bereits im Dezember in der ersten Küche durchschnittlich für 1500 Personen und in der zweiten Küche für 1000 Personen gekocht werden. Im Monat Januar ist die Teilnehmerzahl weiter gestiegen. Es werden jetzt verausgabt: In der Küche I 2800 Gerichte, in der Küche II 1900 Gerichte, zusammen 4700 Gerichte. Da die zweite Küche in Baumschulenweg die an sie gestellten Anforderungen nicht mehr bewältigen kann, so muß seit Mitte Januar täglich aus der Küche I mittels Fuhrwerks in 6 großen Transportgefäßen ein Teil des Essens nach der Küche II geschafft werden.

Im Berliner Ortsteil ist auf dem Schulgrundstück Bouchéstraße bereits die Errichtung einer großen Zentralküche in Vorbereitung. Nach deren Vollendung kann das Essen in größeren Transportgefäßen auf die entfernteren Ortsteile nach Bedarf verteilt werden; dabei ist auch die Möglichkeit gegeben, im mittleren Ortsteil eine Essenausgabestelle einzurichten. Die Kosten für die Zentralküche betragen nach der vorläufigen Berechnung des Bauamts rund 25 000 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Friedrichshagen. Diejenigen Mitglieder, die der alten Parteiorganisation (angeschlossen an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands) treu bleiben wollen, werden gebeten, ihre Beiträge nur an den Kassierer Max Hecker, Friedrichstr. 2, Hof parterre, oder an den Vorsitzenden Richard Köderitz, [illegible]str. 3, abzuführen. Auch Neuanmeldungen werden dort entgegengenommen.

Oberschöneweide. Letzten Sonntag fand hier eine Versammlung statt, zu der alle „Vorwärts“-leser eingeladen waren. Es waren 80 bis 90 Personen anwesend. Genosse Haenisch sprach über „Politische Tagesfragen“. In der Aussprache trat der zur Arbeitsgemeinschaft gehörende Liesegang (Lichtenberg) dem Referenten entgegen. Der Vorsitzende, Genosse Jakobsen, erklärte in seinen Schlußausführungen, daß die Genossen, die zur Parteimehrheit halten, es sich nicht nehmen lassen werden, wieder mit den „Vorwärts“-lesern zusammenzukommen, um durch aufklärende Vorträge den Genossen Einblick und Kenntnis der Politik der Sozialdemokratie zu vermitteln, was bisher durch das Treiben der Opposition nicht möglich war.

Gerichtszeitung.

Der Prozeß Schiffmann

nähert sich nunmehr doch seinem Ende. Als der Vorsitzende die gestrige Sitzung eröffnete, befand sich auch Schiffmann, die Füße in Decken gehüllt, wieder im Anklageraum. — Vors.: Der Angeklagte ist wieder in das Gefängnis zurückzuführen wegen seines gestrigen ordnungswidrigen Verhaltens. — Angekl. Schiffmann: Ich bin nicht hierhergekommen, man hat mich hierhergeholt! Dann hätte der Gerichtsdiener mir sagen müssen, daß ich nicht zugelassen werde, und er mich nicht aus dem Bett holen sollen! — Der Vorsitzende verlas nach Schiffmanns Wegbringung einen langen Beschluß des Gerichts auf eine Reihe noch nicht erledigter Anträge des Angeklagten. Es wird in dem Beschlusse, der zur Ablehnung der Anträge geführt hat, u. a. ausgeführt: Der Angeklagte habe eine außergewöhnlich große Anzahl von Anträgen gestellt, die vier dicke Aktenbände füllen; ein großer Teil führte gerade zum Gegenteil dessen, was er beweisen wollte. Ein anderer Teil sei nur zur Verschleppung gestellt. Ihre Erledigung würde die Dauer des Prozesses noch auf Monate hinziehen. Darauf zielen diese Anträge des mit listiger Verschlagenheit, außerordentlich gutem Gedächtnis und außergewöhnlich großer Kenntnis in Rechtsfragen ausgerüsteten Angeklagten hin. — Die Sachverständigen wurden entlassen, nachdem die Geschworenen erklärt hatten, daß weitere Aufklärungen zur bisherigen Verhandlung für sie nicht erforderlich seien.

In einem Antrage brachte R.-A. Dr. Alexander dann u. a. auch noch den Selbstmord des Notars Justizrat Gustav Jacobsohn zur Sprache und beantragte Beweiserhebung darüber, daß der Selbstmord nicht mit Schiffmann und der Tätigkeit des Justizrats bei Begründung der Treugesellschaft zusammenhänge, sondern auf verfehlte Spekulationen zurückzuführen sei. Auch sei die Behauptung falsch, daß J. vorher vom Amte suspendiert worden sei. — Staatsanwalt Messerschmidt: Gegen den Justizrat J. sei ein Ermittelungsverfahren eingeleitet gewesen wegen Beihilfe zum Konkursverbrechen. Ein Haftbefehl habe in Aussicht gestanden; Tatsache sei auch, daß J. selbst ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt hatte, das zweifellos auch ohne seinen Antrag eingeleitet worden wäre. — R.-A. Dr. Alexander stellt noch mehrere Anträge, die aber abgelehnt werden.

Die Beweisaufnahme wurde hierauf geschlossen. Am Montag sollen die Plädoyers beginnen, die die ganze Woche ausfüllen werden.

Die Gemeingefährlichkeit mancher Privatdetektivs erhielt wieder eine grelle Beleuchtung durch eine Meineidsklage vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der noch ziemlich jugendliche Angeklagte Kurt Eckler war mit Ermittelungen in einem Unterhaltsprozeß beauftragt worden, den der Vater eines Mädchens gegen einen mit diesem verkehrenden Manne angestrengt hatte. Der Angeklagte hielt Umschau nach einem Mann, der sich dazu überreden ließ, die Behauptung aufzustellen, daß das Mädchen nicht nur mit dem Angeklagten, sondern auch mit ihm im Verkehr gestanden habe. Mit dem größten Raffinement und unter Konstruktion eines ziemlich lückenlosen Beweismaterials verstand es der Angeklagte, seinen Behauptungen den Anschein der Glaubwürdigkeit zu geben und den von ihm ausgewählten Strohmann zur Abgabe eines falschen Eides zu bewegen. Aber die Wahrheit rang sich doch durch und der Strohmann wurde wegen wissentlichen Meineides zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Er legte alsdann ein Geständnis dahin ab, daß ihn E. zum Meineid angestiftet habe und das gegen diesen eingeleitete Strafverfahren endete mit der Verurteilung des bis dahin ganz unbescholtenen jungen Mannes zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Eckler wurde jetzt aus der Strafanstalt dem Schwurgericht vorgeführt, weil er selbst in derselben Angelegenheit vor dem Untersuchungsrichter einen Meineid geleistet hat. Der Gerichtshof erkannte auf eine Zusatzstrafe von vier Monaten Zuchthaus.

Aus aller Welt.

Die Munitionsexplosion in Archangelsk.

Das Blatt „Haparanda Nyheter“ erfährt, wie „Politiken“ meldet, daß die Explosion in Archangelsk am 27. Januar eine furchtbare Katastrophe war, die

Tausende von Menschenopfern

forderte. Das Blatt schreibt: Nach den Berichten von Augenzeugen wurde am 21. Januar vormittags das größte Munitionslager der Welt in die Luft gesprengt. Die Katastrophe hatte vollständig den Charakter eines Erdbebens. Die Vorräte an Munition und Kriegsmaterial hatte eine Fläche von zwei Kilometer Länge und einem Kilometer Breite bedeckt. Die Explosionen folgten einander Schlag auf Schlag. Bei der ersten wurde bereits die zwei Kilometer entfernt liegende Eisenbahnstation zerstört. Der Materialschaden wird auf mehrere Hundert Millionen Rubel veranschlagt. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die Katastrophe nicht durch Fahrlässigkeit verursacht worden ist, sondern daß es trotz der strengen Bewachung Personen gelungen war, eine Höllenmaschine in das Lager einzuschmuggeln. Bisher wurden gegen 100 Finnen unter dem Verdacht der Teilnahme verhaftet.

Allgemeine Familiensterbekasse. Sonntag, den 25. Februar: Zahl- und Aufnahmetag von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichtstr. 12/13 und Budower Str. 14.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, 1. Hof** links, parterre, am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

M. M. 1000. 1. Ja. 2. Wenn Sie keine Arbeit angenommen haben, stehen Ihnen Bezüge zu. — **A. R. 100.** 1. Nach dem 15. Februar wird keine Unterstützung mehr gezahlt. 2 und 3. Unverständlich. 4. Wenden Sie sich mit dem Ersuchen um Nachgewährung der erhöhten Verpflegungsgelder an Ihren Truppenteil. 5. Unbestimmt. 6. Ja. 7. Nach dem mutmaßlichen jetzigen Einkommen. — **B. B. 99.** Wir haben Ihre Anfrage seinerzeit beantwortet. Wenden Sie sich an den Verband der Friseure, Genossen Ehkorn, Engelufer 15. — **B. 46.** Nein. — **Walter 17.** 1. Wenn ein Verschulden des Wirtes nicht nachgewiesen werden kann, haftet er nicht für den Wasserschaden. 2. Die Unterstützung kommt in Wegfall. Wenn aber der Lohn Ihres Mannes geringer ist, als die gesamten bisherigen Bezüge an Unterstützung, Löhnung und Verpflegung, muß der Differenzbetrag an die Frau als Unterstützung gezahlt werden, zuzüglich 2 M., da der Wohnsitz an zwei Orten erhöhte Kosten erfordert. 3. Kriegskinderspende deutscher Frauen, Privatkanzlei der Frau Kronprinzessin, Potsdam. **B. B. 100.** Die Firma ist im Recht. Sie können sich in der niedrigsten Klasse weiterversichern, wenn Sie wenigstens 6 Beitragsmonate geleistet haben. — **B. S. 7.** 1. Ja. 2. Beim zuständigen Landgericht. — **B. 13.** Lungenleiden, landsturmpflichtig. — **F. L. 80.** 1. Nur in dem Fall, wenn Erwerbsunfähigkeit vom Lazarettarzt bescheinigt wird. 2. Ja. 3. Nein. 4. Die Angestelltenversicherung erstattet die Hälfte der eingezahlten Beiträge zurück. — **X. Y. Z.** Nein. — **W. G. 86.** Nein. — **A. W. 1.** Nein. — **P. 23.** Da die Unterstützung halbmonatlich im voraus gezahlt wird, und laut Reichstagsbeschluß vom Dezember ab die Unterstützung vom nächsten Zahlungstermin an noch für einen halben Monat gewährt wird, hat Ihre Frau die Unterstützung am 15. Februar zum letztenmal (bis zum 1. März gültig) zu beanspruchen. — **H. A. 86.** Sie müßten klagbar werden. — **A. E. 52.** Die Lieferung muß zu den von Ihnen vereinbarten Bedingungen erfolgen. — **Anna D. 45.** 1. Wenden Sie sich wegen Ihrer Ansprüche an den Gemeindevorsteher. 2. Eine Rückerstattung der Beiträge aus der Invalidenversicherung erfolgt nicht. 3. Nein. — **Grabow A. W.** Die Kapitalsabfindung auf die Kriegszulage würde in ihrem Falle 3015 M. betragen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zeitweise trocken und vielfach heiter, später im Küstengebiete etwas stärker bewölkt; um Mittag ziemlich mild; in der Nacht zum Sonntag wieder überall Frost.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler
Otto Gereck
am 19. Februar an Lungenentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Baruthstraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Besteher
Otto Pietsch
am 20. Februar an Nierenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 24. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
130/18 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kassenangestellte
Hermann Frommhold
am 20. Februar im Alter von 54 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
72/6 **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Albert Höft
vom Gaswerk Gitschiner Straße.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Februar, nachmittags 1/2 2 Uhr, vom Gemeinde-Kirchhof Neukölln, am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht
35/18 **Die Ortsverwaltung.**

Zum Andenken an seinen Sterbetag.
Vor einem Jahre, am 24. Februar 1916, fiel bei den schweren Kämpfen unser einziger, lieber, guter Sohn, der Grenadier
Hermann Görlich.
Ein einsam Grab, vom Sturm umtost, keine Blume drauf, keine Schrift von Gold. Dies alles nur ist ihm geblieben von Jugendlenz, von Hoffen und Lieben. Wer viel verloren, selbst unermessen, für tiefes Leid gibt's kein Vergessen. 19256
Ruhe sanft in fremder Erde!
Deine trauernden Eltern.

Am 21. Februar verschied plötzlich unser langjähriger Mitarbeiter und lieber Kollege, der Schriftsetzer 19285
Richard Witschkowski
im Reserve-Lazarett I Kottbus.
Ehre seinem Andenken!
Das Personal der Firma H. S. Hermann.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 215/16*
Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Glühpunsch
Liter 2,00 M.
1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk. Billiger als Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas Warmes stellt sich auf 5 Pf.
das beste tägliche Getränk in jedem Haushalt
Es wird höfl. gebeten, möglichst Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen.
H. Krömer,
Berlin N, Oranienburger Str. 65.
2. Verkaufsstelle: Reinickendorfer Straße 109.
3. Verkaufsstelle: Andreasstraße 78.

Wasserdichte Mäntel
Kostüme, Röcke, Wintermäntel
neueste Formen — beste Stoffe
gibt an Private 1212*
Damenmäntelfabrik Bilski,
Kronenstr. 30, Hof, Dönhoffplatz.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Süden
Erscheint wöchentlich einmal.
Bei Einkäufen empfohlen.
Bäcker- u. Konditoreien
F. Radloff Nkölln., Allerstr. 37 Anerkannt gut. Kuchen.
Fleisch- u. Wurstwar.
Paul Müller, Friesenstr. 22.
E. Regber Kottbusser Damm 16, Z. Fleischw. u. Aufschn.
Mehlhdlg., Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaust. 97
A. Schleinitz, Mariannenst. 14
Weine, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4
Uhren, Goldwaren
S. Feuske, Kottbus. Damm 96
Streng reell, anerkannt bill.
Neukölln
C. Dittmann
Bergstr. 43
Wild — Geflügel — Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Westen
Bei Einkäufen empfohlen.
Brauereien
Adelung & Hoffmann
Akt.-Brauerei Potsdam
Eig. Niederlag. Berlin SW. 47, Kreuzbergstrasse 23, Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstraße 77.
Spez.: Potsdam-Stangenbier Bürgerbräu.
Fleisch- u. Wurstwaren
Georg Babelow Potsdamer Strasse 76b.
Gelegenheitskäufe
Rud. Flatauer, Alt-Moab. 110
Weine, Fruchtsäfte, Liköre
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4
Charlottenburg
Otto Gaege Mehlhdl., Kolonw., Wilmersd. Str. 59/61.
O. Grätz Schuhw.-Lag., Rep., bill. Lützowerstr. 7.
Nowawes
A. Kieper
Friedrichstr. 28
Damen-, Kinder-Konfektion
Spandau
Paul Gaege Mehl und Kolonialw.
Breitestr. 37, Schönwalderstr. 13/14, Pichelsdorferstr. 12.
Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Eisenwar., Schönwalderst. 67.
Alfred Bartels, Breitestr. 30, Schirme, Leder-, Drechslerw.
A. Markgraf, Brüderstr. 11, Ecke Jägerst., Lamp., Glas, Porzell., Steing.
Ad. Tornow Goldschmiedemst. Markt 10, gegr. 1858.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke. Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Stadtbhf. Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8. Sonnt. 10—1.

Landhaus, massiv, mit Wald u. Gartenland, nahe Berlin, bequem erreichbar, zu verk. 16 000, Anz. 6000. **Karfunkel**, Schöneiche b. Friedrichshagen, Anie-Waldstraße. Besichtigung Sonntags erbeten. 290/11

Kranz- u. Blumenspenden schnell und billig.
Turmstraße 56 **Dabers**
Moabit 6134.

Sonntags geöffnet 12—2 Uhr.
Neu eingetroffen!
Reizende Frühjahrs-Modelle.
Wunderbare Kostüme u. Mantelkleider, fesche Formen, beste Stoffe, allererste Aufmachungen (Modelle)
250.— 200.— 150.— 98.—
Solide Formen, Phantasiestoffe in Ia-Verarbeitungen
86.— 78.— 62.— 58.— 56.—
Einfache Kostüme, gute Stoffe
42.— 34.— 25.—
Setagummi (Seidenmäntel). ges. gesch. Prachtstoffe, reizende Formen, entzückende Farbenstellungen
120.— 98.— 75.— 58.—
Gummimäntel mit passender Kappe, Glockenformen, auch einfach, weite Schnitte
65.— 48.— 36.— 24.—
Reinkörper- (Covercoat) Mäntel, hübsche Formen
125.— 75.— 56.— 36.— 26.—
Plüschmäntel — Pelzmäntel — Ulster.
Kostbare Pelzmäntel.
Breitschwanz, Persianer, Seal-Bisam, Fohlen, beste Felle, gediegenste Arbeit, flotte Formen, auch einfache und gediegene Ausführung in jeder Länge
2900.— 2000.— 1500.— 1000.—
Echte Persianer-Klauenmäntel mit echten Besätzen, ziemlich lang
[illegible]
Feine Plüschmäntel, Sealplüsch, Seidenplüsch, Mohärplüsch auf Plüschfutter, Astrachan Ia Qualitäten
290.— 200.— 150.— 98.—
Einfache Plüschmäntel 75.—
Mollige Ulster, beste Stoffe
100.— 75.— 50.— 36.—
Sportjacken, hübsche Formen
[illegible]
Einsegnungskleider in grosser Auswahl
fesche Seidenkleider (Modelle) 150.— 100.— 75.—
Röcke, schwarz und farbig . 60.— 40.— 20.—
Loden-Pelerinen, lang . . . 25.—
Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.
Passendes für stärke's Figuren vorrätig.
I. Geschäft: Mohrenstraße 37a.
Westmann
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend